

# Preussische Allgemeine



Nr. 46 · 17. November 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

## Die Aufarbeitung bleibt aus

Während die verheerenden Folgen der Ära Merkel immer offensichtlicher werden, scheut die Union noch immer die Emanzipation von ihrer einstigen Über-„Mutti“ Seite 3



**Interview** Die tiefe Frustration einer deutsch-jüdischen Patriotin Seite 2



**Attentat** Auch 60 Jahre nach dem Mord an „JFK“ gibt es Fragen Seite 11

FOTOS: REUTERS; IMAGO/JOCHEN TACK; PA

### AUFGEFALLEN

## Ein Gesetz „von Altparteien für Altparteien“

Politische Entscheidungen sind immer dann besonders ärgerlich, wenn sie nicht nur von Ideologie, sondern auch von Ignoranz und Dummheit geprägt sind. Das jüngste Beispiel lieferten am vergangenen Freitag die Bundestagsfraktionen von SPD, CDU/CSU, Grünen, FDP und Linken mit ihrem Gesetz zur Neuordnung der Finanzierung der parteinahen Stiftungen mit Mitteln des Bundeshaushalts.

Nötig geworden war das Gesetz, weil zuvor die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die bisherige Praxis geklagt hatte. Doch obwohl das höchste deutsche Gericht dem Gesetzgeber ausdrücklich mit auf den Weg gegeben hatte, dass Wettbewerber nicht benachteiligt werden dürfen, verabschiedeten die Parlamentarier der etablierten Parteien nun ein Gesetz, das die DES weiter außen vor lässt. So sollen Stiftungen künftig erst dann staatliche Mittel bekommen, wenn die dazugehörige Partei zum dritten Mal in den Bundestag gewählt wurde, obwohl dafür bislang nur zwei Perioden reichten.

Diese und weitere Bestimmungen zielen so offensichtlich darauf ab, eine einzige Stiftung – eben die DES – zu benachteiligen, dass selbst die bekennend linke „tageszeitung“ („taz“) die neue Regelung als Gesetz „von Altparteien für Altparteien“ kritisierte. Und sie folgert: „Das Gesetz wird wohl mehr Demokratieverdrossenheit erzeugen, als alle parteinahen Stiftungen zusammen reparieren können.“ *neh*

### REGIERUNGSKRISE

## Es fällt auseinander, was nie zusammengehörte

Immer offener zeigt sich, dass die Bundesregierung den ihr gestellten Aufgaben nicht gewachsen ist. Längst gibt es Spekulationen über ein Ende der Ära Scholz

VON RENÉ NEHRING

**W**ie lange kann das noch gutgehen? Beinahe täglich wird mittlerweile offenbar, dass die Agenda der amtierenden Bundesregierung und die rauhe Realität im Alltag unserer Republik nicht zusammenpassen.

Die Liste ganzer ungelöster Problemfelder – von einzelnen Problemen kann längst nicht mehr die Rede sein – ist lang und reicht inzwischen von den explodierenden Kosten bei Bürgergeld und Kindergrundsicherung über die Energiepolitik und den dramatischen Rückgang der Industrieproduktion bis hin zur Rüstungspolitik und dem offensichtlichen Scheitern der ungesteuerten Zuwanderung.

Ein Großteil der Probleme liegt zweifelsohne am Geld. Wobei die Bundesregierung – etwa durch das Abschalten der Kernkraft und den damit verbundenen Verzicht auf günstigen Strom bei gleichzeitiger Forcierung der teuren Erneuerbaren Energien und den dadurch ausgelösten Anstieg der Energiekosten – wesentliche Umstände, die nun zur Verengung ihrer Spielräume führen, selbst herbeigeführt hat.

Immer offensichtlicher wird jedoch auch, dass hier eine Regierung am Werk ist, die inhaltlich nicht zusammenpasst – und letztlich nie hätte gebildet werden dürfen. Zustände kam sie lediglich unter den kurzzeitigen Ausnahmebedingungen

des Sommers 2021, als die Union mit ihrem Kanzlerkandidaten Armin Laschet angesichts der Flutkatastrophe im Ahrtal unversehens schwächelte. Erst dieser Tage erklärte denn auch Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) in der Schweiz, nur deshalb in eine Koalition mit Sozialdemokraten und Grünen eingetreten zu sein, weil ihn die politischen Realitäten dazu gezwungen hätten. Sicherlich spielte bei allen Partnern auch die Genugtuung eine Rolle, einmal ohne die Union eine Bundesregierung bilden zu können.

### Koalition, die nie zusammenpasste

Was die Koalitionspartner inhaltlich zusammenführte war das diffuse Bekenntnis, „Mehr Fortschritt wagen“ zu wollen. Doch schon der Koalitionsvertrag entsprach weniger einem klaren Konzept, was darunter zu verstehen sei, als vielmehr einer bunten Wundertüte, in die jederfrüher – hineinstopfen durfte, was er oder sie wollte.

Doch schon bald zeigte sich, dass der versprochene Fortschritt allzu oft in einem realpolitischen Rückschritt mündete, allen voran beim beispiellosen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Zudem setzten neue Realitäten den „Bullerbü“-Phantasien ein schnelles Ende und ließen den Kanzler stattdessen von einer „Zeitenwende“ sprechen. Dass die drei Regierungsparteien, die bei der Bundestags-

wahl 2021 zusammen noch 52 Prozent der Wählerstimmen einfuhren, in jüngsten Umfragen vereint bei kaum mehr als 30 Prozent liegen, zeigt, dass diese „Zeitenwende“ auch sie erfasst – und dass immer weniger Wähler ihnen zutrauen, die richtigen Antworten darauf zu haben.

Gleichwohl sah es bislang immer noch so aus, als ob die Koalitionäre aus Angst vor Neuwahlen bis zum Ende der Legislaturperiode durchhalten würden: Lieber noch zwei Jahre durchkrampfen und gut dotierte Posten haben, als gleich ins Nichts zu stürzen. Doch längst ist die Lage der drei Regierungspartner so desaströs, dass nicht nur an der Basis der Wille erkennbar wird, dem Elend ein schnelles Ende zu bereiten. Die FDP steht in ersten Umfragen bei nur noch vier Prozent und droht, bei einem abermaligen Nichteinzug in den Bundestag aus der Parteienlandschaft zu verschwinden. Der Grünen-Basis sind die wenigen Kröten, die ihre Führung bislang schlucken musste, schon zuwider, weshalb jener Führung in wenigen Tagen ein unruhiger Parteitag droht. Und in der SPD verstummt das Gerücht nicht, dass Bundeskanzler Olaf Scholz wegen seiner unklaren Rolle im Skandal um die Cum-Ex-Geschäfte der Warburg-Bank zum Rücktritt gezwungen sein könnte und für diesen Fall mit Boris Pistorius bereits ein Ersatzmann bereitstehe.

Insofern scheint die eingangs gestellte Frage keineswegs nur rhetorisch zu sein.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Was steckt hinter dem Pakt für Planungsbeschleunigung?

Seite 7

#### Kultur

Viel Lorbeer für ein Haus der Kunst – zum 125. Jahrestag der Wiener Secession

Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

Zum 670. Geburtstag Allensteins gab es zahlreiche Jubiläumsveranstaltungen

Seite 13

#### Lebensstil

Kölns „Königlicher Hof-Photograph“ Anselm Schmitz

Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](https://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

# „Wir Juden sind lediglich die Ersten“

Warum der jüngste Terror der Hamas und die Aktionen ihrer Sympathisanten nicht nur dem Staat Israel und den weltweit lebenden Juden gelten, sondern auch Deutschland sowie dem Westen und seiner Lebensart insgesamt

IM GESPRÄCH MIT  
MALCA GOLDSTEIN-WOLF

Der Terror der Hamas gegen Israel hat die Welt verändert. Längst schlagen die Wellen des Islamismus auch nach Deutschland herüber. Über die Folgen für Israel und die Juden sowie nicht zuletzt auch die deutsche Gesellschaft sprach die PAZ mit einer engagierten deutsch-jüdischen Patriotin.

**Frau Goldstein-Wolf, mit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober hat sich die Lage für Israel und für die Juden weltweit dramatisch verändert. Was waren Ihre ersten Gedanken, als Sie die Meldungen davon vernommen haben?**

Als ich die Nachrichten am Morgen des 7. Oktobers las, war ich in Schockstarre. In meiner Gedankenwelt war Israel bislang nahezu unanfechtbar. Wir Juden hatten Israel immer als eine unglaublich sichere Lebensversicherung im Kopf: Egal, was uns in der Welt zustoßen wird, dort gibt es zur Not immer ein sicheres Zuhause.

Vermutlich niemand hat damit gerechnet, dass die Hamas Israel und seine Bürger auf israelischem Boden attackieren würde. Zwar sind wir es gewohnt, dass uns arabische Terroristen mit Raketen beschießen, doch waren wir unter dem „Iron Dome“ der IDF (Israel Defense Forces, deutsch: Israelische Verteidigungsstreitkräfte – Anmerkung der Redaktion) doch recht sicher. Aber dass Hamas-Terroristen die israelischen Grenzzäune durchdringen konnten, das war vorher undenkbar und sorgt nun für ein ganz neues Gefühl der Fassungslosigkeit.

**Der Gründungsimpuls des Staates Israel war ja, dass die Juden eine sichere Heimstatt haben sollen; einen Staat, in dem sie nicht in der Minderheit und somit auch nicht wehrlos sein würden. Ist dieses Selbstverständnis durch den 7. Oktober angeschlagen worden?**

Einerseits durchaus, andererseits hat der Terror Israel auch wieder zusammenschweißt. Erst vor Kurzem gab es große innere Verwerfungen wegen der Justizreform der Regierung Netanjahu. Doch nun in der Not stehen alle politischen Lager beisammen. Und innerhalb der israelischen Bevölkerung sowie auch in der jüdischen Diaspora weltweit gibt es eine unglaubliche Solidarität. Von überall strömen nun Juden nach Israel, um freiwillig für ihr Land zu kämpfen. Und etliche Zivilisten unterstützen die Soldaten, zum Beispiel, indem sie ihnen Essen bringen.

Insofern hat der 7. Oktober Israel sicherlich erschüttert, am Ende jedoch auch das jüdische Bewusstsein gestärkt. Wir Juden werden dieses kleine Fleckchen Erde namens Israel niemals kampflos aufgeben. Wir haben verstanden, dass wir zuletzt arglos waren und nicht genug aufgepasst haben. Aber es ist völlig klar, dass wir alle ganz stark beieinander stehen und alle nur ein Ziel haben – dieses Land zu schützen. Natürlich bedeutet das auch, dass Israel jetzt kämpfen muss. Da setzen wir Juden stark auf die IDF und sind sicher, dass diese tapferen Jungs und Mädels das Geschehen wieder in den Griff bekommen.

Skeptisch bin ich jedoch, dass die Hamas ausgelöscht werden kann. Denn Hamas ist weniger eine Organisation als vielmehr eine Ideologie – wie beim Islamischen Staat, bei der Hisbollah und bei den Taliban. Eine solche Ideologie auszulöschen ist schwer bis unmöglich. Aber möglicherweise gelingt es, ihre Vertreter so zu schwächen, dass von ihr künftig weniger Gefahren ausgehen.

Alles zusammen genommen bin ich für Israel guter Hoffnung. Weniger gute Hoffnung habe ich leider für mein Heimatland, in dem ich geboren bin – nämlich Deutschland.



Hasserfüllt gegen Israel und die westliche Gesellschaft: Hamas-Sympathisanten in Duisburg

**Sie spielen auf die antiisraelischen Demonstrationen seit dem 7. Oktober in deutschen Straßen an?**

Richtig. Fast täglich sehen wir Bilder, wie tausende Islamisten in unserem Land Straßen und Plätze belegen sowie offen antisemitische Hetze betreiben und dies fast immer ohne Folgen bleibt. Nach einem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 forderte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder einen „Aufstand der Anständigen“. Jetzt wäre die Zeit für einen Aufstand der Zuständigen. Und zwar der zuständigen Entscheider in Politik und Verwaltung, um diese Hetze und Verherrlichung von Terror gegen Juden zu unterbinden.

**Was sagen Sie zu den Bekenntnissen einiger Repräsentanten des Staates, dass Judenhass in Deutschland keinen Platz habe?**

Das sind doch nur folgenlose Lippenbekenntnisse! Ich habe den Eindruck, dass wir mit ein paar schönen Worten abgespeist werden sollen. Dass tatsächlich etwas passiert, kann ich jedenfalls nicht erkennen, außer dass Kanzler Scholz und sein Minister Habeck deutlich gemacht haben, dass sie von der bisherigen Einwanderungspraxis, die ja zu der jetzigen Lage geführt hat, kaum abrücken wollen.

Auch der Umgang mit der Hamas in Deutschland spricht Bände. Obwohl diese Organisation gegründet wurde, um Israel zu vernichten, und obwohl sie aus dieser Absicht nie einen Hehl gemacht hat, konnte sich die Hamas bislang in Deutschland frei austoben. Noch skandalöser sind die angeblichen Verbotsbestrebungen. Anstatt diesen Schritt hinter den Kulissen vorzubereiten und dann zuzuschlagen, stellte sich der Bundeskanzler hin und verkündete die Verbotsabsicht in aller Öffentlichkeit. Da anschließend nichts weiter geschah, wirkte Scholz' Ankündigung wie eine Warnung an die Terroristen, schnell noch alle Geldmittel und sonstigen Ressourcen in Sicherheit zu bringen. Und als dann seine Innenministerin endlich das Verbot antieß, informierte sie die ausführenden Bundesländer nicht, wodurch auch dieser angebliche Schlag seine Wirkung verfehlte.

Und übrigens: Eine Woche, nachdem das Verbot gegen die Organisation „Samidoun“ ausgesprochen wurde, funktionieren sämtli-

che soziale Medienkanäle dieses Netzwerks noch immer. Die angeblich verbotene Organisation ist also nach wie vor aktiv.

Insofern fühle ich mich als deutsche Jüdin auf den Arm genommen. Das betrifft auch das Gerede von der angeblichen „deutschen Staatsräson“, die Israels Existenz und Sicherheit angeblich sein soll. Gleich bei der ersten Gelegenheit, sich vor der Welt zu Israel zu bekennen, nämlich bei der Abstimmung über die Gaza-Resolution der UNO, hat diejenige Ministerin, die bei ihrem Amtsantritt eine „wertgeleitete Außenpolitik“ proklamierte, für Deutschland die feige Enthaltung vorgezogen.

Als geradezu heuchlerisch empfinde ich inzwischen die offiziellen Reden zu Gedenktagen wie in der vergangenen Woche zum 9. November. Was nützen uns klagende Worte über die toten Juden, wenn man die lebenden im Stich lässt?

**Wie werten Sie allgemein das Agieren einer auftrumpfenden Hamas in Deutschland – und die zögerliche Haltung der deutschen Politik dazu?**

Was hier passiert entspricht in großen Teilen dem, was Michel Houellebecq in seinem Buch „Unterwerfung“ schon vor Jahren am Beispiel Frankreichs prophetisch beschrieben hat.

Das Auftreten der Hamas und anderer muslimischer Organisationen zeigt auch, dass der Kampf des extremistischen Islamismus nicht nur den Juden gilt. Wir Juden sind lediglich die ersten. Christen, Ungläubige, Frauen, Schwule und viele andere folgen uns auf dem Fuß. Auch wenn ich hoffe, dass ein Großteil der in Deutschland lebenden Muslime friedlich mit uns Juden zusammenleben will, gibt es allein in Deutschland zehntausende Extremisten, die der westlichen Gesellschaft den Kampf ansagen und sie durch eine islamische Ordnung ersetzen wollen. Deshalb mache ich mir um unsere Gesamtgesellschaft Sorgen.

**Was sollte man dem entgegensetzen?**

Was uns in Deutschland unter anderem fehlt, ist ein positiver, gesunder Patriotismus. Patriotismus ist ja kein schlimmes Wort. Es bedeutet die Liebe zum eigenen Land und die Bereitschaft, sich für dieses Land einzusetzen. Eine solche Einstellung, die andernorts

normal ist, wünschte ich mir für Deutschland. Wohin sollen wir denn Zuwanderer – egal, aus welchem Kulturkreis – integrieren, wenn wir selbst nicht wissen, wer wir sind?

Ich bin in Deutschland geboren, ich liebe dieses Land. Aber ich habe – anders als es in Israel spürbar ist – leider nicht den Eindruck, dass die Deutschen bereit sind, für dieses Land auf die Straße zu gehen oder gar in die Schlacht zu ziehen.

**Was sehen Sie als Ursache dafür?**

Ich glaube, viele Deutsche haben einfach Angst, dass, wenn sie von Patriotismus reden, sie in die „rechte Ecke“ gestellt werden. Zur Wahrheit über unsere Zustände gehört eben auch, dass diejenigen, die frühzeitig auf die gefährlichen Begleitumstände einer unkontrollierten Zuwanderung hingewiesen haben, entweder abgekanzelt und im öffentlichen Raum zu unerwünschten Personen erklärt oder gleich von den reichweitenstarken Medienplätzen verbannt wurden.

Und jetzt, wo das ganze Drama der geplätzten Multikulti-Phantasien offensichtlich wird, tun Journalisten und Medien so, als ob sie mit der Entwicklung nichts zu tun hätten.

**Lassen Sie uns nochmal zur Motivation der muslimischen Demonstranten in Deutschland zurückkommen. Wie kann es sein, dass sie gegen eine Gesellschaft demonstrieren, die bereit war, sie aufzunehmen?**

Das ist eine der vielen rational nicht erklärbaren Umstände dieser Leute. Ich bin jedenfalls sicher, dass es ihnen nicht um die Sache der palästinensischen Araber oder auch nur der Muslime geht. Denn in zahlreichen Ländern werden Muslime zu Tausenden von anderen Muslimen abgeschlachtet – und niemand protestiert gegen den Brudermord. Doch jetzt, wo Israel und die Juden und der Westen im Spiel sind, ziehen sie wild durch die Straßen.

Ihnen geht es darum, den Hass auszuleben, den viele schon mit der Muttermilch aufgesogen haben. Der Hass wird weiter in den Moscheen zelebriert, selbst hier in Deutschland. Wir wissen aus einigen Moscheen von islamistischen Verbänden, dass auch dort Juden aufs Schärfste diffamiert werden und Israel als „Dolch im Herzen der Welt“ bezeichnet wird. Und da die Hassprediger wissen, dass sie in Deutschland keine harte Antwort des Staates zu befürchten haben, machen sie ungestört weiter.

Man kann Dinge sicherlich nicht vergleichen. Aber bei den Corona-Maßnahmen war die Politik sehr kreativ, um ihr nicht genehme Demonstrationen zu verhindern. In Berlin wurden sogar Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten eingesetzt. Warum greift dann die deutsche Polizei nicht härter durch, wenn nun auf einer Demonstration „Tod den Juden“ gerollt wird?

**Glauben Sie, dass die Entscheider in Politik und Behörden Angst vor einer Eskalation der Lage haben? Weil sie insgeheim wissen, dass längst zu viele Menschen mit einer zweifelhaften Gesinnung in unserem Land leben, sodass die Gefahr bürgerkriegsähnlicher Zustände besteht?**

Das kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen, halte es aber für möglich. Sicher ist jedoch: Wenn wir keine klare Kante zeigen und stattdessen den Kopf weiter in den Sand stecken, wird das Problem nicht kleiner. Die Prediger des Hasses werden uns nicht nur weiter auf der Nase herumtanzen, sondern immer weiter öffentliche Räume besetzen und ihren Einfluss ausweiten. Und sie werden immer deutlicher die Machtfrage stellen.

Insofern sind der 7. Oktober und die Tage danach auch ein Weckruf an uns. In Israel geht es um die Existenz des jüdischen Staates – bei uns geht es um den Erhalt unserer deutschen, unserer westlichen Kultur und Lebensart.

Das Gespräch führte René Nehring.

„Als geradezu heuchlerisch empfinde ich inzwischen die offiziellen Reden zu Gedenktagen wie in der vergangenen Woche zum 9. November. Was nützen uns klagende Worte über die toten Juden, wenn man die lebenden im Stich lässt?“

## Zur Person

### ● Malca Goldstein-Wolf

ist eine deutsch-jüdische Publizistin und Aktivistin, die sich gegen Judenhass engagiert. Sie ist unter anderem ehrenamtliches geschäftsführendes Mitglied des deutschen Präsidiums von Keren Hayesod, Israels größter Spendenorganisation für jüdische Menschen in Not.

[www.keren-hayesod.de](http://www.keren-hayesod.de)

# Die Folgen einer Verweigerung

Noch immer scheut die CDU die Emanzipation von der Ära Merkel. Doch dadurch kann sie dringend erforderliche Kurskorrekturen nicht vornehmen – und verlorene einstige Stammwähler auch nicht zurückgewinnen

VON WERNER J. PATZELT

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg begriffen, dass man Schuld am Scheitern besser bei sich selbst als bei anderen sucht. Solches Aufarbeiten von Vergangenem hat unserem Land gutgetan. Doch bei der CDU-Führung wartet man auf jene Einsicht weiterhin, trotz inzwischen großer Wählerverluste. Man versteht auch den Grund: Es fällt schwer, dasjenige als irreführend einzugestehen, was man selbst mit voller Überzeugung ehemals vertrat. Noch schmerzlicher ist es, einst umjubelte Führungsleute für an jenen Übeln ursächlich zu erklären, an denen man nun leidet.

Natürlich ist die Rede von Angela Merkel und ihren Paladinen. Es ist nämlich deren Politik, welche die Union derzeit nur von Fehlern der Konkurrenz profitieren, doch nicht wieder zu eigener Stärke gelangen lässt. Warum aber verhält sich die – vielfach gewarnte – CDU-Führung seit vielen Jahren so trotzblind wie ein illusionsfixierter Pubertierender? Weil sie, ebenso geschmeichelt wie schlecht beraten, seit Angela Merkels Beinahe-Scheitern von 2005 gegen Gerhard Schröder genau jenem Zeitgeist folgte, der in grünen Politikzielen den letzten Schluss politischer Weisheit zu erkennen glaubt.

Zwar machten sich schon die Sozialdemokraten nach Helmut Schmidts Regierungszeit jenen grünen Pazifismus zu eigen, der bis zu Putins Angriff auf die Ukraine höchst modisch war. Doch Angela Merkel rundete ihn politisch ab durch die Nutzung der Bundeswehr für Einsparungen im Bundeshaushalt. Dann irrlichterte die CDU-Kanzlerin bei der Nutzung der Kernenergie: Kaum war von ihr die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert, verkündete sie – mehr aus Angst vor einem demoskopischen als vor einem wirklichen Tsunami – für diese jenes Aus, das die Grünen seit ihren Anfängen gefordert hatten. Obendrein verwirklichte gerade die CDU grüne und sozialdemokratische Wünsche nach einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland, indem sie mehrheitlich die selbstermächtigte Zuwanderung als politisch nicht einzuschränkendes Menschenrecht und die Kritiker als verblendete Rassisten ausgab. Und ja, dass der Islam zu Deutschland gehöre, verkündete zum Wohlgefallen der Grünen ein von Angela Merkel ausersehener Bundespräsident – und dass der Islamismus gar nichts mit dem Islam zu tun hätte, erklärte die Kanzlerin gleich selbst.

## Zerplatzte Illusionsblasen

Nun aber erweist sich jene schöne neue Welt als doch nicht ganz so schön, wie das einst in Aussicht gestellt, geglaubt und bejubelt wurde. Viele Illusionsblasen platzen gerade an der rauen Wirklichkeit. Zwar bekommen, seit die CDU bundespolitisch aus dem Rennen ist, vor allem SPD und FDP den Bevölkerungszorn über die brechstangenartige Durchsetzung grüner und woker Ziele ab. Doch viele im Land haben nicht vergessen, dass die „Ampel“ im Grunde nur das Fortzusetzen versucht, was – unter medial verstärktem rot-grünen Druck – bereits die CDU-Kanzlerin auf den Weg brachte.

Die war, wie ein Großteil ihrer Partei, ständiger Angriffe von selbsterklärter Fortschrittlichen müde. Und weil es wirklich keine Freude macht, als rückwärtsgewandt-muffig dargestellt zu werden, begann Angela Merkel eine große Frontbegradigung. Indem sie demoskopisch als wirkungsvoll nachgewiesene Argumente von SPD und Grünen selbst zu vertreten begann, schnürte sie den Sozialdemokraten nach und nach die politische Luft ab und hoffte auf die Grünen als Nachfolger jener FDP, mit der die Union jahrzehntelang gut



Überschattet noch immer die Politik der CDU: Altkanzlerin und ehemalige Parteivorsitzende Angela Merkel

und gerne regiert hatte. Etliche erfolgreiche Wahlen gaben dieser Strategie recht. Doch wer – wie Deutschlands Armee im Ersten Weltkrieg – strategisch nach links schwenkt, sollte eben auch den rechten Flügel stark und im Gefechtsverband der Truppe halten.

Das aber ignorierten die Merkelianer lustvoll. Genau in der Mitte wartete der größte Teil der Wählerschaft darauf, von einer sozialen, liberalen und ökologischen Union abgeholt zu werden. Ihretwegen müsse man die Konservativen in der Partei kleinhalten. Außerhalb der Union hätten die ohnehin keine Alternative zum Wahlkreuz bei der CDU – insbesondere dann nicht, wenn man die Gleichsetzung von „konservativ“ und „rechts“ mitsamt der Ansicht zur Selbstverständlichkeit mache, dass „rechts“ keine hinnehmbare Meinungshaltung, sondern ein rassistisch-faschistischer Einstellungskomplex wäre. Da aber müsse man, geschichtlich belehrt, schon den Anfängen wehren. Deutschlands Linke, ohnehin viel mehr mit Angela Merkel als mit ihrer Partei sympathisierend, stellte dafür gern die Hilfstruppen.

## Die Alternative rechts von der Union

Als Nebenwirkung entsprechender „Shitstorms“ und Ausgrenzungen kam es dann so, dass zur Rechten der Union die AfD als starke, im Osten gar stärkste und gewiss nicht mehr von selbst vergehende Partei aufwuchs. Durchaus hätte sich das verhindern lassen, wenn Merkels Regierung nicht die Haftungsrisiken Deutschlands in der Eurozone leichtfertig heruntergespielt und die CDU nicht viele einst erfolgreiche Positionen in der Migrations- und Energiepolitik zugunsten der AfD geräumt hätte. CDU-schädigend war auch, dass man nicht einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD den Vorzug gab vor jener billigen Beschimpferei, welche die AfD ja nicht geschwächt, sondern – auch dank vielerlei Solidarisierung gegen unfaire Wett-

bewerbspraxen – nur gestärkt hat. Erst eigene Fehler begehen, dann die Kritik nicht ernstnehmen und alsbald die Kritiker ausgrenzen: Das wies den Weg nach unten.

Ganz zum eigenen Nachteil wurde die CDU zu einer Partei nur noch der Mitte, nicht aber auch von Leuten, die rechts der Mitte stehen. Deshalb schwächelnd, wird die Union immer wieder in Koalitionen gezwungen, die sich ihr einst aus Gründen der Selbstachtung verboten hätten. In Stuttgart dient sie, nach jahrelanger personalpolitischer Selbstdemontage, als Juniorpartner der Grünen; und in Sachsen ist sie von einer bestimmenden politischen Kraft zum Hündchen geworden, mit dem der grüne Schwanz wedelt. So wird es auch bleiben, solange man die Ursachen solchen Abstiegs nicht bei sich selbst sucht und dann abstellt.

## Schwierige Neubesinnung

Doch immer noch sind CDU-Fortschritte auf dem Weg zur Neubesinnung mit dem Millimeterband zu messen. Erst drei Jahre nach ihrer migrationspolitischen Wende merkte die fast allmächtige Parteivorsitzende Merkel, dass die Reize ihrer Politik gerade bei bisherigen CDU-Wählern immer weniger verfangen. Alsbald wählten viele lieber das grüne Original als Unionskarrieristen im grünen Tarnfleck. Jedenfalls gab Angela Merkel den Parteivorsitz auf, als ihre Partei 2018 bei den hessischen Landtagswahlen von 38 Prozent auf 27 Prozent abgestürzt war. Weiterhin vom Kanzleramt aus herrschend, konnte sie den CDU-Tanker dennoch auf jenem kräfteschonenden Kurs halten, der grünen und woken politischen Strömungen folgt. Die beobachtete sie mit großer demoskopischer Sorgfalt und formte sie zugleich mit, indem sie beim Bewerben ihrer Politik mit populären und mächtigen Journalisten zusammenwirkte. Weil diese ohnehin die grüne Agenda schätzten, fuhr Angela Merkel

Bislang findet sich kein Weg, Deutschlands inzwischen klar nicht-linke Wählermehrheit in ebenso nicht-linke Parlamentsmehrheiten umzusetzen. Nur dann aber ließe sich Politik wieder als respektable Mehrheitspolitik betreiben – und nicht länger als ein Erziehungsprojekt von Minderheiten

damit gut bis zum Ende ihrer Kanzlerschaft. Doch seither verblasst ihr Ruhm.

Derweil kamen und gingen zwei merkelgefällige Parteivorsitzende aus weichem Holz. Den jetzigen brachte, nach zwei Niederlagen auf Parteitag, erst die Basis ins Amt. Dafür hatten vor allem die Konservativen in der CDU getrommelt. Anschließend brüskierte er lieber seine Unterstützer, als dass er mit jenen den Richtungsstreit gesucht hätte, welche die CDU auf den demoskopischen Weg nach unten geführt hatten. Sich vor aus den eigenen Reihen besicherten Niederlagen zu fürchten, hat Friedrich Merz nämlich gelernt. Und so kauert bis heute die CDU kraftlos vor einer Schlange namens AfD, ganz ideenlos ob einer anderen Angriffsstrategie als der so offenkundig gescheiterten.

Wer die Positionen von Grünen und AfD zur Migrationspolitik, zur Energiepolitik und zum eigenen Land vergleicht, der merkt im Übrigen, dass die AfD – wie viel Rechtsradikalismus und Rassismus auch immer unter ihren Mitgliedern gären mag – in erster Linie die politisch-populäre Antwort auf Deutschlands Reise in grüne Illusionsgefilde ist. Die aber führte niemand anderes als die ehemalige CDU-Kanzlerin an. Seit allerdings die Grünen eher als Zerstörer deutschen Wohlstands denn als die Schöpfer eines international vorbildlichen Landes wahrgenommen werden, rettet sich vor ihnen, wer kann. Ob eine Flucht vor der Unpopularität und Gestrigkeit der Grünen nach Hessenart (hier beschloss die CDU soeben, nach zehn Jahren gemeinsamer Koalition mit den Grünen künftig eine Koalition mit der SPD einzugehen) die Union aber wirklich davor bewahren wird, nur noch als das im Vergleich zur AfD geringere Übel zu gelten?

Vermutlich nicht. Denn was sind die Folgen von Merkels langer Regierungszeit? Eine Zuwanderung ohne Integration, mit der – neben wachsender Kriminalität – muslimischer Antisemitismus ins Land kam. Eine Energiepolitik, die Deutschlands Strompreise zu den höchsten in Europa macht und nun viele Politiker auf die schiefe Ebene von Dauersubventionen für politisch ruinierte Unternehmen lockt. Eine Sicherheitspolitik, mit der Deutschland das revisionistische Russland nicht etwa abschreckte, sondern sich von ihm energiepolitisch abhängig machte. Und ein Sozialstaat, dessen Kosten durch Überlastung bei schrumpfender Wirtschaftskraft aus dem Ruder laufen.

## Eine andere Politik wäre möglich

Wie findet man da wieder heraus? Mit der taktischen Flexibilität von Minderheitsregierungen? Dank Schaffung einer Mehrheit aus Mitte und rechter Mitte? Dafür müsste die AfD sich aber einen Großteil ihrer Rhetorik abschminken, verrannte Positionen aufgeben und solche Leute vom Spielfeld in die Kabine schicken, mit denen zusammenzuwirken der Union nicht zuzumuten ist. Doch bislang findet sich kein Weg, Deutschlands inzwischen klar nicht-linke Wählermehrheit in ebenso nicht-linke Parlamentsmehrheiten umzusetzen. Nur dann aber ließe sich Politik wieder als respektable Mehrheitspolitik betreiben – und nicht länger als ein Erziehungsprojekt von Minderheiten.

Welche Chancen böten sich der Union, wenn sie sich denn politisch traute! Doch vermutlich hat die CDU-Führung in dieser Sache weniger ein Erkenntnisproblem als vielmehr Umsetzungsschwierigkeiten. Die Vergangenheit zu bewältigen, ist nun einmal schwer – auch für die CDU.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden. Er ist Forschungsdirektor am Mathias Corvinus Collegium (MCC) Brüssel. [www.wjpatzelt.de](http://www.wjpatzelt.de)

## MELDUNGEN

Sport unter  
Polizeischutz

Berlin – Alon Meyer, der Präsident des über 5000 Mitglieder zählenden jüdischen Turn- und Sportverbandes Makkabi Deutschland, hat angesichts der Demonstrationen für die Hamas ein Umdenken auf breiter Front gefordert. Anlässlich der Verleihung des Julius-Hirsch-Preises in Berlin sagte Meyer: „Wenn wir diesen Mob auf den Straßen sehen, haben wir versagt, unsere guten demokratischen Werte zu vermitteln.“ Der rund 600 Mitglieder zählende deutsch-jüdische Sportverein TuS Makkabi Berlin hatte nach dem 7. Oktober zeitweilig alle Fußballspiele seiner Mannschaft abgesagt. In enger Abstimmung mit dem Senat und der Polizei wurden Sicherheitskonzepte so abgestimmt, dass der Verein wieder den Spiel- und Trainingsbetrieb aufnehmen konnte.

H.M.

Erste  
Strafanzeige

Wien – Wie das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) mitgeteilt hat, wird es am 10. Dezember eine ganze Reihe von Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe stellen. Diese sollen sich „gegen Politiker, Minister, Richter und weitere Personen“ richten, „die zur Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht bzw. Impfpflicht für Angehörige der Bundeswehr beitrugen und sich damit mutmaßlich eines Verbrechens gegen die Menschheit gem. § 7 des Völkerstrafgesetzbuchs schuldig machten“. Laut ZAAVV hätten sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte „mehrfach unmissverständlich klargestellt“, dass es unzulässig sei, „eine Abwägung Leben gegen Leben“ zu treffen, wie im Falle der Verhängung der Impfpflicht trotz bekannter tödlicher Nebenwirkungen geschehen.

W.K.

Kosten steigen  
drastisch

Frankfurt am Main – Der Automobilclub von Deutschland (AvD) und mehrere Fahrlehrerverbände machen darauf aufmerksam, dass die Kosten für den Führerschein-Erwerb drastisch gestiegen seien und mittlerweile im Schnitt bei 3000 bis 4000 Euro lägen. Hierzu sagte der AvD-Sprecher Malte Dringenberg: „Das ist nicht nur für Geringverdiener, sondern auch für viele Normalverdiener kaum noch zu stemmen.“ Dabei stelle die Fahrerlaubnis eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und die Ausübung wichtiger Berufe wie zum Beispiel in der Pflege und im Handwerk dar. Als Ursache für die Kostenexplosion wurden vor allem höhere Fahrzeug- und Spritkosten sowie gestiegene Personalkosten aufgrund des gravierenden Mangels an Fahrlehrern genannt. Außerdem erfordere der moderne Straßenverkehr mit seiner gewachsenen Komplexität deutlich mehr Fahrstunden als früher – im Durchschnitt ist es hier zu einer Verdopplung gekommen.

W.K.



Hier soll Scholz den CDU-Ministerpräsidenten eine Intrige gegen deren Partei- und Fraktionschef vorgeworfen haben: Bund-Länder-Gipfel zur Migrationspolitik im Kanzleramt

## MIGRATIONSPOLITIK

## Wer wird Scholz' Pendant?

Hinweise auf Machtkampf zwischen CDU-Ministerpräsidenten und Merz

VON HAGEN RITTER

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) soll den Regierungschefs der CDU-geführten Bundesländer auf dem Bund-Länder-Gipfel zur Migrationspolitik zu Beginn letzter Woche eine Intrige gegen deren Parteivorsitzenden Friedrich Merz vorgeworfen haben. Fakt ist, dass bei einem Treffen der Länderchefs vor dem Gipfel die Regierungschefs der CDU-geführten Länder gemeinsam mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) über die Idee gesprochen haben, eine Bund-Länder-Kommission zur künftigen Ausarbeitung der Migrationspolitik in Deutschland ins Leben zu rufen. Dieser Vorschlag wurde auf dem eigentlichen Gipfel zur Migrationspolitik dann tatsächlich in das Positionspapier aller Bundesländer übernommen. Ob dieser Entwicklung kann sich der Bundesvorsitzende der CDU nicht nur übergeben, sondern sogar ins Abseits manövriert fühlen.

Einen Monat vor dem Gipfel hatte der Bundeskanzler in seiner Rede zum Haushalt im Bundestag einen Deutschlandpakt vorgeschlagen. Scholz appellierte in sei-

ner Rede zwar an alle Kräfte in Bund, Ländern und Kommunen, das Land schneller, moderner und sicherer zu machen, doch werteten viele Beobachter den Vorschlag zu einem Deutschlandpakt vor allem als ein Angebot an die CDU sowie deren Bundesvorsitzenden und Parteichef Friedrich Merz. Tatsächlich lud Scholz am 3. November Merz zu einem Gespräch ins Kanzleramt ein, um über seinen Deutschlandpakt zu reden. Der Dritte in der Runde war der CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Bei dem Treffen der drei Politiker soll es insbesondere um die Migrations- und Asylpolitik gegangen sein.

## Kommission ohne Friedrich Merz

Bei der Bund-Länder-Kommission zur Migrationspolitik, die auf dem Gipfel vereinbart wurde, wird Merz zukünftig jedoch weder in seiner Funktion als CDU-Chef noch als Vorsitzender der Unionsfraktion mit am Verhandlungstisch sitzen. In der Kommission vertreten sein werden dafür aber einige der schärfsten Rivalen von Merz innerhalb der CDU, etwa Hendrik Wüst, Boris Rhein und Daniel Günther, die CDU-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Schleswig-Holstein. Allen drei werden re-

gelmäßig Ambitionen nachgesagt, in Konkurrenz zu Merz Spitzenkandidat der Union bei der Bundestagswahl 2025 werden zu wollen.

Kurz nach dem Treffen der Ministerpräsidenten erteilte Merz weiteren Gesprächen mit Scholz zu einem Deutschlandpakt zum Thema Migration eine Absage. Dabei wies er darauf hin, dass bei einer Suche nach Lösungen der Bundestag nicht umgangen werden könne. „Bei der gesamten Gesetzgebung im Bereich Asyl und Einwanderung bis hin zum Staatsbürgerrecht ist ausschließlich der Bund der Gesetzgeber – da ist ein Deutschlandpakt nur denkbar und möglich, wenn die Bundesregierung mit dem Bundestag eine breite Übereinstimmung findet in den entsprechenden Fragen“, so Merz.

Der CDU-Chef merkte zudem an, die Bund-Länder-Runde sei für einen Deutschlandpakt zu Asylfragen der „falsche Ort“. Dafür wäre es notwendig, im Bundestag Übereinstimmung zu finden, so Merz. Nach Angaben von Merz hatte er Scholz angeboten, eine Arbeitsgruppe zum Deutschlandpakt Migration zwischen der Unionsfraktion und der Regierung zu bilden. „Das hat die Bundesregie-

rung abgelehnt, und damit ist das Thema Deutschlandpakt zum Thema Migration aus meiner Sicht erledigt“, so Merz.

## Rivalität um die Kanzlerkandidatur

Im Kontrast dazu steht die Bewertung des Bund-Länder-Gipfels durch Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) oder den hessischen CDU-Ministerpräsidenten Rhein. Der Hesse lobte: „Wir sind einen guten Schritt vorangekommen, damit sind wir zufrieden.“

Die Entscheidung von Rhein, in Hessen das Modell Schwarz-Grün nicht fortzusetzen und lieber eine Koalition mit der SPD zu schließen, wird von einigen Kommentatoren nun allerdings wieder als Rückenwind für Merz gewertet. Die Absage an die Grünen als Regierungspartner liege genau auf der Linie des Parteichefs, so die Diagnose. Unabhängig davon kann die Koalitionsentscheidung der Hessen-CDU unter Rhein aber auch als ein Signal an die SPD und an Scholz gesehen werden.

Bereits im September brodelte in Berlin nämlich die Gerüchteküche und es wurde kolportiert, dass Scholz Grüne und FDP als Koalitionspartner aus der Regierung schmeißen und stattdessen lieber eine Große Koalition mit der Union bilden wolle. Ganz selbstverständlich wurde bei diesen Spekulationen angenommen, die Union würde mit Merz den Vizekanzler stellen. Der Bund-Länder-Gipfel im Kanzleramt deutet allerdings darauf hin, dass einige CDU-Länderchefs in Konkurrenz zu Merz eigene Ambitionen hegen.

## DIE LINKE

## Eine Partei auf dem Weg ins Ungewisse

Um sich neu zu erfinden, bräuchte es neues, unverbrauchtes Personal mit bundesweiter Strahlkraft

Vergangenen Dienstag beschloss die Fraktion Die Linke im Bundestag ihre Auflösung zum 6. Dezember. Vergangenes Jahr hatte die Linksfraktion rund 11,5 Millionen Euro staatlicher Zuwendungen erhalten, 9,3 Millionen gab sie für Personal aus. Derzeit beschäftigt sie rund 100 Mitarbeiter, nicht wenige von ihnen dürften arbeitslos werden. Viele in Partei und Fraktion nennen die der Fraktionsauflösung vorausgegangene Abspaltung Sahra Wagenknechts, die wohl zehn Abgeordnete in ihr neues Projekt mitnehmen wird, daher „asozial“.

Und doch macht sich auch Erleichterung breit. „Die Zeit der lähmenden Selbstbeschäftigung muss vorbei sein“, sagte der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch in der vergangenen Woche. Man werde den Blick nun wieder nach vorne

richten, die Parteispitze und die künftige parlamentarische Gruppe würden nun wieder Hand in Hand arbeiten. Martin Schirdewan, einer der beiden Parteivorsitzenden, hat von der größtmöglichen Geschlossenheit gesprochen.

Inhaltlich möchte man mit einem Klimageld in Höhe von 200 Euro für kleine und mittlere Einkommen sowie der Forderung nach dem „größten Investitionsprogramm“ in der Geschichte der Bundesrepublik punkten. Schirdewans Co-Vorsitzende Janine Wissler stellt den Asyl-Kompromiss der Ampel in Frage und kommt zu der überraschenden Erkenntnis, dass es in Deutschland „kein Migrations- sondern ein Verteilungsproblem“ gebe. Wie und wo die Linke mit diesen Forderungen punkten will, bleibt unklar,

abgesehen von fundamentalistischen Grünen und Profiteuren grüner Politik, denen die Zugeständnisse der Grünen gegenüber den Koalitionspartnern in der Regierungskoalition auf Bundesebene zu weit gehen. Die verbliebenen Hochburgen in Mitteldeutschland könnten durch Wahlen von Wagenknechts Bündnis ernsthaft geschwächt werden. Im Westen drohen ohnehin nur wenige Linke zu Wagenknecht wechseln zu wollen.

Hoffnung bereitet derzeit vor allem eine Umfrage aus Hamburg. Dort käme die Linkspartei bei den Bürgerschaftswahlen derzeit auf zehn Prozent. Parteistrategen richten den Blick daher auf urbane Zentren mit hohem Migrantenanteil und sozialem Gefälle. Die Nominierung der Klima- und Schleusungsaktivistin Ca-

rola Rackete für die Europawahl ist ein deutlicher Fingerzeig in diese Richtung.

Der wohl populärste Linken-Politiker der Parteigeschichte, Gregor Gysi, hat unlängst in einem Interview erklärt, die Partei sei oft totgesagt worden und noch öfter wieder aufgestanden. Was er nicht sagte war, dass es vor allem sein Verdienst war. „Ich will die Partei retten“, sagte Gysi kürzlich. Im Januar wird er 76 Jahre alt. Der bisherige Fraktionschef Bartsch ist zehn Jahre jünger, überlegt aber derzeit, ob er im Bundestag seine Abschiedsrunde dreht. Es sind nach Wagenknecht die bekanntesten Politiker der bisherigen Linken. Um sich neu zu erfinden, bräuchte es neues, unverbrauchtes Personal mit bundesweiter Strahlkraft. Alleine, es ist nicht in Sicht.

Peter Entinger

## LANDTAG

## Freie Wähler in schwerer See

Übertritt eines Abgeordneten zur AfD könnte Fraktionsstatus im Brandenburger Parlament kosten

VON HERMANN MÜLLER

Überraschend hat am 6. November der brandenburgische Landtagsabgeordnete Philip Zeschmann seinen Austritt aus der Fraktion der Freien Wähler bekannt gegeben. Einen Tag später folgte die nächste Überraschung: Auf der Pressekonferenz, welche die AfD-Fraktion routinemäßig jeden Dienstag im Landtag veranstaltet, nahm Zeschmann neben Fraktionschef Hans-Christoph Berndt Platz und bestätigte, was bereits seit dem Vortag im Landtag als Gerücht kursierte. Zeschmann gab seinen Wechsel in die AfD-Fraktion bekannt.

Den Weggang von den Freien Wählern begründete der studierte Wirtschaftswissenschaftler in einer Presseerklärung mit „unüberwindbaren Unvereinbarkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Péter Vida“. Zugleich versicherte der 56-Jährige, er habe es sich bei seiner Entscheidung zum Wechsel nicht leichtgetan. Auf der Pressekonferenz auf das Thema Rechtsextremismus und AfD angesprochen, antwortete Zeschmann, der lange Zeit bei den Jusos und in der SPD engagiert war: „Was ist denn da rechtsextrem? Meine Wahrnehmung war, das muss man ganz offen sagen, da engagieren sich Leute und versuchen Themen zu benennen, die den Bürgern und Bürgerinnen auf den Nägeln brennen, was ich auch immer getan habe.“

**Hoffnung auf Sonderregelung**

Bei den Freien Wählern wirkt der Weggang Zeschmanns wie ein Schock. Gut ein Jahr vor den Landtagswahlen sind die Folgen des Fraktionswechsels für die Gruppierung tatsächlich einschneidend. Sehr schnell entschied die Landtagsverwaltung etwa, dass die verbleibenden Abgeordneten der Freien Wähler nicht mehr als Fraktion, sondern nur noch als Gruppe im Landesparlament weiterarbeiten können. Diese Entscheidung zieht die Kürzung von Geldern für die weitere Parlamentsarbeit nach sich. Nach dem Verlust des Fraktionsstatus werden die Freien Wähler sehr wahrscheinlich gezwungen sein, Mitarbeiter zu entlassen. Hinzu kommt: Als Angehörige der kleinsten Fraktion hatten die einzelnen Abgeordneten schon bislang im Landtag ein großes Arbeitspen-



Nach dem Wechsel: Philip Zeschmann (l.) mit Brandenburgs AfD-Fraktionschef Hans-Christoph Berndt

Foto: pa

sum zu bewältigen. Diese Belastung dürfte nun noch weiter steigen.

Zudem verringert sich für die verbleibenden vier Abgeordneten auch der Anspruch auf Redezeit in den Plenardebatte des Landtages. Damit sinkt für die Freien Wähler die Möglichkeit, im letzten Jahr der Wahlperiode durch ihre Parlamentsarbeit für sich werben zu können.

Der Fraktionsvorsitzende Vida hat ein Eilverfahren beim Landesverfassungsgericht zum Erhalt des Fraktionsstatus angekündigt. Die Hoffnungen der Freien Wähler bei ihrem mittlerweile eingereichten Eilantrag beruhen auf einer Sonderregelung im Parlamentsrecht Brandenburgs. Laut Vida sieht das Fraktionsgesetz die Möglichkeit vor, auch mit vier Abgeordneten eine Fraktion zu bilden, wenn eine Partei oder politische Vereinigung fünf Prozent der Zweitstimmen und vier Sitze erringt. Brandenburgs Verfassungsrichter werden sich vermutlich sehr in-

tensiv mit der Frage beschäftigen müssen, ob diese Regelung nicht nur zum Start einer Legislatur gilt, sondern auch während einer schon laufenden Wahlperiode.

Erst im September hatten die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen und Freien Wähler, so der volle Name, auf einem Parteitag in Bernau über Themen und Kandidaten für die bevorstehenden Wahlkämpfe abgestimmt. Im Juni 2024 wählt Brandenburg neue Kommunalparlamente, im Herbst folgen Landtagswahlen. Selbstbewusst hatten die Freien Wähler auf ihrem Parteitag für alle 44 Wahlbezirke Direktkandidaten aufgestellt. Erklärtes Ziel ist es, bei der Landtagswahl im kommenden Jahr acht Prozent zu holen.

**Schon früher zerstritten**

Angesichts der nicht zu verbergenden Probleme, die Brandenburgs CDU und die Grünen als Teil der Kenia-Koalition miteinander haben, werden die Freien Wäh-

ler immer wieder sogar auch als künftiger Koalitionspartner der CDU gehandelt. Bei den vergangenen Landtagswahlen im Jahr 2019 hatten die Freien Wähler in Brandenburg durch eine Punktlandung bei 5,0 Prozent den Wiedereinzug in den Landtag geschafft. Spitzenkandidat Vida holte im Kreis Barnim sogar ein Direktmandat.

Der Weggang von Zeschmann hat nun allerdings dazu geführt, dass in der Berichterstattung immer wieder auch thematisiert wurde, wie zerstritten es schon in der Vergangenheit bei der Gruppierung zugegangen sei. Tatsächlich waren die Freien Wähler dank eines Direktmandats schon 2014 mit drei Abgeordneten in den Landtag eingezogen. Dies langte zwar nicht zur Bildung einer Fraktion, aber wenigstens für den Status einer Gruppe. Interne Streitigkeiten sorgten aber dafür, dass nicht einmal dieser Gruppenstatus bis zum Ende der Wahlperiode Bestand hatte.

## STADTENTWICKLUNG

## Signa-Krise hat auch Berlin voll erfasst

Der strauchelnde Baugigant hat mehrere Projekte in der Stadt – Wie soll es jetzt weitergehen?

Die Krise des österreichischen Immobilienkonzerns Signa hat auch massive Auswirkungen auf die Bundesrepublik, insbesondere auf viele Prestigeobjekte in Berlin wie auch in Hamburg. Bedroht ist das Karstadt-Gebäude am Hermannplatz in Berlin-Neukölln, der Umbau des historischen Bremsenwerks am Ostkreuz, der Karstadt-Standort Müllerstraße im Wedding, Karstadt am Ku'damm und die Bauten in der Passauer/Nürnberger Straße neben dem KaDeWe.

Den Auftrag, ein 32-stöckiges Hochhaus am Alexanderplatz zu errichten, hat die Commerzbank-Tochter CommerzReal Signa bereits entzogen und will den Bau nun in Eigenregie durchführen. Alle anderen Signa-Bauprojekte in Berlin wurden zunächst gestoppt. Auch der Wolkenkratzer an den Hamburger Elbbrücken wird erst einmal nur teilweise

weitergebaut. Der 245 Meter hoch geplante Bau hat bereits eine Höhe von mehr als 100 Metern erreicht.

Die Baufirmen warten, weil der Investor Rechnungen nicht bezahlt hat. René Benko hat inzwischen die Führung der Signa-Gruppe abgegeben. Er trat als Vorsitzender des Beirates der Signa Holding zurück. Der deutsche Sanierungsexperte Arndt Geiwitz hat jetzt das Sagen und übernimmt die Restrukturierung der Immobilien- und Handelsholding: „Es ist daher verantwortungsvoll wie geboten, jetzt eine umfassende Konsolidierung für das Unternehmen einzuleiten.“ Aus österreichischen Quellen heißt es, die kurzfristigen Schulden von Signa belaufen sich auf zwei Milliarden Euro. Im ORF-Radio Ö1 war zu hören, dass die Struktur der Signa insgesamt undurchsichtig sei.

Die Berliner Grünen fordern Konsequenzen. Sie beziehen sich dabei aber nur auf Grundsätzliches. Die Bauvorhaben als solche wollen sie vollendet sehen. Der Stadtentwicklungsexperte der Partei, Julian Schwarze: „Für Berlin bedeutet das, dass Signa kein Partner mehr sein kann und die Zusammenarbeit beendet werden muss.“ Seine Partei hofft, die Signa-skeptische Stimmung des früheren Koalitionspartners SPD nutzen zu können.

Insbesondere das von Grünen und Linkspartei heftig kritisierte Projekt Karstadt am Hermannplatz wollen die Grünen zu Fall bringen. Sie fordern ein Moratorium auf die bisher noch laufenden Planungsverfahren für das Warenhaus wie auch für das Bauvorhaben auf dem Kurfürstendamm. Dort befände man sich noch in der Planungsphase – der Senat

könne also eingreifen. Aber mit diesem Vorstoß haben die Grünen keinen Erfolg. Berlins Bausenator Christian Gaebler (SPD) entgegnet: „Wer dies fordert, nimmt billigend in Kauf, dass wichtige Projekte zur Entwicklung der Berliner Zentren und zahlreiche Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden.“ Gaebler hält an beiden Standorten fest, dort seien auch Wohnungen und Flächen für den Gemeinbedarf geplant, die man nicht gefährden wolle.

Auch in Hamburg ist man wegen des Wolkenkratzers an der Elbe optimistisch. Matthias Kaufmann, Geschäftsführer der Baufirma Lupp, glaubt, dass es in Hamburg weitergeht: „Wir sind in engem Austausch mit den Investoren und gehen nach heutigem Stand davon aus, dass die Wiederaufnahme der Baustellentätigkeit zeitnah erfolgen kann.“ Frank Bückler

## KOLUMNE

## Stille Auflösung

VON THEO MAASS

Die Linkspartei – früher firmierend unter SED, dann PDS – kamen bei den jüngsten brandenburgischen Landtagswahlen 2019 noch auf 10,7 Prozent Stimmenanteil. Nach den aktuellen Umfragen wären es noch acht Prozent. Aber von den Funktionären weiß keiner, wer später zur in Gründung befindlichen Wagenknecht-Partei wechseln wird. Die Angst geht um bei den Erben Ulbrichts und Honeckers.

Landesgeschäftsführer Stefan Wollenberg registriert bislang nur wenige Parteiaustritte. Am 22. September 2024 wählen die Brandenburger einen neuen Landtag. Möglicherweise dann ohne Linksradikale, wenn eine Liste Wagenknecht die Linkspartei aus dem Parlament verdrängt, ohne selbst fünf Prozent zu erreichen. Unverdrossen stellen die Linksaußen seit dem 23. September 2023 sogar Direktkandidaten auf, obwohl sie nicht einen einzigen Wahlkreis gewinnen dürften. Darunter ist auch Candy Boldt-Händel – ein Berufsschullehrer – der den ersten Oberhaveler Christopher-Street-Day organisiert hat.

Auch für die Kommunalwahl am 9. Juni 2024, bei der Kreistagsabgeordnete, Stadtverordnete, Gemeindevertreter und Ortsbeiräte gewählt werden, wird munter nominiert. Doch je niedriger in der Hierarchie, umso größer dürften die Aussichten sein, Wagenknecht-Anhänger auf der Liste wiederzufinden. Hilfflos jammert Wollenberg: „Wir erwarten: Wer jetzt kandidiert, soll sich zur Linken bekennen.“

Die bürgerlichen Kräfte können entspannt zusehen, wie die Linksradikalen sich langsam von der politischen Gestaltungsmacht entfernen. Die erste Austrittswelle bei der Linkspartei auf kommunaler Ebene dürfte ab dem 9. Juni 2024 einsetzen, nach den Landtagswahlen am 22. September 2024 trennt sich dann endgültig die Spreu vom Weizen.

## MELDUNG

## Halb so viele neue Radwege

Berlin – Der Berliner Senat lässt weniger Radwege als unter Rot-Rot-Grün bauen. Bis September wurden 6,3 Kilometer fertiggestellt. Im Jahr zuvor waren es im gleichen Zeitraum 12,1 Kilometer. In der Vergangenheit wurden auf großen Ausfallstraßen wie der Potsdamer Chaussee in Berlin-Zehlendorf bestehende Radwege abseits der Straße abgebaut, um stattdessen auf den Autostraßen einen Fahrstreifen für Radler abzugeben. Jetzt soll auf dem Adlergestell in Köpenick das Gleiche passieren. Dort ist im Berufsverkehr regelmäßig Stau. Aggressive Radfahrer benutzen häufig die Fahrstreifen der Kraftfahrer, um den Autoverkehr zu behindern, ohne dass die Polizei einschreitet. Von den 30 von Rot-Rot-Grün beabsichtigten Radwegen hat Verkehrsministerin Manja Schreiner (CDU) erst einmal sechs gestrichen. Bleiben immer noch 24. Die Abgeordnete Oda Hassepaß (Grüne) beklagt: „Wenn wie geplant keine zusätzlichen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, müssen viele Projekte voraussichtlich nach 2025 verschoben werden.“ F.B.

## ● MELDUNGEN

Deutschland  
in Gefahr

Tel Aviv – Israelische Militärs haben die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, deutlich schärfer und „präventiv“ gegen namentlich bekannte Hamas-Anhänger vorzugehen. So warnte der Gründer des Israel's Defense and Security Forum, Brigadegeneral Amir Avivi, was Israel erlebt habe, könne auch Deutschland erleben, wenn es nicht reagiere. Deshalb sollten die Hamas-Aktivisten vorbeugend in Haft genommen werden, und zwar „je früher, desto besser“. Allerdings bezweifelt Wim Kortenoeven, ein führender israelischer Hamas-Experte, dass Deutschland diesen Schritt tatsächlich wagt, denn es sei sehr zögerlich, „gemäß seinen eigenen Gesetzen zu handeln“, obwohl die Hamas zu den Organisationen gehöre, die die nationale Sicherheit der Bundesrepublik bedrohen. Ähnliche Äußerungen wie Avivi tat auch der stellvertretende Dekan des Simon-Wiesenthal-Center, Rabbi Abraham Cooper. W.K.

Ukrainer auf  
Platz zwei

Berlin – Von Anfang Januar bis Ende August wurden 1683 Schleuser festgenommen, die illegale Einwanderer nach Deutschland brachten. Darunter waren 252 Ukrainer. Damit steht die Ukraine gleich hinter Syrien auf Platz zwei in der Rangliste der Schleuser-Nationen. Aus Syrien stammten 263 erappte Menschenmuggler. Platz drei belegt die Türkei mit 140 Schleusern, und an vierter Stelle liegt Deutschland mit 89 Tätern, wobei aus der entsprechenden Aufstufung seitens der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm aber nicht hervorgeht, wie viele dieser Kriminellen eine doppelte Staatsbürgerschaft oder einen Migrationshintergrund haben. Bei der juristischen Ahndung der Straftaten von ukrainischen Schleusern greifen die Gerichte nach anfänglichem Zögern jetzt verstärkt zu Haftstrafen ohne Bewährung, allerdings gibt es auch weiterhin extrem milde Urteile. W.K.

28 Regierungen  
tagten zu KI

London – In Großbritannien hat ein Gipfeltreffen zum Thema Künstliche Intelligenz stattgefunden, an dem Vertreter von 28 Staaten, darunter auch der USA und Chinas, Führungskräfte der Technologie-Unternehmen Google, IBM, Meta, Microsoft, Nvidia, OpenAI, Tencent und Tesla/SpaceX sowie Abgesandte von Organisationen wie der Algorithmic Justice League teilnahmen. Während der Konferenz unterzeichneten die Delegierten der Länder ein Memorandum mit dem Titel „Bletchley Declaration“, in dem sie einerseits die Chancen durch den Einsatz von KI benennen, andererseits aber auch vor den Gefahren dieser Technologie warnen. Im letzteren Zusammenhang wird insbesondere auf eine missbräuchliche Fehlverwendung durch den Menschen sowie Kontrollverluste mit unkalkulierbaren Folgen verwiesen. Da solche Risiken globale Auswirkungen haben, soll es auch eine weltweite Zusammenarbeit bei deren Minimierung geben. W.K.

## LUXEMBURG

## Ideologie weicht der Realpolitik

Jean Asselborn, Europas dienstältester Außenminister, steht vor den Scherbenhaufen seiner Asylpolitik

VON BODO BOST

Luxemburg zählt zu den reichsten Staaten der Welt, allerdings auch zu denen mit den höchsten Mieten und Immobilienpreisen. Das hatte schon seit Jahren die Anzahl der Obdachlosen und Wohnungslosen in dem Großherzogtum in die Höhe schnellen lassen. Seit einigen Wochen wird das Heer der Obdachlosen durch eine neue Gruppe verstärkt: Es sind männliche alleinlebende Asylsucher, die schon in einem anderen EU-Land registriert waren, sogenannte Dublin-Fälle.

Die Immigranten haben seit dem 23. Oktober keinen Anspruch mehr auf ein Bett in einem der überfüllten Flüchtlingsheime in Luxemburg. Betroffen hat diese gegen das EU-Recht gerichtete Entscheidung der Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn. Nach den immer noch gültigen Dublin-Regeln müssen Asylsu-

cher in dem Land ihren Erstantrag stellen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten haben.

Da Luxemburg ein Binnenland ist mit ganz wenigen internationalen Flugankünften von außerhalb der Europäischen Union, hatte es jedoch bislang darauf verzichtet, die Dublin-Regeln strikt anzuwenden, zumal sich in der ganzen EU seit der Massenzuwanderung von 2015 fast kein Land mehr daran hält. Einige Länder wie Ungarn, Polen oder Dänemark verfolgen seit damals das Prinzip der Null-Zuwanderung. Andere Länder wie Italien, die Schweiz oder Frankreich winken vermehrt Asylsucher durch oder schrecken sie immer mehr ab.

## Ein Offenbarungseid

Zuletzt hatte auch Belgien vor einigen Monaten die Notbeherbergung für männliche alleinlebende Immigranten eingestellt. Seitdem vermehrten sich um den

Brüsseler Hauptbahnhof herum täglich die Zelte mit obdachlosen Asylsuchern. Im September wurden die Zelte in Brüssel deutlich weniger, weil immer mehr obdachlose Asylsucher nach Luxemburg weiterzogen – zumeist sind es frankophone Afrikaner – und dort einen Asylantrag stellten. Seit Oktober gibt es auch um den Luxemburger Hauptbahnhof und unter den Brücken der Stadt immer mehr Zelte mit obdachlosen Asylsuchern. Deshalb zog der zuständige Minister Asselborn auf einmal die Notbremse und gestand das Scheitern einer gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik ein.

Was Asselborn nicht zugab, ist jedoch, dass es nicht eine unsolidarische EU-Asylpolitik ist, die ihn jetzt zum Offenbarungseid gezwungen und dazu geführt hat, dass asylsuchende Männer inzwischen unter Brücken schlafen müssen. Asselborns Partei, die sozialistische LSAP, ist seit fast 20 Jahren, mehr als jede ande-

re Partei, in verschiedenen Koalitionen an der Regierung. Deshalb war auch Asselborn dienstältester Außenminister der EU. In diesen zwei Jahrzehnten haben sich Luxemburgs Wohnungsprobleme nicht verringert, sondern noch vergrößert. Viele Luxemburger ziehen vermehrt ins benachbarte Ausland, um eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das können die Zuwanderer nicht, weil sie dadurch ihren Status verlören.

## Heer an obdachlosen Asylsuchern

Asselborn hält sich zwar zugute, als zuständiger Minister den Bettenbestand in den Notunterkünften für Zuwanderer in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt zu haben. Er hat allerdings nicht dafür gesorgt, dass in den letzten fünf Jahren viele Asylsucher eine Unterkunft auf dem freien Wohnungsmarkt gefunden haben. Die meisten der seit 2015/16 im Großherzogtum angekommenen Immigranten, auch wenn sie mittlerweile Aufenthaltsrecht und auch Arbeit haben, wohnen immer noch in Behelfsstrukturen, weil auf dem freien Wohnungsmarkt inzwischen nichts mehr zu finden ist.

Die Kapazität von 7000 Plätzen in den Notunterkünften geht jedoch langsam zur Neige, die eiserne Reserve von 500 Plätzen wird dort inzwischen Familien mit Kindern vorbehalten. Die Warnungen der Flüchtlingsverbände vor diesem aufgeschobenen Problem hatte Asselborn überhört. Demnächst wird er dieses seinem Nachfolger von der neuen bürgerlichen christsozialen liberalen Regierung aufbürden. Dass dies jetzt gerade vor Beginn des Winters passiert, ist besonders tragisch, weil sich in der kalten Jahreszeit auch die Wohnungsnot insgesamt vergrößert und mancherorts in Luxemburg bereits Zeltstädte für einheimische Wohnungslose aufgebaut werden.

Um Asselborn, viele Jahre bekannt als guter Redner und gern gesehener Gast auch in deutschen Talkshows, ist es mittlerweile ruhig geworden. Mit ihm geht das Zeitalter der blauäugigen, realitätsfernen Migrationsidealistinnen, von denen es auch in Deutschland immer noch viele gibt, auch in Luxemburg zu Ende.



Mit seiner Asylpolitik gescheitert: Der sozialdemokratische Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn

## RUSSLAND

## Medwedew stellt Polens Staatlichkeit infrage

Gescheitertes Imperium und historischer „Verlierer“ – Russlands Ex-Präsident keilt gegen Warschau

Aus Anlass des Tages der Einheit des Volkes, an dem in Russland der 1612 erfolgten Befreiung Moskaus von den damaligen polnisch-litauischen Besatzern gedacht wird, veröffentlichte der frühere russische Präsident und derzeitige stellvertretende Chef des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, einen Artikel in der Tageszeitung „Rossijskaja Gaseta“ mit dem Titel: „Polen: Größenwahn, Minderwertigkeitskomplex und Phantomschmerzen eines gescheiterten Imperiums“.

Darin betitelt er Polen als „historischen Loser“ (Verlierer) und „Staat im Hinterhof“, der nicht zuletzt von „bestialischer ... Judenfeindlichkeit“ und „zoologischer Russophobie“ geleitet werde. Deshalb unterstütze Warschau auch das „sterbende Kiewer Regime“, wovon freilich keine Solidarität mit der Ukraine stecke, sondern das Ziel, auf Kosten des Nachbarlandes und anderer osteuropäischer Staaten die Vorherrschaft in der Region bis zur russischen Grenze zu errin-

gen. So habe die polnische Regierung unter anderem „die Absicht, bei einer günstigen Gelegenheit die Ländereien der Westukraine in die Hände zu bekommen“.

Seine Kritik an Polen begründet Medwedew mit ausführlichen historischen Exkursen, die erklären sollen, woher die „Komplexe und Neurosen“ Polens stammen. Dabei erwähnt er auch etliche „abscheuliche Gräueltaten“ gegen Angehörige der Roten Armee im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919 bis 1921 sowie die „aktive Teilnahme“ von Polen an der „Endlösung der Judenfrage“.

Dem folgt die düstere Prophezeiung: „Die Geschichte hat den arroganten Polen mehr als einmal ein unbarmherziges Urteil erteilt: Egal wie ehrgeizig ihre revan-chistischen Pläne auch sein mögen, ihr Scheitern kann zum Untergang der gesamten polnischen Staatlichkeit führen. Und diejenigen, die gestern noch verlässliche Verbündete zu sein schienen, werden das geschwächte Land in jedem günstigen Moment nur für ihre eigenen, eng-

stirnigen Eigeninteressen nutzen. Sie werden es verraten und verkaufen ... Leider wollen die schwachsinnigen Herren in Warschau nicht die Lehren aus ihrer eigenen Geschichte ziehen. Aber in nicht allzu

ferner Zukunft wird sie sich an ihnen rächen ... und den polnischen Eliten ihre unheilvolle zyklische Natur vor Augen führen.“

Ganz zum Schluss seiner Ausführungen stellt Medwedew dann noch die rhetorische Frage: „Werden wir ... über den Zusammenbruch der modernen polnischen Staatlichkeit traurig sein?“ Danach heißt es knapp und schneidend: „Man muss ehrlich sein. Es kann nur eine Antwort geben: Definitiv nicht!“

Die polnische Reaktion auf diesen Affront fiel bislang recht verhalten aus und beschränkte sich im Wesentlichen auf eine bemerkenswert nüchterne Replik von Stanisław Żaryn, seines Zeichens Staatssekretär in der Kanzlei von Premierminister Mateusz Morawiecki, über den Kurznachrichtendienst X: Der Artikel von Medwedew sei Teil der neuesten strategischen Bestrebungen des Kreml, die NATO zu destabilisieren und die existierende europäische Sicherheitsstruktur ins Wanken zu bringen. Wolfgang Kaufmann



Gibt sich betont militärisch: Vize-Föderationsvorsitzender Dmitri Medwedew

VON PETER ENTINGER

Die Mängelliste in Deutschland, dem einstigen Land des Wirtschaftswunders ist lang. Verbände und Unternehmen beklagen seit Jahren langwierige Genehmigungsverfahren, eine ausufernde Bürokratie und eine mangelhafte Digitalisierung. In der vergangenen Woche trommelte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sein Kabinett und die Ministerpräsidenten der Länder zusammen. Alles soll anders, alles soll besser werden. Ein Projekt mit dem Bandwurmmamen „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ soll die lahrende Wirtschaft in Gang bringen. Es soll zur Verschlingung von Verfahren führen, indem das Recht modernisiert wird sowie Prüfschritte in Genehmigungsverfahren reduziert und standardisiert werden. Hierfür sieht der Pakt auch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren mithilfe von Digitalisierung vor.

Es gehe darum, „dass nicht noch ein Politiker sagt, alles soll schneller werden, sondern dass es tatsächlich passiert“, sagte der Kanzler. In der Vergangenheit hätten Bund und Länder immer mehr Vorschriften erfunden. Diese sollten nun vereinfacht werden. Warum dies bisher nicht geschehen ist und wie es konkret besser werden soll, ließ Scholz offen. Fest steht bisher nur, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll, welche die Umsetzung überprüft. Erste Ergebnisse sollen im ersten Quartal 2024 vorliegen.

#### Schnellere Genehmigungsverfahren

Durch den Pakt sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Wohnungsbau, der Mobilfunkausbau und die Modernisierung von Straßen, Schienen, Brücken und Stromnetzen einfacher und schneller gelingen. Doch der Teufel steckt wie immer im Detail. In der Beschlussvorlage heißt es, dass die dafür erforderlichen – und bisher äußerst langwierigen Gesetzgebungsverfahren – beschleunigt werden sollen. Maßnahmen zur konkreten Umsetzung sucht man allerdings vergeblich.

Tatsächlich liest sich das Papier in weiten Teilen wie eine Beruhigungsspielle für Wirtschaft und Bevölkerung. Die weitestgehend brachliegende Digitalisierung soll auf Vordermann gebracht werden. „Natürlich wollen wir auch alle Prozesse digitalisieren, damit das schnell geht. Wir wollen künstliche Intelligenz verwenden und unsere gesamte öffentliche Struktur digitaler machen“, sagte der Kanzler. Neben viel „sollen“ findet man also in dem „Ankündigungs-Pakt“ auch viel „wollen“.

Dass der Wohnungsbau bisher hinter den Erwartungen hängt, dass die Bundes-



Marode Infrastruktur im einstigen Wirtschaftswunderland: Die Sanierung der A8 bei Karlsruhe sorgt für lange Staus

#### BÜROKRATIE-ABBAU

## Beruhigungsspielle für Wirtschaft und Bevölkerung

Der „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ der Bundesregierung beinhaltet viel Sollen und Wollen

regierung alle diesbezüglich gesteckten Ziele bislang grandios verfehlt hat? Schnee von gestern! In Städten und Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten vereinfache und beschleunige der Pakt den Bau von bezahlbarem Wohnraum. Durch eine Sonderregelung könne bis Dezember 2026 auf Bauleitpläne verzichtet werden. „So kann Deutschland viel schneller bauen“, heißt es in dem Papier euphorisch. Man darf gespannt sein.

Ein Beispiel, wie viel Unwägbarkeit in den Planungen steckt, zeigt ein Blick auf die Verlautbarungen zum Ausbau der Mobilfunknetze. „Damit Netzbetreiber in Zukunft leichter Standorte für die Masten finden, werden die Abstandsvorgaben zum Beispiel zu Straßen oder außerhalb von Ortschaften verringert“, heißt es. So könne die Netzabdeckung vorwiegend im

ländlichen Raum verbessert werden. Außerdem soll es künftig in vielen Fällen möglich sein, kleinere Masten ohne Verfahren oder Genehmigung aufzustellen.

#### Proteste und Klagen möglich

Aber was ist mit den zu erwartenden Protesten von Umweltgruppierungen? Was ist mit möglichen Klagen? Eine Antwort darauf sucht man vergeblich. Auch beim Straßenbau und der Sanierung von Autobahnbrücken, derzeit ein einziger Flickenteppich in Deutschland, verspricht man Abhilfe. „Deutschland erhält eine leistungsstarke Infrastruktur mit modernen Straßen, Brücken, Schienen und eine gut ausgebaute Energieinfrastruktur mit Netzen zur Strom- und Wärmeversorgung“, heißt es vollmundig. Eher kleinlaut wird hinterhergeschoben: „Um lange Ein-

zelfallprüfungen beim Artenschutz zu vermeiden, sollen umfassende gesetzliche Standards erarbeitet werden, um gefährdete Arten zu schützen und Rechtsklarheit zu schaffen.“ Das könnte allerdings dauern.

Dass es bei all den Ankündigungen zu einer Prozesslawine kommen könnte, scheint auch dem Kanzler und seinen „Pakt-Mitstreitern“ zu dümmern. Dabei liest sich die Lösung auf dem Papier ganz einfach. Gerichtliche Auseinandersetzungen um den Bau wichtiger Bahnstrecken sollen künftig nicht mehrere Gerichtsinstanzen durchlaufen müssen, sondern direkt vom Bundesverwaltungsgericht entschieden werden. „Das spart viel Zeit“, heißt es euphorisch. Wenn es denn klappt. Auf die Meinung der Juristen darf man jedenfalls schon jetzt gespannt sein.

#### WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

## Katars Einfluss auf Deutschland wächst

LNG-Lieferungen, Investitionen bei RWE und VW – Unterstützung der Hamas spielt offenbar keine Rolle

Das am Persischen Golf gelegene Emirat Katar gehört neben dem Iran zu den wichtigsten Unterstützern der palästinensischen Terrororganisation Hamas, die für die barbarischen Attacken auf Israel am 7. Oktober verantwortlich ist. Ungeachtet dessen bestehen mittlerweile einige bemerkenswerte wirtschaftliche Verbindungen zwischen Katar und Deutschland, welche sogar noch ausgebaut werden sollen.

So schloss die Bundesregierung einen Vertrag mit dem Golfstaat über die Lieferung von Flüssigerdgas (LNG), dessen Mindestlaufzeit 15 Jahre beträgt. Damit will Berlin den Wegfall der russischen Erdgaslieferungen kompensieren, woraus aber nur eine andere Form der Abhängigkeit resultiert. Außerdem bezieht Deutschland neuerdings auch „Grünen

Wasserstoff“ als ökologisch angeblich vorbildlichen Energieträger aus dem Emirat.

Weitere wirtschaftliche Kontakte bestehen zwischen dem Berliner Krankenhaus-Konzern Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH – und Katar, dem die privilegierte Behandlung seiner Bürger in den Kliniken der Bundeshauptstadt viel Geld wert ist. Als Vermittler fungierte hier jahrelang Nizar Maarouf, der Ehemann der früheren Berliner Staatssekretärin und stellvertretenden Sprecherin des Auswärtigen Amtes Sawsan Chebli.

Ansonsten mutierte Katar auch zum strategischen Investor, der erhebliche Anteile an deutschen Unternehmen hält. So ist der Staatsfonds Qatar Investment Authority (QIA) jetzt mit neun Prozent der Anteile der größte Einzelaktionär des

Essener Energiekonzerns RWE. Dazu kommen ebenso Beteiligungen an dem Hamburger Transport- und Logistikunternehmen Hapag-Lloyd, dem Siemens-Konzern und der Volkswagen AG.

Im letzten Fall sind inzwischen 17 Prozent der Stammaktien im Besitz der QIA, weswegen der Staatsfonds mit Mansoor Bin Ebrahim Al-Mahmoud einen eigenen Vertreter in den Aufsichtsrat von VW entsandte, in dem darüber hinaus auch die frühere katarische Ministerin Hessa Sultan Al Jaber sitzt.

Außerdem erwarb die katarische Herrscherfamilie Al Thani acht Prozent der Anteile an der Deutschen Bank, wobei das Geschäft über die Investmentvehikel Supreme Universal Holdings Ltd. und Paramount Services Holdings Ltd. abgewickelt wurde.

Auf die Frage an RWE, ob der Konzern über die Verbindungen zwischen der Hamas und Katar besorgt sei, antwortete das Unternehmen: „Es steht uns ... nicht zu, in dieser komplexen Situation, die wir nur von außen über die Medien verfolgen können, Ratschläge zu geben oder ein Urteil über die Nachbarländer der Konfliktparteien abzugeben. Das gilt auch für Katar.“

Ähnlich zurückhaltend fiel die Reaktion von VW aus: „Katar trägt als langfristiger Investor die Unternehmensstrategie der Volkswagen AG vollumfänglich mit. Entscheidungen Katars darüber hinaus kommentieren wir nicht, das gilt auch für die Politik des Emirats.“ Und die Deutsche Bank ließ lediglich verlauten, sie verurteile die Anschläge der Hamas, mache sich „aber auch Sorgen um die Zivilisten im Gazastreifen“. *Wolfgang Kaufmann*

#### MELDUNGEN

## Garantien in Milliardenhöhe

München – Siemens Energy benötigt Garantien in Milliardenhöhe, um Projekte abzuschließen. Nun gibt es laut Berichten eine Einigung, an der auch der Bund beteiligt ist. Nach übereinstimmenden Medienberichten soll der angeschlagene Energietechnikkonzern auch vom Bund Garantien in einer Höhe von maximal 7,5 Milliarden Euro für künftige Großprojekte erhalten. Für weitere Milliardenbeträge garantieren offenbar ein Bankenkonsortium und auch der frühere Mutterkonzern und heutige Großaktionär Siemens. Insgesamt könnte Siemens Energy Garantien in Höhe von zwölf bis 15 Milliarden Euro erhalten. Das Unternehmen hatte insgesamt Garantien in Höhe von 15 Milliarden Euro gefordert, um in den kommenden Jahren Großaufträge abschließen zu können. Im laufenden Geschäftsjahr rechnet Siemens Energy mit einem Verlust von 4,5 Milliarden Euro. *H.M.*

## Firmen gehen ins Ausland

München – Der Verband der Automobilindustrie (VDA) warnt vor einem Attraktivitätsverlust des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Laut der VDA-Präsidentin Hildegard Müller ist es ein Warnsignal für Berlin, dass immer mehr Unternehmen Investitionen ins Ausland verlagern. Müller forderte konkrete Maßnahmen, um den Strompreis für die Industrie zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Ausland zu stärken. Wie eine Umfrage des VDA ergab, hat sich der Anteil der Branchenunternehmen, die ins Ausland investieren wollen, von 22 Prozent vor rund einem Jahr auf nun 35 Prozent erhöht. Nach Angaben des VDA sehen sich insgesamt 85 Prozent der befragten Unternehmen durch Bürokratie stark bis sehr stark belastet. Als weitere Gründe, Investitionen ins Ausland zu verlegen, werden von Zuliefererunternehmen die Absatzlage und die Energiepreise genannt. *H.M.*

## Zentralbanken kaufen mehr

Frankfurt am Main – Die Zentralbanken haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres wesentlich mehr Gold erworben, als von Experten erwartet. So wurden im dritten Quartal 337 Tonnen angekauft, was weit über der Prognose des World Gold Council lag und auf einen deutlichen Anstieg gegenüber dem zweiten Quartal hinauslief. Insgesamt erfolgte seit Anfang Januar eine Aufstockung der Goldvorräte um 800 Tonnen, wobei China, Polen und Singapur für die größten Zuwachsraten sorgten. Durch den Run auf das Edelmetall blieb der Goldpreis, der durch die weltweiten Zinserhöhungen unter Druck geraten war, letztlich stabil. Und nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober explodierte er dann sogar: Mit knapp 2000 US-Dollar pro Feinunze liegt er nun über 22 Prozent höher als vor zwölf Monaten und nähert sich dem Allzeithoch von 2063 Dollar im August 2020. Im Gegensatz dazu stieg der deutsche Aktienindex DAX nur um rund 11,5 Prozent. *W.K.*

## ANALYSE

## Ein schräges „Lagebild“

HERMANN MÜLLER

Seit Wochen kommt es auf pro-palästinensischen Demonstrationen immer wieder zu antisemitischen Straftaten. Das Bundeskriminalamt hat seit dem Beginn des Krieges in Israel mehr als 2000 solcher Delikte gezählt.

Allerdings tobt der Hass auf Juden nicht nur auf deutschen Straßen. Der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands, Stefan Düll, warnte vor Antisemitismus an den Schulen. „Die Lage wird regional immer angespannter. Das gilt besonders für solche Schulen, an denen viele Schüler mit Wurzeln im arabischen Raum unterrichtet werden“, so Düll gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Laut dem Verbandschef herrsche an solchen Schulen ein gefestigtes antisemitisches Weltbild, das die Kinder und Jugendlichen zu Hause oder in den Schulen ihrer Heimatländer vermittelt bekommen hätten.

Angesichts der alarmierenden Entwicklung seit dem Angriff der Hamas auf Israel wirkt der Schwerpunkt eines „Zivilgesellschaftlichen Lagebildes Antisemitismus“, das die Amadeu-Antonio-Stiftung Anfang November vorgestellt hat, einigermaßen erstaunlich. Einleitend beschreiben die Studienautoren zwar, dass der Überfall der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung eine tiefgreifende Zäsur in der Geschichte Israels darstelle, die auch drastische Auswirkungen für Juden in Deutschland habe: „Die Lage für Jüdinnen\*Juden wurde zunehmend bedrohlicher.“

Im Fokus der Publikation steht dann allerdings nicht der Antisemitismus migrantischer Milieus, der momentan ganz offen auf den Straßen und in den Schulen zur Schau gestellt wird. Thematisiert haben die Studienautoren stattdessen den Antisemitismus von rechts. Die Studienautoren beklagen: „Momentan wird die Rolle der extremen Rechten kaum diskutiert, weil der Blick – aus gutem Grund – auf die islamistischen und linken Gruppierungen gerichtet ist, die den Hamas-Terror verherrlichen und eine Grundlage für weitere antisemitische Vorfälle in Deutschland schaffen.“

Laut dem „Lagebild“ der Amadeu-Antonio-Stiftung führen Rechtsextreme „Angriffe auf die Erinnerung“ durch. Zumindest aus Sicht der Stiftung bekommt die Gedenkkultur und die Erinnerung an den Nationalsozialismus be-

reits Risse. „Israelbezogener Antisemitismus und Post-Shoah-Antisemitismus gehen oft Hand in Hand“, erklären die Verfasser des Lageberichts. Aufgezählt werden einige Fallbeispiele, etwa Schmierereien an Gedenkstätten.

Nachvollziehbare Zahlen zur eigentlich naheliegenden Frage, wie gravierend das Problem denn tatsächlich in Deutschland ist, bleibt das „Lagebild“ allerdings schuldig. Garniert ist die Publikation dafür mit Zitaten von Hans-Georg Maaßen oder AfD-Politikern wie Alexander Gauland, die damit gleich in einen rechtsextremen Kontext eingeordnet werden. Auch die Debatte um den Fall Aiwanger wird als Beispiel dafür angeführt, wie sich der politische Diskurs bereits verschoben habe.

Nach eigenen Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung wird das Lagebild im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus veröffentlicht. Diese werden wiederum durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland gefördert.

Ein Bericht des Berliner „Tagesspiegel“ lässt nun darauf schließen, dass Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) Geld für ein wichtiges Schulprogramm gegen Antisemitismus und Rassismus offenbar ab dem Jahresende einsparen will. Dabei soll es um das Bundesprogramm „Respekt Coaches“ gehen. Im vergangenen und in diesem Jahr hat das Ministerium das Programm mit insgesamt 67 Millionen Euro unterstützt. Streicht Paus nun das Geld, dann werden bundesweit an 600 Schulen Präventionskurse nicht mehr durchgeführt werden können. Das Familienministerium begründete den Wegfall der Gelder mit strengen Sparvorgaben, die für die gesamte Bundesregierung gelten würden. Verstörend ist dabei, dass Ministerin Paus nach den Silvesterkravallen das Programm „Respekt Coaches“ gerade noch als vorbildlich gelobt hatte.

Auch die Wortmeldung des Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbands zum Antisemitismus in Schulen zeigt, dass es offenbar ein massives Problem gibt. Ein Sprecher des Zentralrats der Juden in Deutschland beklagte zudem, das Problem des offenen Antisemitismus an deutschen Schulen sei leider lange bekannt. Laut dem Sprecher ist die Dimension des Judenhasses an den Schulen allerdings ein Schock.



Durchschaubare Inszenierung: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck

Foto: paz

## ZWISCHENRUF

## Zynische Wohlfühlrhetorik

MARKUS C. KERBER

Geht der Islam zu Deutschland? Die affirmative Beantwortung dieser Frage durch die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Unionspolitikern wie dem ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulf sowie besonders den Grünen stößt sich an dem am 4. und 5. November praktizierten neuartigen Manifestationen eines militanten Islamismus. In Berlin, Essen, Düsseldorf und andernorts kamen Tausende zusammen, um in Massenumzügen angeblich für die „Freiheit“ Palästinas zu demonstrieren, tatsächlich jedoch die Demonstrationen für islamistische und jüdenfeindliche Agitation nutzten.

Die seitdem gezeigte Fassungslosigkeit empörter Politiker, vor allem etlicher migrationsfreudiger Grüner, ist indes kaum nachvollziehbar. Dass sich islamistische Organisationen trauen, unter der Tarnkappe des Palästina-Protestes und verkleidet in eine arabische Sprache, die für Polizisten nur durch Übersetzer zugänglich ist, massenhaft in der Öffentlichkeit aufzutreten, um Judenhass zu predigen und den Umsturz der westlichen Demokratie zu fordern, ist ein vorhersehbarer Vorgang. Vorhersehbar deshalb, weil jahrelang mit „Willkommenskultur“ und „Wir schaffen das“ sowie einem Staatsbürgerrecht, das deutsche Pässe wie Freibier verteilt, ethnisch-religiöse Gruppen in Deutschland Einzug hielten, die sich nicht integrieren wollen und die die Mehrheit der Deutschen auch nicht integrieren will. Überraschung und Fassungslosigkeit – es fehlt nur noch „Wir haben uns alle geirrt“ – sind angesichts dieser absehbaren Entwicklung fehl am Platze.

Integrationsfähigkeit und Integrationswille sind 2016 von dem großen Historiker Ernst Nolte in seiner letzten Veröffentlichung „Ich bin kein Prophet. Europa und der Islam“ als unabdingbare Voraussetzung für den dauerhaften Aufenthalt von Muslimen gefordert worden. Henry Kissinger – in der ihm eigenen kühlen, fast unterkühlten Prosa – wies 2014 in seinem Werk „Weltordnung“ darauf hin, dass der Islam zwischen dem Haus des Friedens (dār al-Islām) und dem Haus des Krieges (dār al-Harb) differenziert und dieses Haus des Krieges alles umfasse, was nicht islamisiert sei.

Vor diesem Hintergrund dürften die oben zitierten Sätze langjähriger Bundespolitiker gefährlich naiv sein. Sie sind deshalb gefährlich, weil die bislang unzutreffende Einordnung des Islam in Deutschland sowie die amtliche Kuschelpolitik mit Islamverbänden und mit staatlichen Religionsbehörden aus der Türkei bei Muslimen die berechtigte Erwartung schuf, der deutsche Staat würde sich mit

einem organisierten Islam, noch dazu aus dem Ausland gesteuert, arrangieren.

Nun schlägt der mangelnde Wille, zwischen Freund und Feind zu entscheiden, in gefährliche Islamophobie um. Die AfD, für intellektuelle Differenzierung nicht bekannt, dürfte auftrumpfen und sagen, dass sie es doch immer schon gewusst habe.

Doch noch schlimmer als diese stumpfplatte Islamophobie ist der heuchlerische Aufruf des Wirtschaftsministers Habeck. Dieser scheute sich nicht, die digitale Plattform seines Ministeriums dafür zu nutzen, zu den innenpolitischen Folgen der Konfrontation im Nahen Osten seit dem 7. Oktober seine Wohlfühlrhetorik beizusteuern.

## Heuchlerische Bekenntnisse

Habeck bezeichnete die durch den Terrorangriff der Hamas auf Zivilisten ausgelöste Debatte als verwirrend und behauptete, einen Beitrag zur „Entwirrung“ zu liefern. Dies ist komplett misslungen. Das gilt bereits hinsichtlich der historischen Faktenlage. So spricht Habeck davon, dass „die Generation seiner Großeltern jüdisches Leben in Deutschland und Europa vernichten wollte“. Dies ist ein Unwerturteil über eine ganze Generation, das nicht so stehen gelassen werden kann. Zweifelsohne hat das NS-Regime zu bestimmten Zeiten die Mehrheit der Bevölkerung auf seiner Seite gehabt, und die Pogrome gegen deutsche Juden fanden unter Beteiligung von Teilen der Bevölkerung statt. Aber einer ganzen Generation unterstellen zu wollen, sie habe jüdisches Leben vernichten wollen, ist wahrheitswidrig. Deshalb ist auch die Schlussfolgerung Habecks, aus diesem angeblich kollektivem Vernichtungswillen folge für unsere heutige Generation ein Schutzversprechen gegenüber Israel, historisch nicht ableitbar.

Angesichts der sowohl anti-israelischen als auch anti-jüdischen Demonstrationen mahnt Habeck ferner vor dem islamistischen Antisemitismus, meint allerdings relativierend, dass es eben auch einen „verfestigten“ deutschen Antisemitismus gäbe. Statt also „Mea culpa!“ zu rufen und sich zu fragen, was die ignorante Willkommenskultur zur Entstehung islamistischer Biotope besonders in Westdeutsch-

land beigetragen hat, relativiert Habeck den von ihm beklagten eliminatorischen Antisemitismus, der sich in jüngster Vergangenheit ungeniert in Deutschland breit machen durfte, gleich wieder.

Genauso inkonsequent ist sein politisches Postulat gegenüber denjenigen, die israelische Fahnen verbrennen und die Vernichtung Israels preisen. Habeck wörtlich: „Wer Deutscher ist, wird sich dafür vor Gericht verantworten müssen, wer kein Deutscher ist, riskiert außerdem seinen Aufenthaltsstatus.“ Dies sind verätherische Sätze eines Mannes, der über dem Wasser schwebend sich wohl als „grüner Kalif“ ansieht. Konsequenz wäre es gewesen, die sofortige zwangsweise Abschiebung all derjenigen zu verlangen, die sich in rhetorischen Gewaltexzessen unter der Tarnkappe der „Befreiung Palästinas“ für die Vernichtung Israels und seines Volkes stark machen.

Doch dazu war Habeck nicht bereit. Denn dann hätte er sich ehrlicherweise mit jenen Kräften der Mehrheitsgrünen auseinandersetzen müssen, die nichts unterlassen haben, um der Einwanderung arabischer Muslime das Wort zu reden und diesen Migranten sogar politische Mandate anzuvertrauen.

Die skandalösen Massendemonstrationen in deutschen Ländern gegen Israel und für Judenhass stellen der deutschen Politik ein Armutszeugnis aus. Vor diesem Hintergrund ist die Wohlfühlrhetorik des Kinderbuchautors Habeck reinsten Zynismus und der untaugliche Versuch, über die Sünden grüner Politik in der Einwanderungspolitik hinwegzutäuschen.

Fassungslosigkeit der Bundesheinzelmännchen, Empörung der Moralisten und trügerische Wohlfühlrhetorik vernebeln die vernunftgesteuerte Führung einer emotional aufgeladenen Debatte. Dazu gehört auch, dass die Gewalt jüdischer Siedler im Westjordanland gegen die palästinensischen Mitbürger durch nichts – auch nicht durch den Terrorangriff der Hamas auf die Nachbar-Kibbuzim von Gaza, die mit den Arabern in Frieden leben wollten – gerechtfertigt werden kann.

Es wird Zeit, dass Deutschland sich von der Tyrannei dilettantischer Außenpolitik befreit und danach fragt, was deutsche Interessen bedeuten. Und die Innenpolitiker sollten endlich die islamistischen Massendemos als das sehen, was sie sind: das Anfangssäuseln eines bedrohlichen Sturms in Deutschland, der schon bald in einen Bürgerkrieg münden kann. Daher kommt es darauf an, die Feinde unserer Freiheit schnellstens zu neutralisieren.

● Prof. Dr. Markus C. Kerber ist Professor für Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin und Gründer des interdisziplinären Thinktanks Europolis. [www.europolis-online.org](http://www.europolis-online.org)

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.  
**ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.  
Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF33 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** [www.paz.de](http://www.paz.de)

**E-Mail:**  
[redaktion@paz.de](mailto:redaktion@paz.de)  
[anzeigen@paz.de](mailto:anzeigen@paz.de)  
[vertrieb@paz.de](mailto:vertrieb@paz.de)

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
[www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de)  
Bundesgeschäftsstelle: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

## Buch-Tipp



Ernst Nolte  
**„Ich bin kein Prophet“. Ein Gespräch über den Islam und Europa**  
Edition Europolis  
2016, kartoniert,  
64 Seiten, 9,90 Euro,  
ISBN 978-3-9814942-4-2, ISSN 2193-5289

## Viel Lorbeer für ein Haus der Kunst

Vor 125 Jahren schlossen sich Wiener Künstler zu einer Vereinigung zusammen – Das Secessionshaus ist ihr stilvolles Symbol

VON STEPHANIE SIECKMANN

Das Wiener Secessionengebäude ist nicht nur ein architektonisches Meisterwerk, es ist auch Zeugnis der künstlerischen Revolution, durch die dieses bauliche Kunstwerk erschaffen wurde. In den geschwungenen Linien und goldenen Akzenten spiegelt sich die kreative Freiheit und der avantgardistische Geist wider, der die Wiener Secession zu einem Zentrum der Moderne machte.

Das prachtvolle Bauwerk feiert in diesem Jahr sein 125-jähriges Bestehen. Rechtzeitig vor dem Anlass, der nicht nur in Wien würdig begangen wird, konnten im Jahr 2021 die beiden wichtigsten Jahreszahlen an den Seiten des Eingangs (wieder) angebracht werden: 3. April 1897 und 12. November 1898. Diese beiden Daten gelten als Meilensteine der österreichischen Kunstgeschichte. Dass diese beiden Daten ursprünglich den Eingang des Gebäudes verzierten, wurde eher zufällig auf historischen Fotografien entdeckt.

Auch in Berlin wird, wie in Wien, ein 125. Jubiläum gefeiert und der Jahrestag zum Thema einer Ausstellung gemacht. Die Künstlergruppe der Wiener Secession, gegründet im April 1897, stand im Austausch mit den Künstlern der Münchner Secession, die bereits 1892 ins Leben gerufen worden war. Auch in Berlin brodelte es in der Kunstszene. Wie in Wien beschlossen Berliner Künstler im Jahr 1898 die Lossagung vom etablierten Kunstmarkt und gründeten die Berliner Secession (siehe PAZ vom 29. September).

Zurück zum Ausstellungsgebäude der Wiener Secession in Wien. Die stilistische Pracht des Jugendstils wird hier architektonisch auf eindrucksvolle Weise verkörpert. Die Fassade präsentiert sich mit einer symmetrischen Struktur, die von sanften Kurven und verspielten Ornamenten durchzogen ist. Das markanteste Merkmal ist zweifellos die vergoldete Kuppel, die wie eine strahlende Krone auf dem



Ein wie aus der Zeit gefallener Kunsttempel: Das vor 125 Jahren eingeweihte Wiener Secessionengebäude Foto: imago images/Skata

Gebäude thront. Sie ist eine Anspielung auf die Karlskirche, die dem Kunsthhaus gegenüber liegt.

Im ursprünglichen architektonischen Entwurf war die Kuppel nicht vorgesehen. Das erste Grundstück, das für den Bau des neuen Ausstellungshauses zur Verfügung gestellt wurde, lag an der Ringstraße, genauer gesagt am Stubenring, schräg gegenüber dem Stadtpark und dem Museum für Angewandte Kunst. Dort, wo heute das Karl-Lueger-Denkmal steht.

Vermutlich hatte Architekt Otto Wagner als Wiener Baurat den Plan unterstützt, an genau dieser Stelle ein weiteres Ausstellungshaus zu errichten, nachdem am 10. Januar 1897 ein entsprechendes Baugesuch beim Innenministerium bean-

tragt wurde. Zu den Unterzeichnern gehörten damals bildende Künstler, unter anderem auch Gustav Klimt.

Gemeinsam mit 39 Gleichgesinnten gründete der Maler im April 1897 die Künstlergruppe „Wiener Secession“. Das Ziel der Künstlergruppe war mit der Wahl des Namens klar definiert: Secession bedeutet Abtrennung, Abwendung. Der Weg sollte weg führen von den traditionellen Pfaden der etablierten Kunst. Der Name wurde in Anlehnung an die bereits 1892 gegründete Münchner Secession gewählt. Ein Signal für den Bruch mit den künstlerischen Traditionen und den Beginn einer künstlerischen Rebellion.

Für die Umsetzung der eigenen künstlerischen Freiheiten und Ziele wünschte

sich die Künstlergruppe einen eigenen Ausstellungsraum. Und als deren baulichen Aushängeschild galt es, dem künstlerischen Grundsatz bereits bei der Architektur des Gebäudes Rechnung zu tragen.

### Gustav Klimt führte ersten Vorsitz

Der Architekt Joseph Maria Olbrich, damals gerade erst 29 Jahre alt, Mitarbeiter von Otto Wagner und einer der bildenden Künstler, die mit Klimt befreundet waren, hatte die Pläne für das Ausstellungshaus der Wiener Secession entworfen. Er unterbreitete seinen ersten Entwurf am 30. März 1897 und erhielt die Genehmigung für die Umsetzung bereits am 2. April, nur wenige Tage später. Am Tag darauf erfolgte die offizielle Gründung der

Künstlervereinigung, und zwar mit Klimt als erstem Vorsitzenden.

Die weitere Ausgestaltung der Planung nahm ihren Lauf. Auch Klimt brachte sich bei der Gestaltung mit ein. Doch im Frühjahr 1898 gab es erste Kritik an den mutigen Entwürfen zum Ausstellungshaus der Secessionisten. Der Vorwurf wurde laut, der Neubau mit seiner modernen Architektur würde die angrenzenden Grundstücke entwerten. Schließlich wurde eine Petition mit der Bitte um Zuteilung eines neuen Baugrundstücks eingereicht. Von der Gemeindevertretung in Wien wurde daraufhin ein anderer Bauplatz zugewiesen – am Karlsplatz.

In der Auseinandersetzung mit dem neuen Umfeld und der gegenüber dem neuen Standort liegenden Karlskirche fügte Architekt Olbrich seinem Entwurf die heute so eindrucksvolle Kuppel mit den goldenen Lorbeerblättern hinzu. Direkt unter der Kuppel ist in goldenen Lettern der Wahlspruch der Künstlervereinigung festgehalten: „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit“.

Unter Hochdruck und mit Unterstützung durch die niederösterreichische Landesregierung gelang es, den Bau in großer Eile zu errichten. Bereits am 12. November 1898 konnten die Künstler die Eröffnung feiern. Während die erste Ausstellung noch im Pavillon abgehalten werden musste, konnten die Bilder der zweiten Secession-Ausstellung bereits an den Wänden im eigenen Kunsthhaus ausgestellt werden. Die Secession konnte fortan ihrem Wahlspruch „Ver sacrum“ (heiliger Frühling) gemäß der neuen Kunst zu ihrer Blüte verhelfen. Auch das Ausstellen von Künstlern aus anderen Ländern gehörte damals wie heute dazu.

Ein maßgebliches Element der Wiener Secession, das heute untrennbar mit dem Gebäude verbunden ist, wurde jedoch erst später erschaffen. Klimts Beethovenfries, das seinerzeit ebenfalls als Provokation aufgefasst wurde, gestaltete der Maler erst im Jahr 1902.

### AUSSTELLUNG

## Kein „Schrei“. Nirgends

Potsdamer Museum Barberini präsentiert Naturlandschaften des norwegischen Malers Edvard Munch

Im Jahr 1882 entfachte eine Ausstellung mit Werken des jungen norwegischen Malers im Berliner Architektenhaus einen epochenmachenden Skandal. Die Empörung über die „Brutalität der Malerei, Roheit und Gemeinheit der Empfindung“, wie sie der Kunsthistoriker Adolf Rosenberg beschrieb, sorgten für die Schließung der Ausstellung nach nur sieben Tagen. Dieser „Fall Munch“ wird seither als die Geburtsstunde der Moderne angesehen.

Wenn am 18. November im Potsdamer Museum Barberini die Ausstellung „Munch. Lebenslandschaft“ eröffnet wird, kann man davon ausgehen, dass sie auch bis zur geplanten Finissage am 1. April kommenden Jahres durchhalten wird. Munch, der vor allem mit seinem in vier Versionen existierenden Gemälde „Der Schrei“ bekannt ist, zählt heute zu jenen Expressionisten, dessen Werke auf Auktionen Höchstpreise erzielen.

Dass es dem Barberini gelungen ist, sogar über 110 Gemälde, Holzschnitte und Lithographien von Munch zu präsentieren, zeugt von dem ausgezeichneten

Vertrauen, dass dieses junge Privatmuseum inzwischen bei den weltweiten Leihgebern genießt. Die in Kooperation mit dem Clark-Art-Institute in Williamstown,

Massachusetts, und dem Munch-Museum in Oslo konzipierte Ausstellung ist die erste, die Munchs Faszination für die Natur in den Fokus rückt, wobei auch viele

Meisterwerke zu sehen sind, die in der Berliner Zeit des Künstlers entstanden. Kurz vor und nach der Jahrhundertwende lebte der Norweger überwiegend in Deutschland und präsentierte seine Werke auch in der Berliner Secession.

Damals wurde er für seine Darstellungen elementarer menschlicher Empfindungen bekannt. Eine ebenso wichtige Rolle wie das Interesse an den seelischen Dimensionen des Daseins spielte allerdings auch seine Faszination für die Natur. Mit der ihm eigenen Imaginationskraft und Sensibilität widmete er sich Naturmotiven, um den Platz des Menschen im kosmischen Kreislauf des Lebens zu ergründen. Die Ausstellung „Munch. Lebenslandschaft“ erforscht jetzt erstmals die Bedeutung von Munchs Naturdarstellungen und hinterfragt gängige Vorstellungen. Harald Tews



Edvard Munch: Die Mädchen auf der Brücke, 1902

Foto: Privatsammlung

### MELDUNGEN

## Viel Lametta um Lorient

Berlin – Am 12. November 1923 wäre Lorient 100 Jahre alt geworden (die PAZ berichtete). Aus diesem Anlass ehrt dessen Geburtsstadt Brandenburg an der Havel den preußischen Humoristen im Stadtmuseum mit der Ausstellung „Heile Welt“ (bis 31. Mai). Das Caricatura Museum von Frankfurt am Main widmet ihm die Ausstellung „Ach was. Lorient zum Hundertsten“ (bis 25. Februar). Diogenes, der Hausverlag von Lorient, hat dessen Kolumensammlung „Der ganz offene Brief“ (280 Seiten, 25 Euro), die Cartoon-Sammlung „Seid friedlich mit Lorient“ (128 Seiten, 14 Euro) sowie „Loriots kleinen Opernführer“ (192 Seiten, 15 Euro) als gebundene Ausgaben neu herausgebracht. Exklusiv in einer Box sind als Blue-ray Loriots Kinohits „Ödipussi“ und „Pappa ante portas“ erschienen (Tobis Home Entertainment). Außerdem gibt es seit Kurzem eine 20-Euro-Sammlermünze und zwei Sonderbriefmarken im Wert von 85 Cent zu Loriots Ehren. tws

● Museum Barberini, Humboldtstraße 5–6, Alter Markt, 14467 Potsdam, geöffnet täglich außer montags, Eintritt: ab 16 Euro. [www.museum-barberini.de](http://www.museum-barberini.de)

ATTENTAT AUF JOHN F. KENNEDY

# Tötete Lee Harvey Oswald ganz alleine JFK?

Sechzig Jahre nach dem Anschlag bestehen noch immer begründete Zweifel an der Kernthese der Warren-Kommission

HERMANN MÜLLER

**B**emerkenswert viele ihrer mittlerweile 46 Präsidenten sind in der Geschichte der USA zum Ziel von Attentaten geworden. Belegt sind 21 Attentate auf zum Tatzeitpunkt amtierende, vormalige oder noch nicht amtierende, aber bereits gewählte Präsidenten, darunter auch Ronald Reagan, der 1981 bei einem Attentatsversuch verletzt wurde. Vier US-Präsidenten – Abraham Lincoln, James A. Garfield, William McKinley und John F. Kennedy – starben durch Attentate.

Die Ermordung des 35. Präsidenten, John F. Kennedy, am 22. November 1963, weckt trotz des mittlerweile jahrzehntelangen Abstandes bis heute das Interesse vieler Menschen. In den USA sind Zigttausende Bücher erschienen, in denen es um das Attentat auf „JFK“ geht. Bis heute wird über das Attentat von Dallas leidenschaftlich diskutiert. Umfragen ergeben regelmäßig, dass eine große Mehrheit der US-Bürger bezweifelt, der offiziell als Täter geltende Lee Harvey Oswald sei ein Einzeltäter gewesen sei. An möglichen Motiven und Hintermännern des Attentats herrscht kein Mangel. Die Liste reicht von Fidel Castro über Nikita Chruschtschow bis hin zu Kennedys Nachfolger im Präsidentenamt Lyndon B. Johnson. Regelmäßig werden ebenso Mafia-Größen, militante Exil-Kubaner, KGB, CIA, FBI und desperate Angehörige des US-Militärs als mögliche Drahtzieher des Attentats genannt.

## „Ich bin nur ein Sündenbock“

Die Basis für starke Zweifel an der offiziellen Darstellung wurde bereits in den Tagen nach dem Attentat gelegt. Schon kurz nach dem Anschlag geriet Lee Harvey Oswald in den Verdacht, von seinem Arbeitsplatz, einem Schulbuchlager, die Schüsse auf Kennedy abgegeben zu haben. Oswald wurde noch am Tag von der Polizei verhaftet. Bereits am 24. November war Oswald selbst tot. Als der 24-Jährige in das Staatsgefängnis von Dallas überführt werden sollte, erschoss ihn der Nachtclubbesitzer Jack Ruby vor laufender Kamera. Die Zeit für eingehende Vernehmungen des Tatverdächtigen hatte nur knapp 48 Stunden betragen. Die eigentliche Zeit der Vernehmung Oswalds betrug insgesamt nur zwölf Stunden.

Jahre später äußerte ein damals beteiligter Ermittler, Oswald sei seiner damaligen Einschätzung nach der Täter gewesen, zugleich bezweifelte er aber, dass das damals vorliegende Beweismaterial vor Gericht für eine Verurteilung ausgereicht hätte. Oswald selbst hatte nach seiner Verhaftung beteuert: „Ich habe niemanden erschossen!“ Am Tag darauf sagte er zudem: „Ich bin nur ein Sündenbock!“

Dass Oswald schnell als möglicher Täter galt, hatte nachvollziehbare Gründe. Sein üblicher Arbeitsplatz war der sechste Stock des Texas School Book Depository. Dies war eben jene Etage, aus der Schüsse auf Kennedy abgegeben worden sein sollen. Zudem hatte Oswald kurze Zeit nach dem Attentat das Gebäude verlassen. Bis 1959 hatte er zudem beim United States Marine Corps (USMC) gedient und dabei regelmäßig Schießtraining erhalten. Sein Aufenthalt in der Sowjetunion von Oktober 1959 bis Juni 1962, seine Heirat mit einer Sowjetbürgerin, sein Bekenntnis, Marxist-Leninist zu sein, und der Gebrauch einer Tarnidentität als „Alek J. Hidell“ rundeten das Bild ab. Durch den frühen Tod Oswalds bereits zwei Tage nach dem Kennedy-Attentat kam es indes nie zu



Nach den tödlichen Schüssen auf ihren Mann: Jacqueline Kennedy versucht aus dem fahrenden offenen Wagen zu klettern

einem Gerichtsverfahren, in dem der Tatverdacht hätte bestätigt oder ausgeräumt werden können.

Stattdessen setzte Johnson als Kennedys Nachfolger bereits sieben Tage nach dem Attentat, am 29. November, die sogenannte Warren-Kommission ein. Offizieller Auftrag des Gremiums war es, die Hintergründe des Attentats aufzuklären. Zur siebenköpfigen Kommission gehörten der damalige Oberste Richter der Vereinigten Staaten und Namensgeber Earl Warren, der spätere US-Präsident Gerald Ford, der frühere Weltbankpräsident John Jay McCloy und der von Kennedy als CIA-Chef geschasste Allen Welsh Dulles.

## „Theorie der magischen Kugel“

Bekannt und oft kritisiert wurde die Kommission vor allem wegen ihrer Theorie, der zufolge auf Kennedy lediglich

drei Kugeln abgefeuert worden seien. Aus Sicht der Warren-Kommission wurden alle drei Schüsse von Oswald aus dem sechsten Stock des Texas School Book Depository auf die Präsidenten-Limousine abgefeuert. Laut Darstellung der Kommission soll die erste Kugel den Präsidenten verfehlt haben. Die zweite Kugel soll Kennedy von hinten am Hals getroffen haben, vorn am Körper wieder ausgetreten sein, um schließlich auch noch den vor Kennedy sitzenden Gouverneur von Texas, John Connally, zu treffen. Bei Connally soll diese Kugel dann an der Schulter, der Brust, am Handgelenk und am Oberschenkel Wunden verursacht haben. Dabei wurde von einer sehr ungewöhnlichen Schussbahn ausgegangen. Eine einzige Kugel müsste zudem insgesamt sieben Ein- und Austrittswunden verursacht haben. Deshalb

war von der „Theorie der einzelnen Kugel“ und sogar von einer „Magischen Kugel“ die Rede. Die dritte, dann tödliche Kugel soll nach Darstellung der Warren-Kommission danach von hinten Kennedys Kopf getroffen haben.

Die Annahme, auf Kennedy seien nur drei Schüsse abgegeben worden, ist für die Einzeltäter-Theorie von großer Bedeutung. Nach Ansicht der Warren-Kommission hat Oswald innerhalb von maximal sieben Sekunden drei Schüsse mit einem Repetiergewehr auf ein fahrendes Ziel abgegeben. Allein dies wäre für einen Schützen schon als extreme Leistung anzusehen. Die Annahme, dass am 22. November 1963 in Dallas mehr als drei Schüsse abgegeben wurden, lässt sich mit der Theorie von einem Alleintäter nicht mehr vereinbaren. Zeugen gaben jedoch an, sie hätten vier oder mehr Schüsse gehört. Zudem hatte eine bemerkenswert große Zahl von Augenzeugen des Attentats den Eindruck, dass die tödlichen Schüsse auf Kennedy nicht aus dem Schulbuchlager, sondern von einem naheliegenden Grashügel gekommen seien.

Bereits in den 60er Jahren kam in der Form eines Buches, das sich zu einem Bestseller entwickelte, ganz massive Kritik an der Arbeit der Warren-Kommission auf. 1966 veröffentlichte der Anwalt Mark Lane mit „Rush to Judgement“ eine Art von Anklageschrift gegen die Warren-Kommission. Grundlage dafür waren zum großen Teil die 26 Bände des Abschlussberichts der Kommission. Lane wies unter anderem darauf hin, dass bei einer Nachstellung der Attentatsituation keiner der Scharfschützen, die von den Waffenexperten herangezogen worden waren, in der Lage war, die Oswald zugeschriebenen Schussfähigkeiten nachzuahmen. Der „Spiegel“ wies 1967 in einem Artikel mit der Überschrift „Kein Meister traf den Kopf der Puppe“ darauf

hin, dass die Bedingungen, unter denen die Schüsse auf Kennedy von der Warren-Kommission nachgestellt worden waren, deutlich besser als die im Schulbuchlager gewesen waren.

Auffällig ist auch, dass Oswald unter seinen früheren Kameraden beim USMC den Ruf hatte, eher ein unterdurchschnittlicher Schütze zu sein. Die mutmaßliche Tatwaffe, eine italienische Mannlicher-Carcano aus dem Zweiten Weltkrieg, stand zudem nicht im Ruf, eine besonders zuverlässige Waffe zu sein. Selbst die Warren-Kommission ging bei der Rekonstruktion des möglichen Tatherganges davon aus, dass Oswald nur sehr wenig Zeit zur Verfügung gestanden hatte, als er aus dem sechsten Stock des Schulbuchdepots auf Kennedy schoss. Die Schüsse fielen um 12.30 Uhr. Bereits um 12.32 Uhr sahen Zeugen, darunter ein Polizist, Oswald im Pausenraum des Unternehmens im zweiten Stockwerk. Zudem liegen Zeugenaussagen von Angestellten des Depots vor, gemäß denen in der fraglichen Zeit niemand den Fahrstuhl oder die Treppe des Gebäudes genutzt hat.

## „Case closed“?

Auch die Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses des Repräsentantenhauses namens „House Select Committee on Assassinations“, der 1976 die Arbeit aufnahm, waren geeignet, Zweifel an der These vom Einzeltäter zu nähren. Der nach dreijähriger Ausschussarbeit vorgelegte Abschlussbericht bestätigte im Wesentlichen die Aussagen der Warren-Kommission, insbesondere auch die Annahme, Oswald habe dreimal auf Kennedy geschossen. Allerdings räumte der Untersuchungsausschuss ein, dass es wahrscheinlich noch einen weiteren Schützen gegeben habe. Dieser soll einen vierten Schuss von eben jenem Grashügel abgegeben haben, auf den schon damalige Zeugen hingewiesen hatten. Laut Aussage des House Select Committee on Assassinations soll dieser vierte Schuss Kennedy nicht getroffen haben.

Diese Aussage ist ganz entscheidend. Ein vierter Schuss, der Kennedy nicht von hinten, sondern von vorn getroffen hätte, würde sich nicht mit dem Obduktionsbericht vereinbaren lassen, den die Militärärzte des Bethesda Naval Hospital vorgelegt haben. Deren Bericht sagte aus, dass Kennedy von Schüssen getroffen wurde, die alle von hinten gekommen sind. Allerdings waren auch diese Untersuchungsergebnisse umstritten. Kennedy war unmittelbar nach dem Attentat in das Parkland Memorial Hospital in Dallas eingeliefert worden. Mehrere Ärzte dieses Hospitals hatten die Wunde an Kennedys Kehle für ein Einschussloch gehalten. Robert McClelland vom Parkland Memorial Hospital beharrte bis zu seinem Tod darauf, dass es an Kennedys Hinterkopf eine Austrittswunde gegeben habe. Dies würde wiederum bedeuten, dass mindestens ein Schütze von vorn auf den US-Präsidenten geschossen hat.

Aus Sicht der Befürworter der These einer Alleintäterschaft Oswalds hat der Journalist Gerald Posner im Jahr 1993 mit seinem Buch „Case closed“ alle Zweifel daran ausgeräumt. Posners Buch hat die kontroverse Diskussion allerdings nicht wirklich beendet. So meldete sich 60 Jahre nach dem Attentat einer der damaligen Personenschützer Jackie Kennedys, der heute 88-jährige Paul Landis, mit Zweifeln an der „Theorie der magischen Kugel“ und warf die Frage auf, ob am 22. November 1963 nicht doch mehrere Attentäter auf Kennedy geschossen haben.



Die Tat machte ein klärendes Gerichtsverfahren unmöglich: Jack Ruby (r.) erschießt am 24. November 1963 Lee Harvey Oswald (M.)

Foto: pa



„America stands with you!“. Rede des US-Senators John McCain auf dem Majdan Nesalesschnosti am 15. Dezember 2013

Foto: Wikimedia/Mr. Rosewater

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 30. März 2012 gaben die Europäische Union und die Regierung der Ukraine den erfolgreichen Abschluss von Verhandlungen über ein weitreichendes Assoziierungsabkommen bekannt. Allerdings weigerte sich der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch danach, diese Abmachung zu unterzeichnen, weil er sein Land aus der Europäischen Union wie dem Nordatlantikpakt heraushalten wollte. Und dann stoppte auch das Kabinett unter Ministerpräsident Mykola Asarow das Verfahren rund um das Abkommen per Regierungserlass. Grund hierfür waren die drohenden wirtschaftlichen Probleme für die Ukraine infolge der geplanten Annäherung an die EU in Verbindung mit einer gleichzeitigen Distanzierung von der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft unter der Führung Russlands.

Nach Bekanntwerden des Regierungsbeschlusses versammelten sich am Abend des 21. November 2013 einige tausend Menschen auf dem Majdan Nesalesschnosti (Unabhängigkeitsplatz), einem Platz im Zentrum von Kiew, um gegen die Aussetzung des Abkommens zu protestieren. Dazu aufgerufen hatte unter anderem der afghanischstämmige Journalist Mustafa Najjem. Dieser ersten Demonstration folgten bald weitere mit immer mehr Teilnehmern, die dann ab dem 29. November auch zur friedlichen Revolution aufriefen und die Amtsenthebung von Janukowytsch forderten. Die Regierung entsandte daraufhin die Miliz-Spezialeinheit Berkut zur Zerstreuung der Demonstranten auf dem Majdan. In Reaktion hierauf entstanden „Selbstverteidigungseinheiten“ der Opposition mit einer Vielzahl von ganz unterschiedlichen Akteuren, darunter etliche Mitglieder der gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Das führte zu stufenweisen Eskalation der Situation.

#### Sturm auf das Rathaus

Im Anschluss an eine Großdemonstration mit bis zu 800.000 Teilnehmern kam es am 1. Dezember zur Besetzung des Kiewer Rathauses durch Demonstranten sowie zu heftigen Attacken mit Pflastersteinen, Metallketten und Baufahrzeugen gegen die Polizei. Acht Tage später schwoll die Zahl der Demonstranten bis auf rund eine Million an. Daraufhin begannen die militärischen Spezialeinheiten „Tiger“ und „Leopard“ mit der Räumung der vielen Protestcamps rund um den Majdan.

Angesichts der anhaltenden Unruhen beschloss das ukrainische Parlament am 16. Januar 2014 mehrere Gesetze zur Einschränkung des Demonstrationsrechts. Deswegen versuchten die Oppositionskräfte, deren Führer zuvor Gespräche mit Victoria Nuland, damals Assistant Secretary of State für Europa und Eurasien und heute heute geschäftsführende Vizeaußenministerin der USA, sowie Catherine Ashton, seinerzeit Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, geführt hatten, am 19. Januar das Parlamentsgebäude zu stürmen. Wenig später gab es die ersten Todesopfer im Zuge des auch „Revolution der Würde“ genannten sogenannten Euromajdan.

Unter dem Druck der Krawalle in Kiew sowie Lemberg und fünf weiteren ukrainischen Städten trat die Regierung Asarow am 28. Januar zurück, und das Parlament kassierte seine eigenen Demonstrationengesetze. Anschließend herrschte Anarchie im Land, die zwischen dem 18. und 20. Februar 2014 ihren Höhepunkt erreichte. Bei den Zusammenstößen zwischen der Polizei und Regierungsgegnern kamen nun vielfach auch Schusswaffen zum Einsatz. Dadurch starben weit über 100 Menschen, darunter mindestens 20 Angehörige der Sicherheitskräfte.

Zur Beendigung der Gewalt vereinbarten Janukowytsch und die Führer der Opposition am 21. Februar ein Abkommen über eine allgemeine Amnestie und vorgezogene Präsidentschaftswahlen. Das wurde jedoch von der Mehrheit der Demonstranten nicht akzeptiert. Deswegen floh der Präsident am 22. Februar aus Kiew. Daraufhin stimmte das Parlament mit 328 Ja- bei 122 Nein-Stimmen für die Absetzung von Janukowytsch mit der Begründung, dass er sich selbst seiner verfassungsmäßigen Befugnisse entziehen habe. Gemäß Artikel 108 der da-

#### EUROMAJDAN

## Regime Change in der Ukraine

Vor zehn Jahren wurde der demokratisch gewählte, aber russlandfreundliche Staatspräsident Wiktor Janukowytsch gestürzt



FOTO: US DEPARTMENT OF STATE

„Wir haben mehr als fünf Milliarden Dollar investiert, um der Ukraine zu helfen, Wohlstand, Sicherheit und Demokratie zu garantieren“

Victoria Nuland  
13. Dezember 2013

maligen ukrainischen Verfassung wäre für die Amtsenthebung aber ein formelles Verfahren wegen Hochverrats oder anderer schwerer Verbrechen sowie die Einschaltung des Verfassungsgerichts nötig gewesen. Da dies nicht erfolgte, handelte es sich beim Sturz von Janukowytsch faktisch um einen lupenreinen Putsch vonseiten des Parlaments. Dennoch erkannte die EU die folgende Übergangsregierung unter Arsenij Jazenjuk umgehend an.

Jazenjuk hatte sich bereits 2008 für einen NATO-Beitritt der Ukraine ausgesprochen und war der Favorit der USA. Daher kann kaum verwundern, dass die Opposition gegen Janukowytsch und Asarow von Organisationen und Stiftungen im Ausland wie der regierungsnahen US-amerikanischen National Endow-

ment for Democracy (NED) gesponsert wurde.

#### Kiew verschleppte die Ermittlungen

Der Umsturz in Kiew, auf den Moskau mit der Annexion der Krim antwortete und der darüber hinaus zum Ausbruch des Krieges in der Ostukraine führte, weil Janukowytsch den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufgefordert hatte, in der Ukraine wieder für „Gesetz und Ordnung“ zu sorgen, resultierte in wesentlichem Maße aus den gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Majdan. Insofern ist es bemerkenswert, dass die neuen Machthaber in Kiew in der Folgezeit alles taten, um die Ermittlungen über die Vorfälle vom Februar 2014 zu verschleppen. Deshalb blieb bis heute ungeklärt, wer die Scharf- beziehungsweise Heckenschützen waren, auf deren Konto die Mehrheit der Toten ging.

Folgt man der Argumentation der politischen Sieger der Auseinandersetzungen, kamen die Schüsse aus den Gewehren der Sicherheitskräfte der Janukowytsch-Asarow-Administration. Teilweise wird zusätzlich noch behauptet, Putin habe Killerkommandos des russischen Geheimdienstes FSB entsandt.

Dahingegen lautet eine andere Version, dass die Täter dem Lager der Opposition angehörten und das Massaker ganz gezielt anrichteten, um die Regierung zu kompromittieren. Immerhin wurde ja vielfach von den Dächern besetzter Gebäude gefeuert. Darüber hinaus kursierten 2017 Berichte über angeheuerte georgische Scharfschützen, die wiederum mit dem früheren US-amerikanischen Elitesoldaten Brian Christopher Boyenger kooperiert haben sollen.

Angesichts all dessen kann nicht ausgeschlossen werden, dass zwei Kontingente von Heckenschützen parallel auf dem Majdan operierten, um ihren jeweiligen Hintermännern politische Vorteile zu verschaffen.

#### SAMMLERMÜNZE

## Nach einem Goethe- nun ein Kleist-Werk

Die Bundesregierung hat beschlossen, eine 100-Euro-Sammlermünze „Der zerbrochene Krug“ aus Gold prägen zu lassen und im Oktober kommenden Jahres herauszugeben. Die Münze ist die zweite Ausgabe im Rahmen der achtteiligen Serie „Meisterwerke der deutschen Literatur“, bei der ab dem laufenden Jahr bis 2030 jährlich eine Münze erscheint. Den Anfang machte Johann Wolfgang von Goethes „Faust“. In den kommenden Jahren sollen noch „Aus dem Leben eines Taugenichts“ von Joseph von Eichendorff, „Die Judenbuche“ von Annette von Droste-Hülshoff, „Effi Briest“ von Theodor Fontane, „Buddenbrooks“ von Thomas Mann, „Ein alter Tibetteppich“ von Else Lasker-Schüler und „Der Prozess“ von Franz Kafka folgen.

Wie die bisherigen deutschen 100-Euro-Goldmünzen soll auch die Sammlermünze „Der zerbrochene Krug“ aus Feingold bestehen. Ihre Masse wird 15,55 Gramm und der Durchmesser 28 Millimeter betragen. Der Münzrand wird geriffelt ausgeführt.

Erklärtes Ziel der Serie ist es, nicht den jeweiligen Autor in den Fokus zu stellen, sondern das literarische Werk in seiner monumentalen Bedeutung für die deutsche Kultur. So findet sich auf der Münze denn auch keine Darstellung von Heinrich von Kleist, dem Autor des 1808 im Hoftheater in Weimar uraufgeführten Lustspiels.

Die Bildseite zeigt eine dreigeteilte Szenerie. Im Zentrum steht die Gerichtsverhandlung, welche die sechs



Bild- und Wertseite der Münze

wesentlichen Figuren des Lustspiels in lebendiger Aktion vorstellt. Zentral ist die Anklägerin in Rückenansicht zu sehen, ihr gegenüber am oberen Münzrand, der Dorfrichter, der über seinen eigenen Fall zu Gericht sitzt. Auf den Seitenflügeln sind Auslöser und Ausgang der Handlung zu sehen. Der Krug, links unten im Münzfeld, kippt dem Betrachter optisch entgegen. Die Komposition ist wie ein Triptychon aufgebaut, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Geschehens verdichtet.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, die Jahreszahl 2024, die zwölf Europasterne sowie – je nach Prägestätte – das Münzzeichen „A“ (Berlin), „D“ (München), „F“ (Stuttgart), „G“ (Karlsruhe) oder „J“ (Hamburg).

Der Entwurf der Münze stammt von Bodo Broschat aus Berlin. 1959 wurde der Medailleur und Münzgestalter in Neuruppin geboren. Er ist also wie Kleist ein gebürtiger Brandenburger. Auf Entwürfe von Broschat gehen bereits Gedenkmünzen zum 100. Jubiläum der U-Bahn in Deutschland, dem „UNESCO Welterbe – Hansestadt Lübeck“ und dem „100. Geburtstag von Helmut Schmidt“ zurück. An der Bundesländerserie war Broschat mit den 2010 und 2018 erschienenen Zwei-Euro-Gedenkmünzen mit dem Roland vor dem Rathaus für Bremen sowie dem Schloss Charlottenburg für Berlin beteiligt. PAZ

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile ist unübersehbar, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) danach strebt, zunehmend mehr Macht über ihre 194 Mitgliedstaaten zu erlangen, und zwar mithilfe gewagter juristischer Konstruktionen, welche faktisch Ermächtigungsgesetze darstellen. Als Mittel zum Zweck dienen hier vor allem der WHO-Pandemievertrag und die geplanten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Nach deren Annahme würde sich die WHO von einer beratenden Organisation in eine uneingeschränkte Führungsinstanz auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik verwandeln und die Befugnis besitzen, ohne die Zustimmung der gewählten Parlamente der WHO-Mitglieder weitreichende rechtsverbindliche Anordnungen zu erlassen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was für ein Mann der Äthiopier Tedros Adhanom Ghebreyesus ist, der seit Juli 2017 an der Spitze der WHO steht und noch bis 2027 im Amt bleiben soll.

Zunächst verlief die Karriere des 1965 geborenen Angehörigen des Volkes der Tigray eher unspektakulär: 1986 erwarb Tedros einen Bachelor in Biologie, dem 1992 der Master in Immunologie und 2000 der Doktor der Philosophie mit einer Dissertation im Fach Öffentliche Gesundheit folgten.

Danach stieg er sofort zum Leiter des regionalen Gesundheitsbüros der Provinz Tigray im nördlichen Hochland von Abessinien auf. Zwei Jahre später war Tedros dann schon stellvertretender Gesundheitsminister von Äthiopien, und im Oktober 2005 ernannte ihn Premierminister Meles Zenawi Asres von der marxistisch-leninistischen Tigray People's Liberation Front (TPLF) zum Gesundheitsminister. Das verdankte Tedros vor allem seiner damals schon 14 Jahre währenden Mitgliedschaft in der TPLF. 2012 wiederum erhielt er ein noch wichtigeres Ministeramt: Auf Wunsch des neuen Regierungschefs Hailemariam Desalegn Boshe, der an der Spitze der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) unter Einschluss der TPLF stand, stieg Tedros nun zum Außenminister auf, womit er bis 2016 zu den drei mächtigsten Männern Äthiopiens gehörte.

#### Völkermörderische Blockade

Unter der Herrschaft der TPLF beziehungsweise EPRDF-Regierung kam es zu vielerlei Menschenrechtsverletzungen, für die Tedros zweifelsfrei mitverantwortlich zeichnete. Dazu zählen Gewaltakte gegen Oppositionelle und Journalisten sowie Verbrechen der Regierungstruppen an der Zivilbevölkerung wie Folter, Vergewaltigung und Mord während der Zeit von 2005 bis 2016. Diese wurden von Organisationen wie Amnesty Inter-



Forderungen nach einer Untersuchung sind verhallt: WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus

Foto: Imago/abacapress

#### GLOBALISIERUNG

## Der Mann mit der schier unglaublichen Vergangenheit

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) greift nach immer mehr globaler Macht. An ihrer Spitze steht der Äthiopier Tedros Adhanom Ghebreyesus, dessen Biographie von dunklen Schatten nur so strotzt

national und Human Rights Watch akribisch dokumentiert und lassen sich daher auch nur schwerlich abstreiten. Dabei ging es offenbar besonders darum, „ethnische Säuberungen“ zulasten der Volksgruppen der Amharas und Oromos zu veranlassen.

Doch damit nicht genug: Wie das britische Nachrichtenportal „The Expose“ meldete, war Tedros in seiner Eigenschaft als Gesundheitsminister letztlich auch mitschuldig an der völkermörderischen Blockade der Lieferungen von Lebensmitteln und Medikamenten an die somalischstämmige Bevölkerung im Ogaden, die zu Hungersnöten und Epidemien führte. Darüber hinaus soll das von Tedros geleitete Gesundheitsministerium Massensterilisierungskampagnen zur Reduzierung der Amharas initiiert haben. Gleichzeitig meldete Human Rights Watch, dass Angehörigen dieser Ethnie systematisch der Zugang zur Gesundheitsversorgung verweigert wurde. Daraus resultierte eine Ver-

ringerung der Zahl der Amharas um rund zwei Millionen zwischen zwei kurz aufeinanderfolgenden Volkszählungen.

Ebenso wird dem heutigen WHO-Generaldirektor die Vertuschung einiger verheerender Cholera-Epidemien in Äthiopien in den Jahren 2006, 2009 und 2011 vorgeworfen. So berichtete die „New York Times“ über durchgesickerte Nachrichten aus dem Gesundheitsministerium in Addis Abeba, denen zufolge Tedros angewiesen haben soll, die eindeutig nachgewiesene Cholera als „akuten wässrigen Durchfall“ zu deklarieren, um seinen Ruf als erfolgreicher Gesundheitsmanager und das internationale Ansehen Äthiopiens zu schützen. Wobei das Ganze auch zulasten der Amharas ging.

Dass jemand mit einer derartigen Biographie am 23. Mai 2017 von der Weltgesundheitsversammlung zum Chef der WHO gewählt und dann am 24. Mai 2022 im Amt bestätigt werden konnte, resultierte aus der breiten Unterstützerschar

hinter Tedros. Zu dieser gehörten zwei ehemalige US-Präsidenten, nämlich Bill Clinton und Barack Obama, sowie der Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, und der Multimilliardär Bill Gates. Letzterer fungierte sogar als eine Art Mentor von Tedros, der dafür im Gegenzug Führungsposten in Organisationen wie der Impfallianz Gavi übernahm, die Geld von der Bill & Melinda Gates Foundation erhalten. Außerdem hatte sich auch die chinesische Regierung für die Wahl des Nicht-Arztens Tedros stark gemacht. Als es dann um die Bestätigung des Äthiopiens im Amt ging, kam der Vorschlag von der deutschen Regierung. Bemerkenswert ist hier, dass im Gegensatz zu 2017 kein Gegenkandidat bereitstand.

#### Vorwurf der Terror-Unterstützung

Dabei war schon Tedros' erste Amtszeit keineswegs frei von Skandalen. Beispielsweise ernannte er den diktatorisch regierenden Präsidenten von Simbabwe, Ro-

bert Mugabe, zum Sonderbotschafter der WHO für Afrika. Das löste weltweite Enttarnung aus, weswegen Tedros seine Entscheidung revidieren musste. Weitere Kritik am WHO-Generaldirektor wurde im November 2020 laut, als die äthiopische Zentralregierung angesichts ihres bewaffneten Konfliktes mit der Regionalregierung in der Provinz Tigray Tedros eine einseitige Parteinahme zugunsten der Letzteren vorwarf.

Nach Aussage des Generalstabschefs der äthiopischen Streitkräfte, Birhanu Julia Gelalcha vom Volk der Oromo, hat der WHO-Führer „nichts unversucht gelassen“, um die nun wieder oppositionelle und als Terrororganisation geltende TPLF zu unterstützen beziehungsweise mit Waffen zu versorgen. Daraus resultierte die Forderung der Regierung in Addis Abeba an die Weltgesundheitsorganisation vom 14. Januar 2022, Tedros' diesbezügliche Aktivitäten zu untersuchen, was aber ungehört verhallte.

#### UNTERGANGSSZENARIOEN

## Die „Klimakatastrophe“ wird es wohl nicht sein

Was könnte die Menschheit bis zum Jahr 2100 vernichten? Forscher kommen auf teils verblüffende Antworten

Glaubt man den Kassandrarufern mancher Virologen und Klimaforscher, steht unsere Zivilisation kurz vor dem Untergang – sei es durch eine Pandemie oder sei es infolge der „Erderhitzung“ beziehungsweise neuerdings gar „Erdkochung“. Diese apokalyptischen Szenarien veranlassten das US-amerikanische Forecasting Research Institute (FRI), einen Diskussionswettbewerb namens Existential Risk Persuasion Tournament zu veranstalten, in dessen Rahmen potentielle Bedrohungen für die Menschheit in Zahlen gefasst werden sollten.

Hieran nahmen drei Gruppen teil: Experten für das Risikomanagement im Allgemeinen, Fachleute für einen jeweils re-

levanten Bereich und sogenannte Super-Forecaster, also Personen, welche bei ihren Vorhersagen bislang immer sehr treffsicher gewesen waren.

In den Debatten kristallisierten sich fünf Gefahren heraus, die am ehesten zum Aussterben der Menschheit bis zum Jahre 2100 führen könnten. An erster Stelle stand dabei eine außer Kontrolle geratene Künstliche Intelligenz. Die Experten schätzten die Auslöschungswahrscheinlichkeit durch diese auf zwei Prozent, die Super-Forecaster auf 0,38 Prozent und die KI-Fachleute auf drei Prozent.

Danach rangierten ein Atomkrieg und die Ausbreitung künstlich gezüchteter Vi-

ren. Die Wahrscheinlichkeit der Vernichtung durch Nuklearwaffen wurde von den Experten auf 0,19 Prozent, den Super-Forecastern auf 0,074 Prozent und den Militärstrategen auf 0,55 Prozent geschätzt. Ähnlich sieht es bei der finalen Pandemie aus dem Forschungslabor aus: Während die Experten die Gefahr hier auf 0,1 Prozent und die Super-Forecaster auf 0,01 Prozent bezifferten, kamen die Mediziner immerhin auf ein Prozent.

#### Ein bis sechs Prozent für Exitus

An vierter Stelle folgt das Risiko, dass die Menschheit infolge eines natürlich vorkommenden Erregers vom Antlitz der Erde verschwindet. Hier liegen die ent-

sprechenden Schätzwerte bei 0,008, 0,0018 und 0,01 Prozent, wobei die Gesundheitsexperten erneut am schwärzesten sahen.

Die Wahrscheinlichkeit einer kosmischen Naturkatastrophe, die zur Eliminierung unserer Spezies führt, wie beispielsweise der Einschlag eines Asteroiden oder verheerende Strahlungsausbrüche auf der Sonne, soll im Gegensatz dazu bloß bei 0,004 Prozent liegen, worin sich alle drei Gruppen ausnahmsweise einig waren.

Außerdem wagten sie noch eine Gesamtprognose unter Berücksichtigung aller in Frage kommender Faktoren. Dieser zufolge liegt das Risiko für einen Un-

tergang der Menschheit bis zum Jahre 2100 bei ein bis sechs Prozent.

Am Ergebnis des FRI-Wettbewerbes ist bemerkenswert, dass der angeblich menschengemachten „Klimakatastrophe“ keine nennenswerte Rolle zugemessen wurde, wohingegen die Beteiligten unisono davon ausgingen, dass zivilisatorische „Errungenschaften“ des Homo sapiens wie Künstliche Intelligenz, Atomwaffen und gentechnisch veränderte Erreger am ehesten zu dessen Ende führen könnten. Darüber hinaus fällt auf, wie vergleichsweise pessimistisch die Experten auf den jeweiligen Gebieten die Überlebenschancen der Menschheit einschätzten im Vergleich zu den übrigen Befragten. W.K.

## ALLENSTEIN

# Jubiläumsfeier in der Stadt an der Alle

Anlässlich des 670. Geburtstags gab es in der Hauptstadt des südlichen Ostpreußens viele Veranstaltungen

VON DAWID KAZANSKI

Der 31. Oktober 1353 ist das wichtigste Datum in der Geschichte Allensteins, denn an diesem Tag vor 670 Jahren erteilte das Ermländische Kapitel in Frauenburg dem neuen Ort das Gründungsrecht. Es sei daran erinnert, dass es der Gründer der Stadt und ihr späterer Schultheiß Johannes von Leysen war, der für seine Verdienste um die Siedlung in den Adelsstand erhoben wurde und eine bedeutende Persönlichkeit des Ermlands wurde.

Anlässlich dieses bedeutenden Jubiläums wurde ab Ende Oktober eine ganze Woche dem Geburtstag von Allenstein gewidmet. Es gab eine Reihe von Veranstaltungen. Das große Finale eines Wissens-tests mit dem Titel „Was weißt du über Allenstein?“ war eine Art Eröffnung der Feierlichkeiten zum 670. Jubiläum der Stadt. Die komplexe Geschichte der Hauptstadt des südlichen Ostpreußens wurde von 21 der mutigsten Liebhaber der Geschichte Allensteins in Angriff genommen.

Als Bester erwies sich Andrzej Bobrowicz, ein Historiker, Heimatforscher, Stadtleiter und Liebhaber der Region. Die Wettbewerbsfragen bezogen sich auf die Geschichte, Topografie, Kultur, Architektur und Kunst Allensteins. Das O-Bus-Depot in der Gartenstraße war Schauplatz für die Eröffnung der Ausstellung „Die Stadt stirbt und wird geboren. 670 Jahre Allenstein“. An den Ausstellungstafeln werden zwei Gesichter der Stadt dargestellt: das zerstörte von 1945 und das aktuelle, das in einem einzigen Bild festgehalten wurde.

In der Mitte der Ausstellung befindet sich ein zerstörter Raum, in dem die Trümmer des Krieges zu sehen sind. Diese Ansicht veranschaulicht die verheerende Dimension des Krieges und den beklagenswerten Zustand Allensteins im Jahr 1945, einer Stadt, die entvölkert, geplündert und



Während der Präsentation des neuen Monopoly-Spiels: Riesentorte im Einkaufszentrum Ermländische Galerie

Foto: D.K.

schwer verstümmelt worden war. Besucher der Ausstellung können sich ein Bild davon machen, wie die zerstörte Stadt 1945 von den Sowjets durch die polnische Verwaltung übernommen wurde. Der Vergleich von Gebäuden an ausgewählten Orten in der Stadt ist eine gute Gelegenheit, die deutsche Vergangenheit Allensteins zu entdecken. Die Fotografien zeigen viele der Gebäude, die das Stadtbild vor dem Krieg prägten, wie das Hotel „Kronprinz“ in der Zeppelinstraße oder die Bürgerhäuser mit deutschen Schildern, in denen lokale Unternehmer ihre Geschäfte im Erdgeschoss betrieben. Einige der Fotografien zeigen zerstörte und später wieder aufgebaute Wohnhäuser, ehemalige Straßenbahnen oder deutsche Amtshäuser wie das Kreishaus.

Auf dem Platz vor dem Rathaus ist anlässlich des Jubiläums eine Ausstellung mit dem Titel „Michał Kajka – ein bekannter und unbekannter Dichter aus Masuren“ zu sehen. Kajka war ein Volksdichter, Künstler und Aktivist, der während der Volksabstimmung im Jahre 1920 für die „polnische Identität“ Masurens kämpfte. Seine Texte schildern Armut, Angst vor dem Bösen und dem Krieg sowie das Bild der bäuerlichen Arbeit und die Liebe zur Heimat.

### Höhepunkt Allensteiner Monopoly

Einer der Höhepunkte der Jubiläumswoche war die Präsentation der Allensteiner Edition des Brettspiels Monopoly. Die Veranstaltung war für den 4. November im Einkaufszentrum Ermländische Galerie angesetzt. Nach Ansprachen des Stadt-

präsidenten und der Schöpfer und Sponsoren der Allensteiner Ausgabe des Brettspiels fand im Atrium des Einkaufszentrums eine große Enthüllung des Spielbretts statt, und alle Anwesenden konnten sehen, welche Felder in die neue Version des weltberühmten Brettspiels aufgenommen worden waren. Die Spielfelder stellen die Sehenswürdigkeiten wie das Schloss oder das Hohe Tor, die Allensteiner Seen, Wahrzeichen wie das Pruzzenweib oder die Straßenbahn sowie die Skyline der Stadt dar. Zum Programm der Veranstaltung gehörten auch eine gemeinsame Partie Monopoly, Wettbewerbe, Spiele und Animationen für Familien, ein Verkaufsstand für die neue Ausgabe des Brettspiels sowie eine leckere Torte zur Feier des Geburtstags von Allenstein.

## KÖNIGSBERG

# Eine Zierde für den Pregel

Die ehemalige Reichsbrücke wird durch zwei im Bau befindliche Brücken ersetzt

Eines der größten Bauprojekte der letzten Jahre in Königsberg ist der Neubau der sogenannten Doubletten der berühmten doppelstöckigen Brücke über den Pregel: Je eine Eisenbahn- und eine Autobrücke werden auf beiden Seiten der ehemaligen Reichsbahnbrücke gebaut. Mehrere hundert Arbeiter sind dort in verschiedenen Schichten tätig.

Auf der Baustelle der Straßenbrücke wird das Fundament für die Hauptstützen im Flussbett vorbereitet. Zu diesem Zweck wurde eine Trockenbaugrube mit Spundwänden erstellt. Die Hauptstützen werden in Form von Türmen hergestellt, in deren Innerem ein Mechanismus zum Anheben des zentralen Brückenbogens angebracht wird. Die Höhe der Türme soll 60 Meter betragen. Die Straßenbrücke wird aus acht Stützen und drei Feldern bestehen und fast vierhundert Meter lang sein. In nur drei Minuten wird das Brückenbauwerk eine Höhe von 28 Metern erreichen, um die Durchfahrt von Schiffen zu ermöglichen.

Die Türme der Eisenbahnbrücke sind bereits weitgehend fertiggestellt. Sie sind 54 Meter hoch. Ende 2024 sollen die ersten

Züge über die Brücke rollen. Danach erst wird die Baufirma mit dem Bau der Zufahrt

für die Autobrücke beginnen, die Ende 2025 eröffnet werden soll.

Neben der Konstruktion der vertikalen Hubbrücken soll auch ein besonderes Augenmerk auf deren Aussehen gelegt werden. Die Stadt- und Regionalbehörden gehen davon aus, dass die neuen Brücken den Pregel zieren werden. Der Auftragnehmer, der versicherte, die Anforderungen an das Aussehen zu erfüllen, erhält für die Arbeiten umgerechnet rund 306 Millionen Euro.

Wie es mit der alten doppelstöckigen Brücke, die noch in Betrieb ist, weitergehen soll, ist noch nicht entschieden. Während die neuen Brücken gebaut werden, führen Archäologen Ausgrabungen durch. Und so entdeckten sie in der Nähe der Baustelle neben dem Friedrichsburger Tor die Überreste einer alten Bibel. Der mit Prägung verzierte Einband wurde ausgegraben. Es trägt eine Inschrift in deutscher Sprache: „Summa über das Alte Testament“. Das Alter der Bibel wird vorläufig auf das 17. oder frühe 18. Jahrhundert datiert. Die Archäologen haben daneben auch verschiedene Haushaltsgegenstände, Münzen und Tabakspfeifen ausgegraben.



Bei der alten Reichsbrücke: Eisenbahnbrücke im Bau

Foto: J.T.

Jurij Tschernyschew

## MELDUNGEN

# Jahrestagung der OLV

Wuppertal – In einer Mischung aus Verbandsarbeit und Gedenken kamen am vergangenen Wochenende die Delegierten der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) im Bergischen Land zusammen. Da in diesem Jahr keine Vorstandswahl anstand, standen in der Arbeitstagung am Sonnabend, dem 11. November, vor allem die Berichte des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, und des Schatzmeisters Friedrich Wilhelm Böld sowie des Bundesgeschäftsführers der Landsmannschaft, Sebastian Husen und des Chefredakteurs der PAZ, René Nehrung, im Fokus. Vorstellen konnten sich auch der erstmals an der Sitzung teilnehmende neue Vorstandsvorsitzende der Ostpreußischen Kulturstiftung, Klaus Mika, und die neue Vorsitzende des Bundes Junges Ostpreußen (BJO), Ingrun Renker. Am Sonntag gedachte die OLV dann in einer Gedenkstunde der Gründung der LO vor 75 Jahren und der seitdem geleisteten Arbeit. Die dabei von Professor Manfred Kittel gehaltene Festrede sowie einen ausführlichen Bericht zur Tagung der OLV lesen Sie in der kommenden Ausgabe der PAZ. *neh*

# Fechtsport hat ein Zuhause

Allenstein – Ein Jahr nach der Grundsteinlegung wurde das Ermländisch-Masurische Zentrum für Fechtsport und Körperkultur eröffnet. Damit hat Allenstein seine Basis an Sportstätten erweitert. Realisiert wurde der Bau vom Katholischen Erziehungsverband „Heilige Familie“, der auch eine Grundschule und ein Lyzeum betreibt. Hauptpartner ist der Schülersportklub „Hajduczek Olsztyn“, der im Fechtsport viele Erfolge aufweisen kann. Für Training und Wettkämpfe wurden im neuen Gebäude neun Fechtbahnen eingerichtet. Im Stockwerk darüber befindet sich ein Sportfeld für Tennis, Badminton und Mannschaftssportarten, noch ein Stockwerk weiter oben ein Saal für Tischtennis, der olympischen Anforderungen genügt. Davon profitiert der Universitäts-Sportverein, der dort Training im Tischtennis anbieten wird. Darüber hinaus wird hier auch der Schülerschachklub „Kopernik“ seine Schlachten schlagen. *U.H.*

# Luxus oder Normalität

Allenstein – „Wir leben komfortabler. Wir haben mehr Haushaltsgeräte“ – auf diese kurze Formel lässt sich der Bericht des Statistischen Landesamtes in Allenstein über die Verfassung der ermländisch-masurischen Haushalte bringen. Er vergleicht die heutige Situation mit dem Jahr 2010. Markant ist die Zunahme der früher als Luxus angesehenen Spülmaschinen – 2010 besaßen zwölf Prozent eine, heute die Hälfte der Haushalte. Während damals 50 Prozent ein Auto hatten, sind es inzwischen zwei Drittel, von der Zunahme der Handys ganz zu schweigen, die mit knapp 99 Prozent eine Selbstverständlichkeit geworden sind. *U.H.*

## Wir gratulieren...



## ZUM 104. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. Labusch, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

## ZUM 102. GEBURTSTAG

Nischik, Hedwig, geb. Nowak, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. November

## ZUM 101. GEBURTSTAG

Krüger, Gertrud, geb. Szech, aus Milussen, Kreis Lyck, am 19. November

## ZUM 100. GEBURTSTAG

Roggon, Robert, aus Treuburg, am 21. November

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Brenz, Liesbeth, geb. Votel, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. November

Eichel, Elfriede, aus Lyck, am 18. November

Harwardt, Helmuth, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. November  
Roos, Elisabeth, geb. Jäger, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 23. November  
Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Wieden, Ruth, geb. Fidorra, aus Neu-Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober  
Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Aßmann, Erika, geb. Wunder, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. November  
Begett, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 21. November  
Schmidt, Dr. Peter, aus Ortelsburg, am 23. November

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Holst, Eva-Maria, geb. Schröter, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 18. November  
Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Augustin, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. November  
Dose, Elisabeth, geb. Buyny, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 23. November  
Fromm, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

Groß, Ursula, geb. Schwarck, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November  
Komoss, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 20. November  
Radmacher, Monika, geb. Schmitz, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 17. November

Simeth, Traute, geb. Schulz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. November  
Symanzik, Horst, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Hackbarth, Waltraut, geb. Wehrauch, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 20. November  
Köhler, Gertrud, geb. Kühn, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. November  
Otto, Gertrud, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 21. November  
Pick, Ruth, geb. Czypull, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 20. November  
Sbresny, Georg, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 22. November  
Wenzel, Hans-Günther, aus Lyck, Yorkplatz, am 17. November

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Arendt, Willi, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. November  
Gehrmann, Eduard, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 21. November  
Gieseler, Hildegard, geb. Hinz, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 23. November  
Kowalzik, Fritz, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 20. November  
Schulz, Hildegard, geb. Reichert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 19. November

Volkman, Ella, geb. Rattay, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 20. November  
Wettstein, Christel, geb. Brandt, aus Mohrungen, am 21. November

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Hantel, Gerd, aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 24. November  
Hoffmann, Charlotte, aus Kuppen, Kreis Mohrungen, am 23. November  
Kaul, Ruth, geb. Marzinowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November  
Krupke, Bernhard, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 18. November  
Notter, Lucia Ursula, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 19. November  
Pätzold, Erika, geb. Bartholomayzik, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. November  
Rilka, Gertrud, geb. Brosowski, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. November

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Dankel, Gertrud, geb. Steinert, aus Treuburg, am 22. November  
Godzieba, Hans-Helmut, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November  
Keimel, Bruno, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 20. November  
Kuhlmann, Helga, geb. Teske, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 17. November  
Kulschewski, Ernst, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 17. November  
Paul, Ingeborg, geb. Hirschfeld, aus Seehausen, Kreis Ebenrode, am 20. November  
Runde, Klaus, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 23. November  
Sarzio, Hildegard, geb. Lasl, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 20. November  
Schlaf, Adolf, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 23. November  
Schlüter, Gerhard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 18. November

Steinbach, Hildegard, geb. Jankowski, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 17. November  
Wissuwa, Irmgard, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Dömpke, Edith, geb. Kloß, aus Wehlau, am 23. November  
Jelonnek, Erika, geb. Becker, aus Königsberg, am 14. November  
Lorenz, Walter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 22. November  
Lorra, Horst, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 20. November  
Mahnken, Grete, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. November  
Mosdzien, Heinz, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 20. November  
Wiberny, Horst, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 18. November  
Willutzki, Prof. Siegfried, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 22. November

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Boettcher, Wolfram, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 23. November  
Hübner, Christel, geb. Hochfeld, aus Arnau, Kreis Fischhausen, am 23. November

Jeromin, Helga, geb. Tuttas, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 17. November

Leyk, Werner, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. November  
Lukaschik, Wilfried, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 23. November

Möhrlein, Lucie, geb. Falk, aus Fischhausen, am 23. November  
Mordas, Siegfried, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 19. November  
Schomber, Siegfried, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 17. November  
Schröder, Peter, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 20. November  
Seifert, Margot, aus Neidenburg, am 23. November

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Fidorra, Gerhard-Karl, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. November  
Kowalzik, Erwin, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 20. November  
Schumacher, Heidemarie, geb. Koßak, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 17. November

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Wenzel, Reinhard, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 23. November



## Zusendungen für die Ausgabe 48/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 48/2023 (Erstverkaufstag 1. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 21. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Forum Baltikum – Dittchenbühne

## Surminski kommt!

Elmshorn - Am 29. November 2023 liest der gebürtige ostpreußische Schriftsteller und Journalist Arno Surminski („Jokehen“, „Polninken“, „Irgendwo ist Prostken“ und vieles andere) wieder im Elms-horner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“. Beginn ist um 19 Uhr, Ende gegen 21 Uhr.

Die Lesung wird musikalisch begleitet von der Pianistin Marija Livaschnikova. Der Eintritt - inklusive Verköstigung - beträgt 20 Euro pro Person.

Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre PrämiePrämie 1:  
Leuchtglobus

## Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2:  
Renaissanceglobus

## Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann,  
**Geschäftsstelle:** Parkstraße 4,  
28209 Bremen, E-Mail:  
heinrichlohmann@gmx.de,  
Telefon (0421) 3469718

**Bremen** - Im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ in Bremen-Vahr findet in diesem Jahr wieder der „Markt der Ost- und Westpreußen“ statt.

Termin: Donnerstag, 23. November und Freitag, 24. November  
Ganztags bis zum Ladenschluss werden wir dort wieder eine Ausstellungswand mit Landkarten und Großfotos gestalten. Daneben bieten wir neue und antiquarische Bücher, Karten, selbstgebackene Thorer Katharinen, Bärenfang in kleinen Probierfläschchen und Königsberger Marzipan an.

Bitte nutzen Sie unser Angebot, wenn Sie entsprechende Artikel als Geschenk oder für sich selbst benötigten.



### Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel,  
**Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg,  
Telefon (0178) 3272152

**Hamburg** - Sonnabend, 18. November, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Herbstfest der ost- und miteldeutschen Landsmannschaften mit Musik und gemeinsamem Singen. Für das leibliche Wohl ist mit einem kleinen Imbiss und Kaffee und Kuchen gesorgt.

Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.



### Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28,  
61381 Friedrichsdorf, Telefon  
(0170) 3086700

**Wetzlar** - Sonntag, 3. Dezember, 14 Uhr, Ratsstuben der Stadthalle Aßlar, Mühlgrabenstraße 1, 35614 Aßlar: „Gemeinsame Advents- und Weihnachtsfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften“. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinezewies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

### Gemeinsames Mittagessen

Donnerstag 23. November, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46 (ESWE-Busverbindung: Linie 16 Haltestelle Ostpreußenstraße). Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 17. November bei Helga Kukwa 0611-37 35 21 oder Ilse Klausen 06122-148 08.

### Vorweihnachtliche Feier

**Wiesbaden** - Sie erwarten Kaffee und Kuchen, Kerzenschein und ein besinnliches Programm zur vorweihnachtlichen Zeit.

Mit Geschichten, Gedichten, Gesang, Musik und einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal (ev. Marktkirchengemeinde) wollen wir Sie auf die Weihnachtstage einstimmen. Musikalisch wird uns Mathias Budau erfreuen.

Wegen der Platz- und Kuchen-disposition bitte anmelden bis 8. Dezember bei Helga Kukwa 0611-37 35 21 oder Ilse Klausen 06122-148 08.



### Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.  
**Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.  
**Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

**Lüneburg** - Die nächste Zusammenkunft der Gruppe Ost- und Westpreußen, Lüneburg findet am 23. November, im Museums Café Bernstein, um 15 Uhr statt.

Barbara Loeffke

### Bericht über unsere Versammlung am 8. November

**Oldenburg** - Auf der November-Versammlung der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg las Herr Prof. Dr. Fröhlich aus seinem unveröffentlichten und noch in der Korrekturphase befindlichen Roman „Mit Bibel, Schwert und Feuer“, über das Vordringen des Deutschen Ordens in Masuren im 14. Jahrhundert. Die Eroberung der Pruzzen Lyck durch die Ritter und die Rückgewinnung durch die Pruzzen ist die Handlung dieser romanhaften Erzählung, jeweils aus der Perspektive des Ordenshauptmanns.

Prof. Fröhlich steckte viel Engagement und Nachforschungen zum Leben der Ordensleute und der Pruzzen in diese Leidenschaft seiner Rentnerzeit, und er unter-

stützte seine Lesung durch zahlreiche selbst gezeichnete Darstellungen der Personen. Seinem Buch ist ein nennenswerter Erfolg zu wünschen.

Am 13. Dezember treffen wir uns zu einer Adventsfeier mit Liedern, Gedichten und Geschichten zum Advent im Stadthotel in Oldenburg, um 15 Uhr. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.



### Nordrhein-Westfalen

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Bielefeld** - Die Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen Bielefeld laden am Volkstrauertag, dem 19. November, um 14:30 Uhr, am Kreuz der Gedenkstätte der ostdeutschen Landsmannschaften, auf dem Sennefriedhof, in Bielefeld zur diesjährigen Gedenkveranstaltung ein. Gut zu erreichen über den Eingang Mitte/Friedhofstraße.

Es erschüttern uns aktuell viele Kriege und Konflikte mit Tot, Flucht und Vertreibung in Europa und weltweit.

Wir wollen unserer Toten gedenken und erinnern. Und mahnen, dass nie wieder Kriege entste-

hen dürfen.

Darum möchten wir gemeinsam für den Frieden beten.

Geistliche Worte durch Pfarrer König aus Bielefeld. Musikalische Begleitung durch den Posaunenchor „Huntetaler Bläserquartett“.

Anschließend treffen wir uns im nahen Café zum Plachandern.

Wir laden zu der Veranstaltung alle interessierten Menschen ein.

Info und Anmeldung 0521-820026.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Scheer

### Termin in Düren

**Düren** - Mittwoch, 6. Dezember, 16 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen. Wir laden alle Mitglieder Gruppe

Düren e.V. und Freunde der Heimat ganz herzlich ein.

Gerda Wornowski



### Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

**Bad Oldesloe und Tremsbüttel** Erika Mosel und Brunhild Ehlers hatten die Ost- und Westpreußen im November nach Tremsbüttel eingeladen. Es wurde über den Deutschen Orden und die Marienburg gesprochen.



### Forum Baltikum - Dittchenbühne

**Elmshorn** - „Frau Holle“ - eines der bekanntesten Märchen der Gebrüder Grimm - erzählt die Geschichte von zwei Stiefschwestern, die beide eine Zeitlang für die sagenhafte Frau Holle arbeiten. Die fleißige Schwester wird belohnt, die faule Schwester bestraft. Fleiß und Hilfsbereitschaft, so das Märchen, zahlen sich aus, Faulheit und Egoismus haben negative Konsequenzen.

Man kann gespannt darauf sein, wie dieses Märchen als Weihnachtsmärchen der Dittchen-

bühne inszeniert wird. „Auf jeden Fall so“, verspricht Dittchenbühnen-Chef Rainmar Neufeldt, „dass es für alle Kinder ab drei Jahren spannende Unterhaltung bietet!“

Der Vorverkauf für die 21 Vorstellungen hat bereits begonnen und ist sehr gut angelaufen. Neufeldt: „Sichern Sie sich rechtzeitig Eintrittskarten für ihre Kinder, Enkel, Nichten oder Neffen - und für sich!“ Infos und Tickets: buero@dittchenbuehne.de oder 04121 / 89710.

### Einladung zum Adventstreffen des Bund Junges Ostpreußen

#### Liebe Freunde,

gemeinsam wollen wir mit Euch in Ostpreußen die Advents- und Weihnachtszeit einläuten und laden Euch herzlich dazu ein, mit uns nach Osterode zum großen **Adventstreffen der Ostpreußischen Jugend** zu fahren.

Veranstalter des Adventstreffens ist die Landesgruppe der Ost- und Westpreußen in Bayern innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen. Die organisatorische Leitung obliegt dem Bund Junges Ostpreußen.

Das Adventstreffen bietet für jeden von Euch etwas Interessantes. Menschen, die sich gerne bewegen, werden an den **Volks-tänzen** und dem **Frühsport** ihre Freude haben, die Musikalischen unter Euch können sich an den **heimatlichen und weihnachtlichen Liedern** erfreuen. Und die Kreativen werden sich auf das **weihnachtliche Basteln** freuen dürfen. Ebenso Geschichtsinteressierte kommen nicht zu kurz, da es auch für Euch etwas geben wird! Doch hier wollen wir Euch nicht zu viel verraten, kommt mit und erlebt es selbst.

Für die Ostpreußische Jugend ist das Adventstreffen der Höhepunkt zum Jahresende. Neben dem einzigartigen Programm habt Ihr die Möglichkeit, sehr viele junge Ostpreußen kennenzulernen.

Und für die „kleinen“ Ostpreußen unter euch werden wir bei entsprechendem Wunsch ein kleines **Kinderprogramm** anbieten (bitte bei der Anmeldung das Alter des Kindes mit angeben).

Natürlich wollen wir darauf achten, dass das Adventstreffen auch dieses Jahr wieder ein voller Erfolg wird. **Bringt also gute Laune und Interesse an Ostpreußen und dem Programm mit und meldet Euch schnell an, die Plätze sind begehrt.**

Wir sehen uns in Osterode ...  
Euer Bund Junges Ostpreußen

#### Organisatorische Hinweise

Anmeldung bis (Freitag) 17. November und mehr Infos: Briefpost: Friedrich Mudzo, ul. Krakowska 30/5, 61-859 Poznań (Posen); E-Post: adventstreffen@jungesostpreussen.de; Tel.: 0048 691 380 160

Die Anmeldung ist verbindlich. Es erfolgt eine Anmeldebestätigung bis zum 20. November. Wir laden Euch herzlich dazu ein unser neues Online-Anmeldeformular zu benutzen! (Nutzen Sie dafür den QR-Code/ den Link).

<http://adventstreffen.bjo-ostpreussen.de/>

#### Wichtige Daten:

Anreise: Donnerstag, den 30. November, ab 17 Uhr

Abreise: Sonntag, den 03. Dezember nach dem Mittagessen gegen 13 Uhr  
Adventsfeier: Samstag, den 02. Dezember um 19 Uhr

Teilnehmer: **Teilnehmen können Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr** (Jugendliche unter 18 Jahren müssen die beigefügte schriftliche Einverständniserklärung der Eltern im Original oder per Scan bei der Anmeldung einreichen).

Es gibt keine Teilnahmegebühr, dafür müssen die Teilnehmer die Reisekosten selbst tragen. **Für die allerjüngsten Gäste wird es eine Kinderbetreuung geben!**

**Haftungsausschluss:** Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Sach- oder Personenschäden vor, während und nach der Veranstaltung.

**Anmerkung:** Für die Durchführung der Veranstaltung werden bei Anmeldung Daten erhoben, welche nicht an Dritte weitergegeben werden und auf Anfrage nach der Veranstaltung gelöscht werden können.



### Ostpreußisches Landesmuseum

**Neue Sonderausstellung: Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945). Kinstler aus zwei Jahrhunderten**  
**18. November 2023 bis 25. Februar 2024**

Ausstellungseröffnung: Freitag, 17.11.2023, 18.30 Uhr, Eintritt frei!

Die Natur und Landschaft der östlichsten Provinz Preußens hatte einen prägenden Einfluss auf die Kunst und die Künstler dieser Region, etwa für die Maler der berühmten Künstlerkolonie Nidden.

Das künstlerische Zentrum Ostpreußens war allerdings die mit der Genehmigung des preußischen Königs 1845 gegründete Königsberger Kunstakademie. Sie bildete 100 Jahre lang zahlreiche Maler, Bildhauer und Grafiker aus. Bekannte Künstler wie Lovis Corinth, Carl Steffek, Ludwig Dettmann, Arthur Degner und Ernst Mollenhauer lassen sich mit dieser Hochschule verbinden. Vor allem die Landschaft und die Küste Ostpreußens war für die dortigen Lehrer und Schülerinnen und Schüler eine immerwährende Inspirationsquelle.

Unter der Leitung des Gründungsleiters Ludwig Rosenfelder war die Zeit bis zur Jahrhundertwende von den Berliner Künstlern der Romantik und des Klassizismus, darunter Maximilian Schmidt und Carl Steffek, geprägt. Später folgten über den Impressionismus und Expressionismus von Ludwig Dettmann und Arthur Degner die Kunst der Neuen Sachlichkeit, etwa mit Alfred Partikel.

Mit der Zerstörung Königsbergs und den Verheerungen der Provinz 1944/45 sind zahlreiche Kunstwerke vernichtet worden; bei einigen Kunstschaffenden war nahezu das gesamte Oeuvre betroffen. Viel zu wenige der Gemälde, Grafiken und Skulpturen haben Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung überstanden, einige Bildwerke wurde selbst im Kinderwagen transportiert. In der Kunstszene der Nachkriegszeit sind die meisten ostpreußischen Künstlerinnen und Künstler daher unverdient unterrepräsentiert. Immerhin trugen viele ehemalige Angehörige der Akademie in der Nachkriegszeit die Königsberger Kunsttraditionen in die neuen Kunstszene der beiden deutschen Staaten weiter.

Die Sonderausstellung stellt die Direktoren und Lehrer dieser untergegangenen Hochschule anhand ihrer beeindruckenden und einzigartigen Bildwerke vor. Gezeigt werden vor allem Werke aus dem eigenen Sammlungsbestand mit Ergänzungen aus Privatsammlungen. Dabei gibt es viel Unbekanntes zu sehen und die Schönheit der in großen Teilen verloren Kunst Ostpreußens zu entdecken. Die Ausstellung wird von einem umfangreichen Begleitprogramm ergänzt.

Zur Vernissage wird neben den Grußworten von Museumsdirektor Dr. Joachim Mähner und dem Vorsitzenden des Stiftungsrates der Trägerstiftung, Ulrich Mäde, der Kurator Jan Rüttin-Mäde, sowie der langjährige Kustode, Dr. Jörn Barfod, sprechen. Musikalisch wird der Abend von Jens Gutzmann begleitet.

Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Website des Museums entnommen werden: [www.ol-ig.de](http://www.ol-ig.de). Eine Anmeldung für die Veranstaltungen unter Tel. 04131 759950 oder Email: [info@ol-ig.de](mailto:info@ol-ig.de) ist erforderlich.



## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Ein schöner Brauch.**

**Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.**

**27.11. Annahmeschluss!**

**Preussische Allgemeine**  
Leitung für Ostpreußen - Der Ostpreußenklub

**Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!**

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)  
 Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige


Große Grußanzeige

Ihr Name: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

**Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:**

Preussische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)  
 Buchstraße 4, 22087 Hamburg  
 E-Mail: anzeigen@paz.de  
 Fax an: 040/41 400850

Der Deutsche Orden war 1198 vor Akkon gegründet und 1199 mit dem schwarzen Kreuz auf weißem Mantel durch die Päpstliche Bulle ausgestattet worden. Dem Orden gehörten überwiegend Fürstensöhne an.

Um 1225 bat der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe gegen die heidnischen Prußen. So machte sich der Orden unter seinem

4. Hochmeister Hermann von Salza auf den Weg in das Land der Weichsel. Mit dabei war Landmeister Hermann von Salza, der als Gründer von Marienwerder gilt. Der Orden wollte einen Staat gründen und missionieren. Nach 53 Jahren Kampf gegen die Prußen war der Orden Herr des Preußenlandes geworden.

1280 wurde mit dem Bau der Marienburg begonnen. Sie war als Sitz eines Komturs gedacht (Konturei = Verwaltungsbezirk). Hochmeister Siegfried von Feuchteangen verlegte den Hochmeistersitz von Venedig zur Marienburg.

Sie ist die größte Burganlage Europas. Es ist eine von einer Ringmauer mit Türmen umgebene Anlage mit Hochschloss und Wehrturm. Nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg 1410 verteidigte Hochmeister Heinrich von Plauen die Marienburg. 1455 wurde sie wegen Geldschwierigkeiten an seine Söldner verpfändet, die sie an den Polenkönig verkauften. So zog 1457 der König von Polen in das Schloss. Im 30-jährigen Krieg war die Marienburg von Schweden besetzt, 1773 kam sie in preußische Verwaltung.

Die Teilnehmer berichteten über ihren Besuch der Marienburg. Erika Mosel zeigte dazu ein Bild der Burganlage an der Nogat.

Karla Baltrusch schenkte den Teilnehmern am Schluss des Nachmittags Weihnachtssterne.

Gisela Brauer

**Bad Schwartau** - Zum Monats-treffen am 2. November hatte unser Vorsitzender Axel Simanowski aus Anlass des kommenden Volkstrauertages den Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge für Nordschleswig und Dänemark, Herrn Frank Niemann und den Leiter der Umbettungsarbeit, Herrn Thomas Schock eingeladen.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden und Hinweis auf den Soldatenfriedhof Jägerhöhe bei Angerburg, seiner eigenen ostpreußischen Heimatregion, auf dem 344 deutsche und 234 russische Soldaten, die während des ersten Weltkrieges hier gefallen sind. Er wurde bereits 1917 eingerichtet und 1989 mit Beteiligung

der Kreisgemeinschaft Angerburg und einem von Graf Lehndorf gestifteten 15 Meter hohem Holzkreuz renoviert.

Herr Niemann ging sodann allgemein auf den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ein. Seit mehr als 100 Jahren setzt sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. dafür ein, dass die unzähligen Toten der Kriege einen würdigen Ruheort bekommen. Jedes Grab ist dabei eine Mahnung zum Frieden. Auch heute werden noch Vermisste gefunden und Gefallene teilweise identifiziert. Viele Grabsteine der ungekannten Soldaten erhalten so einen Namen. Der Verein sucht im staatlichen Auftrag die deutschen Kriegstoten der Weltkriege, errichtet und betreut ihre Gräber im Ausland gemeinsam mit internationalen Partnern auf 830 Kriegsgräberstätten in 46 Ländern und dies vor allem in Osteuropa nach dem Fall des eisernen Vorhangs.

Nach dem II. Weltkrieg wurde vom Bundestag 1952 das „Gesetz für die Sorge für Kriegsgräber“ verabschiedet.

Herr Schock ging in seinen Ausführungen näher auf die Aufgaben des Umbettungsdienstes ein. Anhand von Bildmaterial zeigte er auf einer Karte die Schwerpunkte der Umbettungsarbeit. Fast eine Million Kriegstote hatte der Volksbund nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor allem in Osteuropa ausgebetet. Er zeigte und kommentierte Bilder von Ausgrabungen und die Beisetzung der Gebeine auf Soldatenfriedhöfen. Seitdem birgt der Volksbund auf ehemaligen Schlachtfeldern die vorhandenen Reste von Soldaten. In Russland sammelt der Umbettungsdienst zur Zeit zwar unter erschwerten Bedingungen nach 78 Jahren nach vorhandenen Resten verstorbener Soldaten und setzt sie in neu errichteten Friedhöfen für russische und deutsche Soldaten, wie z.B. in Rososchka in der Nähe von Wolgograd (siehe Bild) bei. Vielfach kann dabei anhand von Erkennungsmerkmalen oder persönlichen Gegenständen die Identität festgestellt werden. Wie hier in Bartossen (Bartosze) bei Lyck sind die Namen der umgebetteten Gebeine von Soldaten in große Granit-Stele eingemeißelt und werden in Namensbüchern aufgeführt. Auch die unbekanntenen Soldaten findet man in den Namensbüchern.

So auch der Name seines Vaters in Bartrossen (Bartosze) bei Lyck, wie der Unterzeichnende als Diskussionsbeitrag informieren konnte. Von der Recherche bis zur Einbettung verfügt der

Volksbund über ein großes Informationsmaterial, das den Suchenden nach ihren Vätern oder Söhnen zur Verfügung steht.

Der Vorsitzende dankte den beiden Herren der Volksfürsorge für ihre interessanten Ausführungen und schloss die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes.

Hans - Albert Eckloff

### Vereinigte Landsmannschaft Flensburg (VLM Fl) e.V.

**Flensburg** - Nächstes Treffen: 19. November, 11.30 Uhr, am Volkstrauertag, in der Kapelle auf dem Friedenshügel.

### Bericht

**Flensburg** - Zum Tag der Heimat, am 25. Oktober, konnte der Vorsitzende wieder zahlreiche Mitglieder begrüßen und informierte über die abgeschlossenen Vorbereitungen zum Totensonntag.

Nach dem traditionellen Wrukenessen, das wieder von Frau Hinspeter als Leiterin des Versammlungslokals reichlich, schmackhaft und mit vielen Beilagen zubereitet war, erläuterte der Vorsitzende die verschiedenen Sichtweisen auf den Begriff „Heimat“. Jeder Teilnehmer verbindet hiermit etwas ganz Persönliches, was nicht in einer exakten Definition zum Ausdruck gebracht werden kann. Die Mitglieder waren sich einig, mit dem Tag der Heimat die enge Verbundenheit zu den verlorenen Ostprovinzen zum Ausdruck zu bringen und so als Vermächtnis zu wahren und zu pflegen.

Ergänzt wurden die Erinnerungen durch zwei Kurzfilme über die Provinzen Pommern und Ostpreußen, wie sie früher einmal waren. Besonders eindrucksvoll waren die Menschen in ihrer täglichen Umgebung, geprägt durch einmalige Natur in abwechslungsreichen Landschaften. Der Wunsch nach weiteren historischen Einblicken in die „Heimat“ war lebhaft zu vernehmen.

Beendet wurde der Nachmittag mit dem Pommernlied und dem Ostpreußenlied.

Hans Legies

**Flensburg** - Sonntag, 26. November, 15 Uhr, Kapelle Friedenshügel.

Stilles Gedenken der pommer-schen und ostpreußischen Landsmannschaften zum Totensonntag mit Kranzniederlegung. Den Gedenkgottesdienst wird Pastorin Silke Wierck halten. Der Flensburger Oberbürgermeister Dr. Fabian Geyer hat seine Teilnahme zugesagt und wird zu uns am Stein des Ostens sprechen.

Gäste sind stets willkommen.

### Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen



Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.
Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg 2024

Wir versuchen, für das Jahr 2024 noch einmal eine gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg zu organisieren. Der Zeitrahmen wäre der 1. bis 12. Mai 2024. Ausgangs- und Endpunkt der Fahrt wäre Magdeburg.

Damit diese Reise stattfinden kann, müssen sich mindestens 20 Personen verbindlich bis zum Jahresende anmelden.

Wer Interesse daran hat, sollte sich umgehend bei Rita Kalmbach, Telefon: 03924/5828 oder per Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit der eigenen Anreise

per Auto, Eisenbahn oder Flugzeug und Leihwagen. Vor Ort können dann gemeinsame Unternehmungen verabredet werden.

Bitte dann individuell die Zimmer und den Zeitraum innerhalb des Zeitfensters vom 1. bis 12. Mai 2024 im Hotel Koch buchen. Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, Telefon (0048) 897511093, E-Mail: kochsportowa@wp.pl



Verein der Deutschen in Memel/Klaipėda

Berliner Memellandgruppe

Einladung zum Wintertreffen
Liebe Memelländerinnen und Memelländer, liebe Ostpreußen, hiermit möchte ich Sie ganz herzlich zu unserem nächsten Treffen, am Donnerstag, den 23. November, um 13 Uhr ins Restaurant „Ännchen von Tharau“ einladen, Rolandufer 6, 10179 Berlin (Mitte), S- und U-Bahnstation Jannowitz-Brücke, Telefon (030) 726202070.

Im Mittelpunkt unseres nächsten Treffens wird u.a. ein aktueller Bericht aus Memel stehen. Wir werden uns einen interessanten Kurzfilm über Simon Dach von Rasa Müller vom Verein der Deutschen in Memel /Klaipeda anschauen. Gäste sind wie immer willkommen.

Aus organisatorischen Gründen bitte ich Sie mir kurz mitzuteilen, ob Sie an unserem nächsten Treffen teilnehmen können. Bitte sprechen Sie auf meinen Anrufbeantworter (030) 401 00473 oder schreiben Sie mir eine kurze E-Mail. Auf ein baldiges Wiedersehen – mit herzlichen Grüßen
Ihr Hans-Jürgen Müller

Arno Surminski - Lesung und Gespräch

„Als die Stadt brannte. Erzählungen gegen den Krieg“ - Lesung und Gespräch

Donnerstag, 30. November, 19 Uhr, Atrium HanseMerkur, Siegfried-Wedells-Platz 1, 20354 Hamburg (Nähe Dammtor-Bahnhof)

Arno Surminski musste 1945 als elfjähriger Junge aus Ostpreußen fliehen, seine Eltern wurden in die Sowjetunion deportiert, wo sie später starben. Sein literarisches

Werk ist geprägt von Aussöhnung und einer Erinnerungskultur, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die neuen Erzählungen in „Als die Stadt brannte“ stehen beispielhaft dafür, was Literatur angesichts von Kriegsterror und Vertreibung zeigen kann: die vielen Facetten des Leids, das so viele ertragen müssen.

Begrüßung: Johannes Ganser (Vorstand HanseMerkur), Gerhard Richter (Ellert & Richter

Verlag), Moderation und Interview: Werner Irro (Lektor)

Beginn der Veranstaltung 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Der Zugang zur Veranstaltung ist kostenfrei. Um Anmeldung wird gebeten über: presse@ellert-richter.de, Telefon: 040 39 84 77 15

PAZ wirkt!

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

PRUSSIA-Gesellschaft

Duisburg – Sonnabend, 25. November, 11 Uhr, ordentliche Mitgliederversammlung der PRUSSIA, Gesellschaft für Archäologie, Geschichte und Landeskunde Altpreußens, Ost- und Westpreußens mit vorangehender Vortragsveranstaltung. Interessierte Gäste sind willkommen.

Veranstaltungsort ist erstmals das „B & B Hotel Duisburg Hauptbahnhof-Nord“, Portsmouthplatz 5, 47051 Duisburg. Der Tagungsraum Düsseldorf ist ab 10:30 Uhr geöffnet. Der traditionelle Tagungsort im vormaligen „Museum Stadt Königsberg“ steht uns seit 2023 nicht mehr zur Verfügung.

11:00 Uhr: Begrüßung durch den Präsidenten der PRUSSIA-Gesellschaft.

11:15 Uhr Vortrag mit Filmsequenzen „Stille Tage in Gertlauken - Erinnerungen an Ostpreußen“, Referenten: Henriette Piper und Jörg Naß.

13:00 Uhr: Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss.

14:00 Uhr Vortrag „Naturstreifzüge durch Ostpreußen. Betrachtungen aus einer einzigartigen Naturlandschaft“. Referent: Dr. Winfried Daunicht.

15:00 Uhr Filmischer Kurzvortrag des Vereins der Deutschen in Memel/Klaipeda zum Leben von Simon Dach, seiner Heimatstadt Memel und seinem Gedicht „Ännchen von Tharau“.

15:30 Uhr Mitgliederversammlung

- Vorläufige Tagesordnung: 1. Begrüßung 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung 3. Bericht des Vorstands 4. Bericht des Schatzmeisters 5. Aussprache zu Ziff. 3 und 4 6. Abstimmung über die Entlassung des Vorstands 7. Vorhaben 8. Verschiedenes

Die Mitgliederversammlung endet voraussichtlich gegen 16:30 Uhr.

Mitglieder werden gebeten, Änderungen und Anträge zur Tagesordnung bis zum 20. November an den Vorstand zu übermitteln.

Fragen/Anregungen an: prussia.gesellschaft@gmail.com

Advertisement for 'Warm oppm Kopp' featuring a green hat. Text includes: 'Grüne Mütze mit aufgestickter Elchschäufel, Die fleecige Futterseite. Strickmütze kostet: 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung. Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Telefon (040) 4140080. E-Mail: selke@ostpreussen.de. Je 15,- Euro zzgl. Porto und Verpackung.'

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku puzzle and a 'So ist's richtig' word search.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal arrows indicating word placement.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Zeiteinheiten.

- 1 römischer Feldherr 2 Nadelbaum 3 Haremswächter 4 Vorgefühl, Vermutung 5 gepflegt, sauber; hübsch 6 Bericht; Entwurf

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Paartherapie für Verheiratete.

- 1 fromme Gestalt bei Wilhelm Busch, 2 leimen, kleistern, 3 Hafencity in Südostitalien, 4 Zustand; Stellung, 5 Parole

Diagram for 'Kreiskette' showing a circular path of 11 numbered fields.

## BÄRNWALD

## Wallfahrten zur Kirche Maria Himmelfahrt

Das nordböhmische Gotteshaus im Rokokostil liegt am Pilgerweg der Versöhnung – Zehntausende Pilger kommen jährlich

VON BODO BOST

Zehntausende Touristen und Pilger strömen jährlich zur wiederbelebten Wallfahrt in das lange vergessene Bärnwald [Neratov] im Adlergebirge, an der böhmisch-schlesischen Grenze. Die Wallfahrtskirche liegt am Pilgerweg der Versöhnung, um die Wunden von Nationalsozialismus, Vertreibung und kommunistischer Herrschaft zu heilen. Der Norden Böhmens und der Süden Schlesiens waren einst unter österreichischem Einfluss sehr stark von der katholischen Kirche geprägte Gebiete. Viele Wallfahrtsorte zeugten davon. Aber der Zweite Weltkrieg und die Vertreibung der Deutschen entvölkerten und entseelten diese Gebiete. Besonders schlimm war es im Grenzgebiet, weil nach der Entvölkerung nach Kriegsende Gebietsstreitigkeiten zwischen den beiden sozialistischen Staaten Polen und Tschechoslowakei hinzukamen, die dafür sorgten, dass die Grenzgebiete zwischen beiden Staaten für viele Jahre menschenleer blieben.

Erst nach der friedlichen Revolution von 1989 und nachdem die vertriebenen Deutschen wieder ihre Heimatorte besuchen durften, wurde mancherorts an alte Traditionen angeknüpft. So auch in Bärnwald auf der tschechischen Seite der Grenze. Bärnwald im Adlergebirge liegt am Osthang des 996 Meter hohen Ernestinenberges und am rechten Ufer der Erlitz, auch „Wilde Adler“ genannt.

**Katholisch geprägte Gebiete**

Die Gemeinde Bärnwald hatte im Jahr 1939 noch 353 Einwohner und 105 Häuser. Trotz der wenigen Einwohner besaß der Ort eine Wallfahrtskirche Maria Himmelfahrt, die weit über die Region hinaus bekannt war, wegen des großen Zuspruchs zur Wallfahrt an Maria Himmelfahrt. Die Wallfahrtskirche war zwischen 1723 und 1733 im Rokokostil nach den Plänen des Italieners Giovanni Battista Alliprandi erbaut worden.



Wiederaufgebaut: Die Kirche Maria Himmelfahrt in Bärnwald

Foto: Palickap

Mitten durch den Ort verläuft das Flüsschen Wilde Adler, das heute die Grenze zur Republik Polen markiert. Das Dorf Bärnwald wurde Ende des 15. Jahrhunderts als Siedlung von Glasmachern gegründet. Bald darauf entstand hier eine einfache Holzkirche, die 2022 rekonstruiert wurde. Die Wallfahrt nach Bärnwald begann im 17. Jahrhundert, als ein Pfarrer nach einem Traum eine Marienstatue schnitzen ließ. Schnell verbreiteten sich an dem Ort Legenden über Wunderheilungen, die mit der Statue der Jungfrau Maria und den örtlichen Heilquellen verbunden waren.

Am 10. Mai 1945, am Ende des Zweiten Weltkriegs, brannte die Kirche ab, als sie von einer Panzerabwehrgranate getroffen wurde, die ein Soldat der Roten Armee in betrunkenem Zustand abgefeuert hatte. 1945/46 begannen die damals noch überwiegend deutschsprachigen Bewohner damit, zumindest das Dach zu erneuern. Doch dann wurden sie vertrieben, das Grenzgebiet blieb entvölkert.

Die Deportation der Deutschen und die Zerstörung der Kirche verdammt das Dorf im Adlergebirge zum Aussterben. Ende 1957 stürzten die durchnässten Gewölbe ein, 1973 sollte die Kirche abgerissen werden, doch Geldmangel bewahrte sie davor. Das Gotteshaus wurde 1989 als Kulturdenkmal eingestuft. Ab 1990 wurden in der Kirche zunächst Gottesdienste unter freiem Himmel abgehalten, seit 2007 ist die Kirche mit einem teilweise verglasten Dach versehen. Im Rahmen des Vier-Türme-Projekts wurde die Kirchenfassade schrittweise in ihren ursprünglichen Zustand, das heißt in den vor 1945, zurückversetzt.

**Neues Leben ins Dorf gebracht**

Seit Anfang der 1990er Jahre kümmerte sich der „Verein Neratov“ zusammen mit dem Ortspfarrer Josef Suchár nicht nur um die Restaurierung der Marienwallfahrtskirche, die durch ihr einzigartiges Glasdach berühmt wurde, sondern auch um den Bau

von betreuten Wohnungen und geschützten Werkstätten für Behinderte. Jetzt zogen auch wieder Menschen in den Ort. Pfarrer Suchár konnte einige junge Familien davon überzeugen, sich dauerhaft anzusiedeln. Die Familien nahmen neben ihren eigenen Kindern auch Waisenkinder auf. Der Verein kümmert sich nicht nur um die Erneuerung von Dorf und Kirche, sondern hilft auch Pflegefamilien. Sie bietet Behinderten sowohl Unterkünfte als auch Arbeit.

**Vertriebene wirkten mit**

1996 kamen dann sogar die vertriebenen früheren sudetendeutschen Einwohner erstmals in Bärnwald wieder zusammen. Mit ihnen zusammen wurden Projekte der Dorf- und Wallfahrtserneuerung entwickelt. Die Idee zu einer Wallfahrt der Versöhnung nicht nur zwischen Tschechien und Polen entstand. Erstmals wurde wieder eine Brücke über die Wilde Adler ins benachbarte Polen gebaut, im Dorf entstand neben den Behindertenwerkstätten auch eine Brauerei mit regionalen böhmischen Zutaten. Das lokale Bier heißt Prorok (Prophet). Zu der Infrastruktur gehörte auch der Aufbau eines Pilgerbüros und von Pilgerunterkünften sowie eines grenzüberschreitenden Pilgerweges. Die Euroregion Glacensis verwaltet das Höhenwegprojekt. In der Wallfahrtswoche im August kamen in diesem Jahr bis zu 50.000 Pilger aus Deutschland, Tschechien und Polen nach Bärnwald.

● **TV-Dokumentationen** Die ARD hatte 2017 unter der Leitung des Prager ARD-Studioleniters Jürgen Osterhage in dem Film „Heimat mit Hindernissen“ über den Wiederaufbau der Kirche Maria Himmelfahrt und die Wallfahrt informiert, ebenso der Deutschlandfunk vor Kurzem in einer Vorstellung von Kilian Kirchgeßner unter dem Titel „Wundersame Geschichten aus dem tschechischen Adlergebirge“.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Warum der Gedenkort Groß Nädltitz geistig oft fern ist

Soldatengräber werden nach Niederschlesien umgebettet – zum Bedauern vieler Deutscher

Der November gilt dem Totengedenken. Gleich drei sogenannte stille Tage sind der Erinnerung an die Verstorbenen gewidmet. Neben dem katholischen Allerseelen und dem protestantischen Totensonntag gehört der Volkstrauertag am Sonntag des 19. November dazu. Auch in Niederschlesien wird mittlerweile wieder deutsche Soldaten gedacht. Die Gedenkfeierlichkeit zum Volkstrauertag wird jedoch bereits am 11. November in Groß Nädltitz [Niedolice Wielkie] begangen. Auf dem 2002 eröffneten deutschen Soldatenfriedhof fanden bereits 21.000 Tote ihre letzte Ruhestätte. Von deutscher Seite gibt es ein Drängen, an dieser zentralen Stätte Gebirne möglichst zentral zu sammeln. Dabei wurden gerade in manchen kleinen Orten mit deutscher Minderheit in Oberschlesien auch kleinere Grabstellen mit wenigen Soldatengräbern oft liebevoll gepflegt.

**Ökumenische Andacht in Nädltitz**

Mitglieder der deutschen Minderheit hatten dennoch auch dieses Jahr wieder die besagte ökumenische Andacht in Zusammenarbeit mit dem deutschen Generalkonsulat Brelau im für sie entfernten Nädltitz abgehalten – dies im Anschluss der jährlichen Pilgerfahrt der katho-

lischen Schlesier ins niederschlesische Trebnitz [Trzebnica].

Zuletzt wurden im September abermals Soldatenüberreste nach Groß Nädltitz umgebettet. Darunter befanden sich gar Überreste von 128 Toten, die im Garten einer Breslauer Villa geborgen wurden. Dieser Toten wurde also erstmals am 11. November gedacht.

In Oberschlesien wird der deutsche Volkstrauertag in der Kontinuität deutscher Tradition am 19. November mit einer ökumenischen Andacht in der Evangelisch-Augsburgischen Kirchengemeinde in Oppeln in der ulica Pasiczna 12 begangen. Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr und wird nach der Andacht von einem Konzert ergänzt. Der Verband deutscher sozial-kultureller Gesellschaften in Polen (VdG) ist als Dachverband der Minderheit Veranstalter.

Auch auf dem deutschen Soldatenfriedhof im ober-schlesischen Laurahütte [Siemianowice Śląskie], auf dem mehr als 34.000 Tote des Zweiten Weltkrieges bestattet sind, wird taggenau in deutscher Tradition der Opfer gedacht. Auf dem 3,4 Hektar großen Soldatenfriedhof versammeln sich um 15 Uhr zumeist deutsch optierende Oberschlesier. Viele von ihnen

haben dann schon die katholische Messe in der Christkönigkirche um 11 Uhr im Beuthner [Bytom] Stadtteil Stollarzowitz [Stolarzowice] besucht. Denn seit einigen Jahren haben die Stollarzowitzer den

Volkstrauertag fest in ihren Kalender integriert. Es sind Mitglieder des Deutschen Freundschaftskreises, also des Ortsverbandes der deutschen Minderheit, die am Volkstrauertag das Gedenken vornehmen.

Am 19. November beginnen sie mit einer Andacht auf dem Friedhof im benachbarten Friedrichswille [Górniki]. Ein weiterer Gedenkort ist die zweisprachige Gedenktafel an der Christkönigkirche in Stollarzowitz. Diese Tafel wurde 1995 von Johannes Willibald Golla gestiftet, weil sein deportierter Vater kein eigenes Grab hatte und es viele Familien gibt, die ein ähnliches Schicksal teilen.

**Gottesdienste am 19. November in mehreren Orten**

Auf dem Soldatenfriedhof in Laurahütte fanden ebenfalls Gefallene aus Stollarzowitz und Umgebung ihre letzte Ruhestätte. Im Jahr 2011 wurden Überreste von 31 in Friedrichswille beerdigten Soldaten nach Laurahütte umgebettet. Sie ruhen nun zusammen mit den Gefallenen aus den Beuthner St.-Joseph- und St.-Margarethe-Gemeinden. Hinzu kommen ferner zahlreiche Dörfer mit Gedenkveranstaltungen, in denen eine Umbettung noch nicht vollzogen ist. Vielfach wird darum auch kein Aufgebens gemacht, damit man diese Gräber nicht auch noch als Teil der eigenen Regionalgeschichte an Groß Nädltitz „verliert“.

Chris W. Wagner



Auf dem Friedhof im nordböhmischen Friedland: Trauernder Soldat

Foto: Wagner

## ZUM VOLKSTRAUERTAG

## Gedenken in Gingst auf Rügen

Wiedererrichtung des Denkmals für Kriegsoffer – Tag der Erinnerung, der Trauer und zugleich Mahnung

VON BRIGITTE STRAMM

Einmal im Jahr wird ganz speziell der Opfer der Kriege gedacht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in den Schulen grüne Kerzen verteilt, die an dem Abend des Volkstrauertags in die Fenster gestellt werden sollten als Mahnung gegen das Vergessen, für die Vermissten, die bisher aus dem Krieg nicht heimgekehrt sind, und die Opfer. Es war eine sehr schöne Geste, die man unbedingt wieder aufleben lassen sollte.

Dieser Tag des Gedenkens wird in vielen Städten und Dörfern in Deutschland unterschiedlich begangen, doch stets erfolgen Feierstunden an den Denkmälern.

In Gingst auf Rügen wird man diesen Tag würdevoll an dem im August wieder eingeweihten Kriegerdenkmal von 1914/18 begehen. Die Einweihung am 27. August hat hohe Wellen geschlagen, auch der Artikel in unserer *Pommerschen Zeitung* vom 30. Juni 2023 hat einen Kontakt nach Spremberg in der Lausitz geschaffen, auch dort gelang es, ein Kriegerdenkmal wieder auferstehen zu lassen.

Die Schüler der zehnten Klasse der Regionalschule Gingst stellten am 29. September der Öffentlichkeit erste Ergebnisse ihrer Recherchen zu Weltkriegsopfern im Zuge des Geschichtskurses „Kriegsgräber“ am wiedererrichteten Kriegerdenkmal in Gingst vor. Das zeigt, ein Denkmal ist nicht ein starres Gebilde aus Stein oder anderem Material. Es lebt, durch die Namen, die zum Gedenken festgehalten wurden – hinter jedem Namen steht eine Geschichte.

## Kleine Rückschau

Zur Wiedererrichtung des Denkmals gaben die Mitglieder des „Förderverein Kriegerdenkmal Gingst e.V.“ Jürgen Pahnke und Gerd Bednarski gerne Auskunft. Eine kurze Rückschau schildert die Geschehnisse. 1974 kam es in einigen Orten zum Abriss von Kriegerdenkmälern, weil sie angeblich nicht mehr in das „sozialistische Ortsbild“ passten. In Gingst erfolgte der Abriss von zwei Denkmälern: das Kriegerdenkmal von 1870/71 und das von 1914/18.

Die Initiative ergriff seinerzeit die Parteigruppe unter dem SED-Parteisekretär, auch die Bismarck-Eiche wurde zu dem Zeitpunkt gefällt. Allerdings waren an diesen Aktionen keine Gingster beteiligt.



Ein denkwürdiger Tag: Einweihung des Denkmals in Gingst am 27. August 2023. Die Traditionsträger des Infanterie-Regiments Nr. 42 umrahmten die Veranstaltung – und sind auch am Volkstrauertag dabei  
Foto: Dahms

Viele waren verärgert: Ein Gingster Tischlermeister, sein Vater war im Ersten Weltkrieg gefallen, ist aus Protest einfach nicht mehr zur Wahl gegangen.

Doch das Denkmal ist stets im Bewusstsein der Einwohner geblieben. Das war wie eine offene Wunde im Herzen von Gingst. Schließlich waren viele der über 100 auf den Tafeln des Denkmals verzeichneten Gefallenen aus dem Kirchspiel Gingst die Vorfahren. Und was war der Auslöser für das „neue“ Denkmal?

Dazu der Initiator Pahnke: „Man muss zunächst sagen, dass nach dem Abriss 1974 Teile des Denkmals noch als Blumenkübel im Ort benutzt wurden. Und jeden Tag kam ich daran vorüber, und es war so, als hätten mich diese Steine angesprochen: Holt uns hier raus und baut uns wieder auf!“

Pahnke ist dann vor über zehn Jahren zum Pastor gegangen und fragte ihn, was der davon hielte. Wollen wir es aufbauen oder nicht? So kam der Stein ins Rollen. „Als die Gemeindevertretung grünes Licht gab, hat sich unser Verein 2019 gegründet. Heute sind wir 40 Mitglieder. Die Aktion lief nicht ohne Probleme ab. Zwar hatte die Bürgermeisterin zunächst zugestimmt, aber das Projekt zum Wiederaufbau durch Vorbehalte erheblich zur Verzögerung gebracht: Man versuchte uns

mehrfach auszubremsen und uns unter Druck zu setzen. So wurde beispielsweise Einfluss auf die Gestaltung des Wiederaufbaus – ohne Eisernes Kreuz – genommen. Durch Vereinfachung der neu zu gestaltenden Elemente konnten wir das Denkmal nicht zu 100 Prozent nach dem Vorbild aufbauen. Die Gemeinde stellte

„Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg“

(Mahatma Gandhi)

uns zwar den traditionellen Platz in der Ortsmitte zur Verfügung, jedoch haben wir weder finanzielle noch sachliche Unterstützung von der Gemeinde erhalten. Wir bekamen aber von anderen Stellen viel Zuspruch: Unterstützt wurden wir durch unsere Fördermittelgeber, Strategiefonds, Vorpommernfonds, LEADER, Ehrenamtsstiftung, Heimatverband und Volksbund. Auch die Bau-Innung, weitere Handwerksbetriebe aus der Region standen uns helfend zur Seite. Dank der großzügigen Spendenbereitschaft aus der Be-

völkerung konnten wir unser Ziel gemeinsam erreichen, welches wir uns bei der Vereinsgründung 2019 gesetzt hatten, die Arbeiten konnten beginnen.“

Am 27. August war es dann endlich soweit: Das Denkmal konnte eingeweiht werden. Circa 300 Personen hatten sich eingefunden, um diesen Tag feierlich zu begehen. Schon zum vorausgegangenen Gottesdienst waren etwa 175 Bürger erschienen. Sicherergestellt werden muss auch der Erhalt des Denkmals, dazu der Vereinsvorsitzende Pahnke: „Wir werden das Denkmal nach der finanziellen Abrechnung mit den Fördergebern an die Gemeinde Gingst übergeben. Die Pflege des Denkmals übernimmt für die nächsten fünf Jahre der Verein. Hoffen wir, dass das Denkmal nicht nur erinnert, sondern auch zukünftig zum Frieden mahnt.“

Zum Volkstrauertag versammelt man sich wieder am Ehrenmal. Am Sonntag, den 19. November, findet um 14 Uhr ein Gedenkgottesdienst in der St.-Jakobi-Kirche in Gingst statt mit anschließender Gedenkfeier und Kranzniederlegung am Ehrenmal. Die Traditionsträger des Infanterie-Regiments Nr. 42 werden die Gedenkfeier unter musikalischer Umrahmung wieder begleiten.

www.denkmalgingst.de

## IN MEMORIAM

## Herber Verlust für die Deutsche Minderheit

Peter Jeske verstorben – Der Vorsitzende der „Pomerania“ bewegte viel in seiner Heimat Hinterpommern

Am 2. November ist Peter Jeske, der langjährige Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Pomerania“ in Köslin [Koszalin], im Alter von 78 Jahren gestorben. Seine alten Weggefährten erinnern sich an einen ruhigen und besonnenen Menschen mit dem Herz am rechten Fleck. Für die Anliegen seiner Pommern war ihm kein Weg zu weit und keine Herausforderung zu groß. Wir erinnern an einen Großen aus den Reihen der deutschen Minderheit in Polen.

Jeske war nicht „nur“ der Gründer und Chef der „Pomerania“ in Köslin, sondern seit 2018 auch Vorstandsmitglied des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). Deswegen Vorsitzender Rafał Bartek ist über die

Todesnachricht, die am Allerseelentag den Weg in den VdG-Sitz in Oppeln fand, bestürzt.

„Der Tod von Peter Jeske ist ein herber Verlust für uns. Er gehörte zu den Urgesteinen der deutschen Minderheit. Als Delegierter des VdG und später auch als Vorstandsmitglied war er immer mit dem Herzen dabei und hat sich stets sehr engagiert in die Arbeit des Verbandes eingebracht“, so Bartek, der im Namen des VdG-Vorstands und auch der Mitarbeiter der VdG-Geschäftsstelle der Familie von Peter Jeske sein tiefes Beileid und Mitgefühl ausspricht, dem sich alle Pommern anschließen.

„Er hinterlässt große Fußstapfen für den kommenden Nachfolger“, sagt in diesem Sinne auch sein VdG-Vorstandskolle-



Mitglied im VdG-Vorstand und Vorstandsvorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Pomerania“ in Köslin: Peter Jeske (\* 22. Dezember 1944, † 2. November 2023)

ge Heinrich Hoch, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM). Er zeigt sich sehr dankbar für die jahrelange gute Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der deutschen Minderheit in Pommern und Ermland-Masuren sowie im Vorstand des VdG.

Jeske machte aus seiner deutschen Identität auch in schwierigen Zeiten nie einen Hehl. „Ich bin ein Deutscher, und werde ein Deutscher bleiben. Wenn ich mich nicht zu meiner Nationalität bekenne, würde das bedeuten, dass ich meine Eltern beleidige“.

Alle Pommern, wo immer sie sind, werden diesen engagierten Landsmann nicht vergessen und ihm ein bleibendes Andenken bewahren. *Wochenblatt PL*

## MELDUNGEN

## Freiheitslinde, Kalter Krieg und Walrosse

**Stettin** – Anlässlich der Gewalttaten gegenüber Juden und jüdischen Einrichtungen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 gedachten Mitglieder des jüdischen Sozial- und Kulturvereins sowie der jüdischen Gemeinde der Opfer in Stettin mit Blumen und Kerzen. *TS*

**Stralsund** – Eher still blieb das diesjährige Gedenken an den Mauerfall in Vorpommern. Dabei mangelt es nicht an Symbolen wie der Freiheitslinde, die am 8. November 2019 gepflanzt wurde, und Bezügen: Der Dramburger Peter Strunk, einer der „Stralsunder 20“, sorgte damals mit dafür, dass Vorpommern und der Greif heute selbstverständlich sind. *TS*

**Groß Möllen** – Die Winterbadesaison ist eröffnet! Jeden Sonntag um 12 Uhr treffen sich die Kösliner „Walrosse“ zum Baden und läuten damit den Countdown zur 21. Internationalen Walross-Rallye ein, die vom 8. bis 11. Februar in Groß Möllen stattfindet. Ein Badespaß für Hunderte. *TS*

**Anklam** – In vielen Karnevals-Hochburgen Vorpommerns waren auch am vergangenen 11.11. die Narren los, um die Schlüsselübergaben an den Rathäusern zu feiern. Der Anklamer Carnival Club (ACC) kann dabei sogar bereits auf die 40. Jubiläumssaison zurückschauen. *TS*

**Kolberg** – Wie tschechische Medien berichteten, ist der Jugend-Nationalspieler Michal Randis (21) vom HC Slovan Moravka am 31. Oktober mit seiner Verlobten (23) vom Balkon des dritten Stocks eines Kolberger Sanatoriums gestürzt. Der Eishockey-Torwart ist tot, seine Verlobte schwer verletzt. *TS*

**Greifswald** – Noch bis 25. November stellt der Pommersche Künstlerbund im Kunstladen, Feldstraße 20, die fantasievollen Werke von Malgorzata Ragan aus, in denen sich Tier- und Pflanzenwelt ungewöhnlich vereinen. Seit 2006 arbeitet sie als Kunstlehrerin in Greifenhagen. *TS*

**Stralsund** – Zum Volkstrauertag am 19. November findet auf dem Zentralfriedhof eine Gedenkfeier um 11 Uhr statt. Musikalisch wird die Feier von Kristin Löper und Marco Blasi begleitet. Den Abschluss bilden eine Kranzniederlegung und Schweigeminute auf dem Ehrenhain des Zentralfriedhofes. Die Feierstunde zum Totensonntag am 26. November beginnt um 10 Uhr in der Feierhalle auf dem Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund. Zum Rahmenprogramm gehören klassische Musik sowie vorgetragene besinnliche Texte. *Hansestadt Stralsund*

**Greifswald** – Am Dienstag, 14. November um 18 Uhr findet mit Wolfgang Kletz (Hamburg) im Pommerschen Landesmuseum ein Vortrag zum Thema: „Geheime Transporte über die Ostsee – Von Atomwaffen, Geheimdiensten und Bausoldaten im Kalten Krieg“ statt. Die Propaganda sprach blumig von einer „Brücke der Freundschaft zum Lande Lenins“, als am 2. Oktober 1986 das größte Verkehrsprojekt der DDR eröffnet wurde. Ost-Berlin und Moskau hatten unter strengster Geheimhaltung eine der wichtigsten strategischen Verbindungen des Kalten Krieges geschaffen. *PL*

# „Unser Land ist wehrlos und schwach“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Als inzwischen jahrzehntelanger Abonnent freue ich mich jeden Freitag auf die neue PAZ und bin mit der Linie der Zeitung sehr einverstanden“

Frieder Kammerer,  
Herdwangen



Ausgabe Nr. 44

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## HAFTUNG FÜR POLITIKER? ZU: WER HAFTET FÜR DIE SCHÄDEN DES LANDES UND DER GESELLSCHAFT? (NR. 44)

Der Zeitung ist zu danken, weil sie dieses Problem aufgegriffen hat. Der Artikel ist allerdings unvollständig, da er keine Vorschläge enthält, wie Schäden künftig vermieden werden könnten. Die Debatte über die Verantwortung für die Politik durch die beteiligten Politiker blieb nämlich aus. Hier einige Gedanken zum Schadenersatz durch die Verursacher der Schäden. Derartige Regelungen würden die Politiker sicherlich veranlassen, künftig leichtfertig Schäden zu verursachen.

Es ist geboten, ja erforderlich, dass die Politiker und andere Amtsträger für die durch sie verursachten Schäden persönlich haften. Dazu müssten besondere Regeln im Strafgesetzbuch geschaffen werden. Es sollte insoweit nur um Schadenersatzregelungen und nicht um Bestrafungen gehen. Es bedürfte somit keiner subjektiven Voraussetzungen wie etwa dem Vorsatz oder der groben Fahrlässigkeit, sondern der eingetretene objektive Schaden (das Ergebnis) wäre der Maßstab für die Höhe der persönlichen Haftung.

Da es sich bezüglich der Politiker regelmäßig um verursachte umfangreiche Schäden handeln wird, deren Höhe nicht einfach zu schätzen sind, könnte geregelt werden, solche Schäden durch den Rechnungshof feststellen zu lassen. Wegen der persönlichen Haftung der Haftungsschuldner könnte und sollte auch geregelt werden, dass deren Existenz nicht vernichtet wird, etwa durch die Beachtung der gültigen gesetzlichen Pfändungsschutzbestimmungen.

Benno Koch, Harsefeld

## WIR VERLIEREN DEN ANSCHLUSS ZU: DIE UNTERSCHÄTZTE ÖKOLOGISCHE SCHATTENSEITE VON KI (NR. 44)

Die Kausalkette von der KI über den hohen Energieverbrauch zur Trockenheit in

Spanien ist nicht stichhaltig. Rechenzentren „verbrauchen“ kein Wasser für die Kühlung. Die Klimaanlage sind geschlossene Systeme wie die Wasserkühlung in unseren Autos. Wenn in Spanien Wasser verschwendet wird, dann wegen der veralteten Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft.

Künstliche Intelligenz wird schon in kurzer Zeit ein Schlüsselfaktor sein, um weiterhin mit eigenen Produkten und Dienstleistungen an der weltweiten Wertschöpfung teilnehmen zu können. Man darf sich nicht von der Banalität der frühen Anwendungen dieser Technologie täuschen lassen. Die hohen Investitionen der großen IT-Konzerne aus Übersee geschehen nicht für bunte Bilderchen.

Bei den ersten großen technischen Revolutionen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts – Eisenbahn, Maschinenbau und Kraftverkehr – waren wir an führender Stelle dabei. Selbst bei Rundfunk und Elektronik spielten wir anfangs noch eine gewichtige Rolle.

Dann übernahmen die Bedenkenträger. Schon die in den 70ern aufkommende Rechentechnik geriet unter gesellschaftlichen Druck und wurde in Deutschland – anders als in Großbritannien – zunächst als Jobkiller verteufelt und als irrelevant bezeichnet. Wer sich damit beschäftigte, wurde anfangs ins Lächerliche gezogen. Technischer Rückstand war die Folge, der zunächst in den klassischen Disziplinen und später durch den billigen Euro kaschiert werden konnte. Vorbei! Deutschland kann es sich nicht leisten, noch einmal den Anschluss zu verlieren. Europa auch nicht.

Conrad Beckert, Berlin

## ZÜGELLOSER JUDENHASSERMOB ZU: WIR SIND ZEUGEN EINES HISTORISCHEN KONTROLLVERLUSTES (NR. 42)

Tagtäglich leiern unsere Politiker gebetsmühlenartig Sätze herunter wie „Für Antisemitismus und Juden Hass darf es in Deutschland keinen Platz geben“. Täglich tobt sich in unseren Städten zunehmend

ein orientalischer zügelloser Judenhassermob aus. Politiker stehen ratlos, unentschlossen und konzeptlos diesem entfesselten Treiben gegenüber. Unser Land ist wehrlos und schwach – typisch für einen Papiertiger-Staat.

Jetzt rächt es sich bitter, dass Deutschland seit Jahrzehnten eine realitätsferne, übertolerante Asylpolitik betrieb und betreibt. Islamisten und Antisemiten wurden und werden massenhaft als sogenannte Schutzsuchende importiert.

Uwe Spahr, Elmshorn

## ZEIT FÜR FRIEDENSSCHLUSS ZU: „DAS GESCHEHEN NEIGT SICH ZUGUNSTEN RUSSLANDS“ (NR. 43)

Im Interview der PAZ mit dem General a.D. Harald Kujat, welcher die Situation in der Ukraine militärisch als entschieden ansieht, sollte jeder – unabhängig seiner Position dazu – zu dem Entschluss kommen, dass zumindest ein temporärer Waffenstillstand ausgehandelt werden muss, damit Friedensverhandlungen zwischen den Parteien stattfinden können. Denn weder die Ukraine noch die Russische Föderation werden ihre politischen und militärischen Ziele verwirklichen, womit eine Fortführung der Kämpfe auf beiden Seiten unverantwortlich wäre.

So dominieren Berichte über sogenannte „Rückeroberungen“ relativ unbedeutender Dörfer die Nachrichtenmeldungen. Dabei scheint jeder Quadratmeter als Erfolg erwähnenswert zu sein, der von einer der beiden Konfliktparteien zurückerobert wurde, und steht der sogenannte Erfolg in keinem Verhältnis zu den Kosten an Menschenleben und Material.

Putin könnte mit dem Verbleib der Regionen Donezk, Luhansk, Saporischja und Cherson sein Gesicht wahren, während die westlich orientierte Ukraine eine Mitgliedschaft in der EU anstreben könnte. Zugleich wäre neben einem Verzicht der Ukraine auf einen NATO-Beitritt eine entmilitarisierte Zone im Donbass zu errichten. Nach über 20-monatigen Kämpfen in der Ukraine, dem Einmarsch Aser-

baidshans in Bergkarabach und der Eskalation in Nahost, könnte zumindest ein Teil der Welt bald wieder Frieden genießen. Dafür müsste sich aber auch der Westen von der Illusion eines ukrainischen Sieges über die Russische Föderation verabschieden, damit auch Kiew bereit ist, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Marcel Jacobs, Hamburg

## ANTIDEUTSCHER WAHLKAMPF ZU: TRIUMPH FÜR TUSK, KLATSCH FÜR KACZYŃSKI (NR. 43)

Leider lässt der betont sachliche und wertneutrale Artikel die antideutschen Hasstiraden der PiS sowie fast aller Medien gegen Deutschland unerwähnt. Ein Großteil der Presse, Radio und Fernsehen arbeitet permanent mit dezidiert antideutschen Klischees, Unterschiede zu den Lügenschleudern von Putin und Erdoğan sind kaum noch auszumachen.

Hinzu kommen die haltlosen Vorwürfe der polnischen Regierung, die Deutschen wären mit ihren Waffenlieferungen an die Ukraine viel zu zögerlich und knausrig. Die Bundesrepublik ist mittlerweile der zweitgrößte Waffenlieferant der Ukraine – in Bezug auf die humanitäre Hilfe steht Deutschland an erster Stelle. Von am Anfang zirka drei Millionen Ukrainer in Polen sind noch keine Million mehr übrig. Die Sozialhilfe wurde radikal gekürzt – es gibt quasi nur noch Geld für Schwangere und Mütter mit kleinen Kindern. Alle anderen sind zur Arbeit verpflichtet und müssen auch die Hälfte der Kosten in der Unterkunft bezahlen. Mittlerweile beendete Polen sang- und klanglos jegliche Waffenhilfe für die Ukraine wegen der Getreidefrage.

Polen handelt grundsätzlich nur im ureigensten Interesse. Die zwölf Milliarden netto jährlich von der EU benutzt die PiS auch für die Finanzierung der 13. und 14. Rente. Die antideutschen Wahlplakate der PiS im polnischen Wahlkampf waren in ihrer Brutalität und Hetze nicht mehr zu übertreffen.

Markus Krämer, Allendorf/Eder

ANZEIGE

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

## Bei bester Gesundheit 20 Jahre länger leben: Taurin macht's möglich!

Der Wunsch des Menschen, das Altern hinauszuschieben, um möglichst lange jung zu bleiben, geht gerade in Erfüllung.

Neueste Ergebnisse aus der internationalen Forschung zeigen: Taurin, eine Eiweißverbindung, kann das Leben deutlich verlängern. Bei voller Gesundheit. Ohne die typischen Alterserkrankungen. In einschlägigen Fachpublikationen sind bereits etliche Beiträge über Taurin und seine lebensverlängernde Wirkung erschienen. Einige davon beziehen sich auf Studien mit Tieren. Andere untersuchen inzwischen auch die Wirkung des Taurins auf den Menschen. Seit der selbst für Wissenschaftler sensationellen Veröffentlichung einer internationalen, breit angelegten Taurinstudie im Juni 2023 mit den Daten von rund 12.000 Teilnehmern sind sogar Kritiker erstaut. Dieses Buch berichtet darüber.

Hier erfahren Sie alles Wichtige über die jung erhaltende Wirkung von Taurin!

Es zeigt, wie ein einfacher Stoff das menschliche Leben um rund 20 Jahre verlängern kann. Die Lebenskraft bleibt dabei voll erhalten. Wie das am besten gelingt, hat Dr. Günter Harnisch versucht, mit einer Gruppe von Gleichgesinnten herauszu-

finden. Er hat die Ergebnisse der Taurinforschung im »Arbeitskreis: gesund leben« erprobt. Zahlreiche Anwendungsbeispiele geben einen eindrucksvollen Einblick in die Einsatzmöglichkeiten von Taurin und belegen bemerkenswerte Heilerfolge.

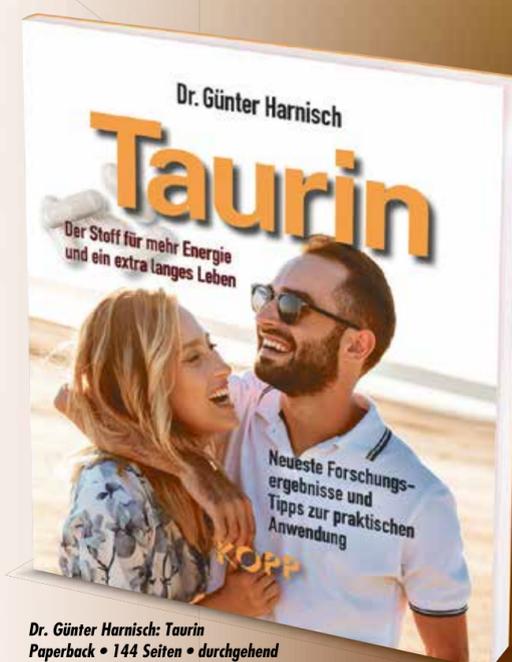
**Taurin: das unglaubliche Kraftpaket**

Die Anwendung des Mittels zur Ergänzung unserer Nahrung rückt ins Blickfeld. Kein Zweifel: Die Pille für ein sehr langes, gesundes Leben wird ihren Weg zu den Menschen finden.

**Aus dem Inhalt:**

- Was ist Taurin?
- Was bewirkt Taurin in unserem Körper?
- Wie wirkt Taurin gegen den Alterungsprozess?
- Welche Aufgaben erfüllt Taurin im Körper?
- Welche Krankheiten kann Taurin heilen?
- Wie sollte Taurin dosiert werden?

Mit wichtigen Tipps und Antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen



Dr. Günter Harnisch: Taurin  
Paperback • 144 Seiten • durchgehend  
farbig illustriert • Best.-Nr. 990 200 • 12,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Das erste Buch zum Thema in deutscher Sprache!

## FOTOGRAFIE

## Kölns „Königlicher Hof-Photograph“

Vor 120 Jahren starb Anselm Schmitz – Seine historischen Aufnahmen geben Zeugnis ab von der einstigen Pracht am Rhein

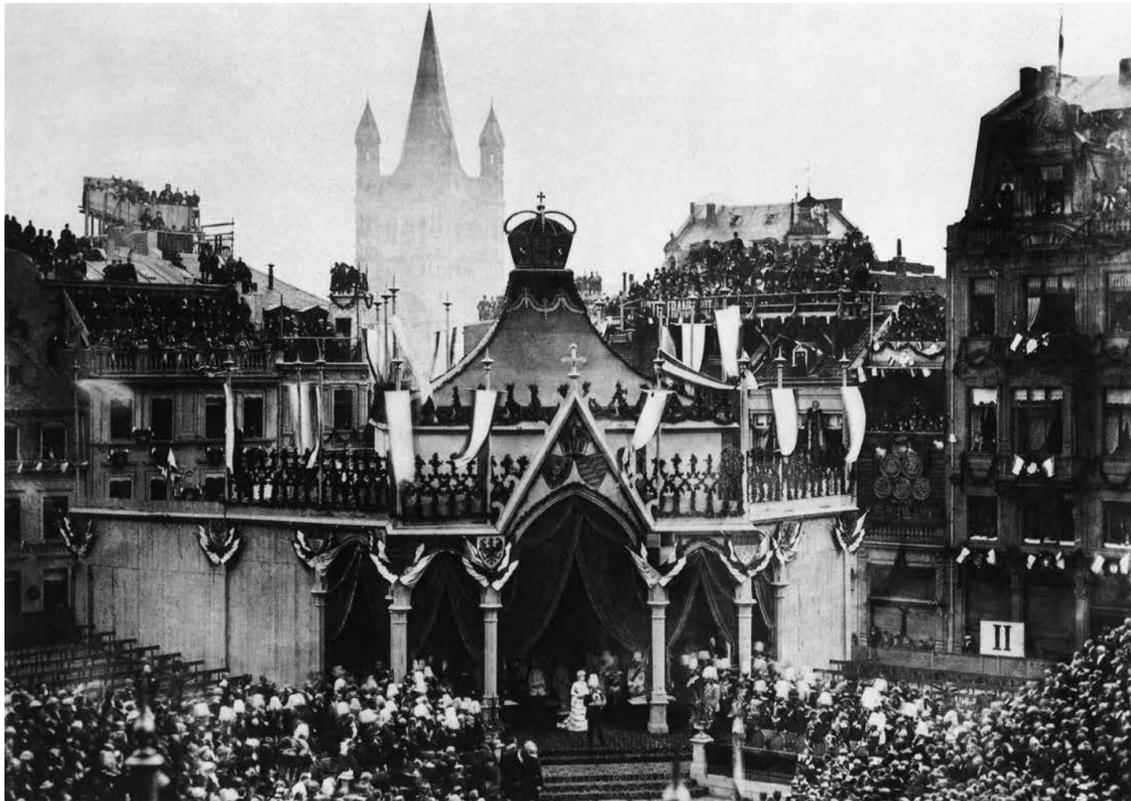
VON BETTINA MÜLLER

**E**in wenig Wehmut kann einen schon überkommen, wenn man sich historische Fotos der Stadt Köln anschaut, die so viele schon besungen haben. Es ist ein Glücksfall, dass es unter den zahlreichen Fotografen, die dort gegen Ende des 19. Jahrhunderts aktiv waren, vor allem einen gab, der in der Zeit der großen Umgestaltung der Stadt die Mauern und Türme der einstigen Stadtbefestigung auch visuell dokumentierte.

Anselm Schmitz fotografierte damals ungezählte Bauten und Anlagen, die unwiderruflich der Stadtplanung zum Opfer fallen sollten und schließlich sukzessive abgetragen wurden. Wenig ist über ihn als Privatmenschen bekannt. Fotografen schrieben in der Regel keine Autobiographien, sie galten lange Zeit nicht als Künstler, sondern wurden als Konkurrenz der klassischen Malerei gesehen.

Schmitz kam am 2. Februar 1831 im niederrheinischen Wachtendonk zur Welt. Schon früh musste er auf eigenen Beinen stehen, denn als er neun Jahre alt war, starb sein Vater, zwölf Jahre später auch die Mutter. Es ist bis heute unklar, wo Schmitz das Handwerk der Fotografie erlernt hat oder was ihn dazu ermunterte, sich diesem noch relativ jungen Medium zu widmen.

Heute gilt der 19. August 1839 als die Geburtsstunde der Fotografie, als Louis Daguerre in Paris zum ersten Mal eine Daguerreotypie öffentlich vorführte. Es war ihm gelungen, die Wirklichkeit mithilfe von Sonnenlicht und chemischer Prozesse auf eine versilberte Kupferplatte zu bannen. Es ist durchaus denkbar, dass Schmitz zunächst als Gehilfe bei einem niedergelassenen Fotografen gearbeitet hat, vielleicht sogar im Nachbarland. Im Dezember 1869 war er als „Photograph“ im Bevölkerungsregister der Stadt Tilburg nachgewiesen. Ende 1869 verließ Schmitz



Feier zur Vollendung des Kölner Doms mit Kaiser Wilhelm I.: Aufnahme von Anselm Schmitz im Jahr 1880

Foto: agk

die niederländische Stadt jedoch, und kurz darauf eröffnete er in Köln sein erstes Geschäftslokal als Fotograf, das im Laufe der Zeit mehrmals die Adresse wechselte. Er war nun offenbar finanziell in der Lage, eine Familie zu gründen, 1871 kam seine erste Tochter Anna zur Welt.

1877 nannte er sich bereits „Kunstphotograph“, vor allem seine Innenaufnahmen von altherwürdigen Kölner Kirchen bestachen durch seine präzise Beobachtungsgabe. Es war der Beginn der Karriere des Mannes, der für die Nachwelt auch grandiose Innen- und Außen-Aufnahmen vom Dom anfertigen würde. Aber

auch prachtvolle Ansichten von Theatern, Sälen und Kirchen gehörten zu seinem vielfältigen Portfolio, und das nicht nur in Köln. Vor dem Auge des Betrachters entfalteten sich herrliche Augenblicksaufnahmen von Straßen, Plätzen, Brücken und zoologischen Gärten.

**Ein Fotograf „ohne Beruf“**

Schon früh hatte Schmitz seinen Radius auch auf das gesamte Rheinland erweitert, wo er vor allem die Schlösser, Ruinen und Ortschaften an den Flüssen Rhein, Mosel und Nahe besuchte. Es war die Zeit, in der die kommerzielle Stereophotografie

boomte. „Seinem“ Dom blieb er dennoch treu, und als am 15. August 1880 die Vollendung des anfangs durch Preußens König Friedrich Wilhelm IV. initiierten Weiterbaus des gotischen Meisterwerks gefeiert wurde, war Schmitz mit der fotografischen Dokumentation dieses Tages beauftragt worden.

Der gute Ruf, den Schmitz sich erarbeitet hatte, mündete schließlich im selben Jahr in die ultimative Ehre: der Ernennung zum „Königlichen Hof-Photographen“. Während Schmitz weiterhin in seinem Beruf erfolgreich war und er bei der Internationalen Fotografie-Ausstel-

lung in Amsterdam 1891 die Bronzemedaille erhielt und in der Domstadt weiterhin ein Fotostudio betrieb, war sein weiteres Leben von persönlichen Tragödien überschattet. Nach dem früheren Tod seiner ersten, verstarb auch seine zweite Ehefrau vorzeitig. 1893 verlor er auch noch seinen 25-jährigen Sohn Johann Schmitz, und zehn Jahre danach, am 26. Juli 1903, seinen Sohn Anselm Schmitz jr., der in der Zwischenzeit das Geschäft seines Vaters, das sich mittlerweile „Kunstanstalt“ nannte, übernommen hatte. Es wurde einsam um den einst gefeierten Fotografen.

Nur wenige Monate nach dem Tod dieses Sohnes verstarb Anselm Schmitz am 18. November 1903 im Augusta-Hospital. „Ohne Beruf“ hieß es in seinem standesamtlichen Sterbeeintrag, als ob man den fotografischen Blick im Rentenalter ablegen könnte und der Titel „Königlicher Hof-Photograph“, die höchsten Auszeichnungen auf mindestens 16 Ausstellungen sowie eine Preußische Staatsmedaille nichts mehr wert seien.

120 Jahre später erschien 2023 der Bildband „Fotografen sehen Köln“, und der enthält auch ein Kapitel über Schmitz. Darin sieht man den Meister selbst zusammen mit seinem Sohn. In diesem Moment ahnte er nichts davon, dass er den Sohn überleben würde. „Großartige Arbeiten“ habe Anselm Schmitz geliefert, heißt es in dem Buch. Wenigstens haben die Bilder von der einstigen Pracht der Stadt die Zeit überdauert.

Katja Hoffmann, Johanna Gummlich (Hrsg.): „Fotografen sehen Köln. Glasnegative 1875–1960 aus dem Rheinischen Bildarchiv Köln“, Emons Verlag Köln 2023, 320 Seiten, 55 Euro



## TRAUER

## Über den Tod hinaus verbunden

Der historische Friedhof in der niederländischen Stadt Roermond – Ein Doppelgrab und seine überkonfessionelle Geschichte

Der historische Friedhof in der niederländischen Stadt Roermond spiegelt noch immer die konfessionelle Ordnung des 19. Jahrhunderts wider: Es gibt separate Gräberfelder für verstorbene Katholiken, Protestanten und Juden, die untereinander durch hohe Backsteinmauern getrennt sind. Gleichwohl zieht ein Doppelgrab die Aufmerksamkeit auf sich, von dem der eine Teil auf dem katholischen Areal liegt und der andere auf dem evangelischen – beide über eine Mauer hinweg durch zwei sich berührende steinerne Hände miteinander verbunden.

Die Gräber gehören zu einem Ehepaar mit unterschiedlichen Religionen und von unterschiedlichem Stand, was seinerzeit für einen Skandal sorgte. Dabei handelt es sich um den bürgerlichen Jacob Waeranus Constantine van Gorkum, der am 10. Januar 1809 in Amsterdam geboren und dort auch in der reformierten Kirche getauft wurde.

Seine Ehefrau hingegen war die adlige Josephina Caroline Petronella Hubertine Freifrau van Aefferen, geboren am 28. Juni 1820 in Roermond und in der dortigen katholischen Kirche getauft. Es ist nicht bekannt, wie die beiden sich kennenlernten, doch verliebten sie sich und waren fest

entschlossen zu heiraten, obwohl ihnen durchaus bewusst war, dass eine solche „Mischehe“ gegen alle Konventionen der damaligen Zeit verstieß.

Folglich fand sich in Roermond weder ein katholischer noch ein protestantischer Pfarrer bereit, die Trauung vorzunehmen – trotz der Tatsache, dass der

Bräutigam immerhin Oberst der königlich niederländischen Kavallerie und Miliz-Kommissar von Limburg war –, und so schlossen sie den Bund der Ehe am 3. November 1842 in dem kleinen niederländischen Örtchen Pont bei Geldern.

38 Jahre lebten sie glücklich zusammen und bekamen fünf Kinder. Erwähnt

sei noch, dass die Familie der Ehefrau als Angehörige des deutschstämmigen katholischen Adels politisch in Opposition zu den Niederlanden stand und das ungleiche Paar schon deshalb als berüchtigt galt. Roermond war von 1543 bis 1702 Teil der spanischen, seit 1716 der österreichischen Niederlande, zwischendurch ein selbstständiger Staat innerhalb der Republik der Vereinigten Niederlande, von 1794 bis 1814 französisch, danach bis 1830 wieder niederländisch, anschließend gehörte die Stadt bis 1839 zu Belgien.

In jenem Jahr wurde die Provinz Limburg geteilt. Der Westen blieb bei Belgien, der Osten mit Roermond kam als neugegründetes Herzogtum Limburg erneut zu den Niederlanden und gehörte bis 1866 auch zum Deutschen Bund.

**Grenzen überwinden**

Am 29. August 1880 starb Jacob van Gorkum in Roermond und wurde auf dem evangelischen Friedhof unmittelbar an der Steinmauer zur katholischen Seite beigesetzt, wo eigentlich ein Fußweg entlangführte. Acht Jahre später, am 29. November 1888, starb auch die Witwe van Gorkum, doch weil die Stadtverwaltung deren Bestattung im Grab ihres Gatten

untersagte – selbst für Ehepaare gab es diesbezüglich keine Ausnahmen –, erfüllten die Kinder ihrer Mutter den letzten Wunsch und ließen sie nicht in der Familiengruft, die sich an einer zentralen Stelle auf dem Friedhof befand, beisetzen, sondern an der steinernen Umgebungsmauer auf der katholischen Seite vis-à-vis dem Grab des Vaters.

Die beiden Grabsteine ließ man so hoch errichten, dass sie die Mauer überragten, dann wurden steinerne Arme daran angebracht, die sich über die Mauer hinweg die Hände reichen. Dieses ungewöhnliche Doppelgrab stellt bis heute ein Zeugnis dar, das den Ausspruch „bis dass der Tod uns scheidet“ umkehrt und dokumentieren will, dass weder Mauern noch der Tod eine unsterbliche Liebe zu trennen vermögen, sondern diese vielmehr Grenzen überwinden und für immer wahren kann.

Und so ruht das Ehepaar, dessen Liebe es zu ihren Lebzeiten eigentlich gar nicht hätte geben dürfen, spiegelbildlich Kopf an Kopf an der Friedhofsmauer zwischen dem katholischen und dem evangelischen Teil des Gottesackers und setzt damit zugleich ein dauerhaftes Zeichen der Ökumene.

Wolfgang Reith



Reichen sich die Hände über eine Mauer hinweg: Das Doppelgrab in Roermond

## FÜR SIE GELESEN

Offener Brief  
an die Enkel

Jostein Gaarder ist als Autor von „Sophies Welt“ vielen Lesern ein Begriff. In seinem neuesten Werk „Ist es nicht ein Wunder, dass es uns gibt? Eine Lebensphilosophie“ schreibt er seine Meinungen, Vermutungen und Hoffnungen für seine Enkel auf. In seiner ruhigen Art widmet er sich beispielsweise der Parapsychologie, ob die Mondmission der NASA wirklich erfolgreich gewesen ist, dem Zusammenhang von Zeit und Raum und dem Anfang und dem Ende des Seins. Dabei erzählt er von seinen vorherigen Veröffentlichungen und zieht sie als Beispiel heran, und immer wieder taucht sein Großvater auf, ein Uhrmacher. Von dieser großen Ordnung in dem kleinen Uhrgehäuse ist Gaarder fasziniert.

Wer den Autoren nicht gerade zum Großvater hat, wird sich vielleicht an der häufigen Nennung der Namen der sechs Enkel stören, aber davon abgesehen handelt es sich bei in seiner „Lebensphilosophie“ um eine erfrischend ruhige Erzählung mit klaren Gedanken, die fantastisch dargelegt werden, so dass jeder Leser eine eigene Stellung zu den Problemen der Welt und des eigenen Seins beziehen kann. Ein kurzweiliges Lesevergnügen mit Nachhall. CRS

**Jostein Gaarder:**  
„Ist es nicht ein Wunder, dass es uns gibt?“, Carl Hanser Verlag, München 2023, gebunden, 159 Seiten, 22 Euro

Geheimnisvoll  
und spannend

Kurz nach Weihnachten 1978 macht sich die Kuratorin Henny Butenschön mit ihrem alten VW-Käfer auf den Weg, ein vermutlich wertvolles Gemälde beim Bauern Oltmann in Dithmarschen ausfindig zu machen. Ihr Chef hat sie dort hingeschickt, um das Bild für das Museum zu sichern, welches durch einen Urlaubsprospekt aufgefallen war.

Die ländliche Gegend verspricht ein ruhiges und langweiliges Wochenende. Der Bauer entpuppt sich als strenggläubig, aber auch als sehr anzüglich. Seine Frau ist schweigsam und abweisend. Henny beschließt, schon am nächsten Morgen wieder nach Hause zu fahren. Über Nacht bricht ein heftiger Schneesturm aus und macht eine Heimreise unmöglich.

Immer bedrohlicher werden die Andeutungen des Bauern, und Hennys Gedanken an den verschrobene Knecht Erich lässt sie nachts nicht schlafen. Lediglich ein weiterer Gast, ein junger Mann in ihrem Alter, ist für sie ein Lichtblick. Der Roman „Der Schnee und die Angst“, der anfangs recht beschaulich beginnt, wird immer spannender und entwickelt sich zu einer fesselnden Lektüre.

Klaus Hansen kommt aus Schleswig-Holstein und liebt seine Heimat. Vier seiner bisherigen Romane spielen daher im Land zwischen den Meeren.

Angela Selke



**Klaus Hansen:** „Der Schnee und die Angst“, Dreimastbuch Verlag, Burgdorf 2023, Taschenbuch, 453 Seiten, 16 Euro

## ARCHÄOLOGIE

Stadttore  
und -mauern

In vielen deutschen Städten zeugen die Reste mittelalterlicher Bauten von deren einstigen Größe und Bedeutung

FOTO: IMAGO/ZEONAR

**Kilometer lange Anlagen** mit Gräben, Toren, Türmen und Anlagen sind in vielen brandenburgischen und norddeutschen Städten, wie im obigen Bild in Prenzlau, zumindest in Resten noch erhalten geblieben. Joachim Müller und Dirk Schumann haben im Großformat eine

Sammlung von sehr umfangreichen, reich bebilderten und mit Skizzen versehenen Fachaufsätzen über „Mittelalterliche Stadtbefestigungen in der Mark Brandenburg und Norddeutschland“ herausgegeben.

Manuela Rosenthal-Kappi

**Joachim Müller/Dirk Schumann (Hg.):** „Mittelalterliche Stadtbefestigungen in der Mark Brandenburg und in Norddeutschland“, Lukas Verlag, Berlin 2023, gebunden, 464 Seiten, 50 Euro

## CORONA-POLITIK

Entlarvende  
Wortmeldungen

Der Wiener Journalist Werner Reichel hat die teils menschenverachtenden Äußerungen von Politikern und Künstlern gegenüber Impfgegnern veröffentlicht

VON WOLFGANG KAUFMANN

**A**ntisolidarische Arschlöcher“, „Covidioten“, „faschistische Bagage“, „Schwurbler“, „Todesengel“, „Volksverräter“ – wer am Sinn der zumeist völlig überzogenen Corona-Maßnahmen zweifelte und auch nicht bereit war, sich mit einem experimentellen, höchst nebenwirkungsträchtigen Vakzin impfen zu lassen, musste zwischen 2020 und 2022 solche oder ähnliche Beleidigungen ertragen. Mittlerweile sind die Hetzer und Scharfmacher von damals aus der Politik und den Mainstream-Medien, den Kirchen, der Wissenschaft sowie den Reihen den staatstragenden Künstler sämtlich recht still geworden, sofern sie nicht feige versuchen, die Schuld auf andere abzuwälzen, oder die Dreistigkeit besitzen, lauthals alle Versuche der Aufarbeitung der Geschehnisse für überflüssig zu erklären. Deshalb sind Bücher wie „Gegen das Vergessen“ unverzichtbar.

Darin beschreibt der Wiener Journalist Werner Reichel, mit welch abgründiger Menschenverachtung Überzeugungstäter, Mitläufer und Claqueure des Corona-Maßnahmenstaates sowie Pandemie-Profiteure agierten und argumentierten, wobei er die Betroffenen rund 400 Mal zitiert. Viele der entlarrenden Wortmeldungen wurden inzwischen verschämt gelöscht, verdienen es aber, als Musterbeispiele totalitären Denkens für immer festgehalten zu werden. Darunter fallen beispielsweise solche Sätze: „Ich ... möchte an dieser Stelle ausdrücklich um gesell-

schaftliche Nachteile für all jene ersuchen, die freiwillig auf eine Impfung verzichten. Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen“ vom Ressortleiter Politik bei RTL, Nikolaus Blome. Eine ausnehmende Schande waren auch Aussprüche wie: „Freiheit heißt Impfpflicht für alle“ vom ehemaligen CSU-Generalsekretär Markus Blume oder „Die Unverletzlichkeit der Wohnung darf kein Argument mehr für ausbleibende Kontrollen sein“ vom angeblichen „Gesundheitsminister der Herzen“ Karl Lauterbach (SPD).

Besonders negativ fielen darüber hinaus zahlreiche Künstler oder Kostgänger der öffentlich-rechtlichen Medien auf, die sich entweder als unkritisches Sprachrohr einer übergriffigen Regierung betätigten oder gar selbst noch mit üblen Beleidigungen Öl ins Feuer gossen. Dazu zählten unter anderem Sarah Bosetti, Jan Böhmernann, Oliver Welke, Wolf Biermann, Peter Maffay, Roland Kaiser, Howard Carpendale, Sarah Connor, Eckart von Hirschhausen und Günter Jauch. Ihre unrühmliche Rolle wird – dank Reichel – ebenfalls unvergessen bleiben.

**Werner Reichel:** „Gegen das Vergessen. Corona ist erst vorbei, wenn bei den Schuldigen die Handschellen klicken“, Kopp Verlag, Rottenburg 2023, gebunden, 240 Seiten, 19,99 Euro



## NATURKUNDE

Wissenswertes über  
heimische Tierarten

Der Leipziger Illustrator Thomas Müller beschreibt in seinem neuen Bilderbuch bekannte wie auch weniger bekannte Lebewesen

VON SILVIA FRIEDRICH

**D**as Buch „Hamster, Storch und Schwalbenschwanz“ macht einfach nur Freude. Schon der Einband ist so hell und freundlich, dass man sofort in die darin beschriebene Natur wandern möchte.

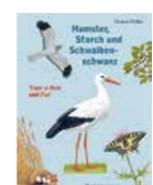
Der in Leipzig lebende Illustrator Thomas Müller ist ein „alter Hase“ in Sachen Natur-Kinderbücher, denn er hat sehr beeindruckende Werke verfasst. 2016 erhielt er dafür den Jugendsachbuchpreis des Vereins für Leseförderung. In „Hamster, Storch und Schwalbenschwanz“ geht es mit den Lesern an einem herrlichen Frühsommertag ins Grüne. Nicht nur der Anblick, der sich ausbreitenden offenen Kulturlandschaft lädt zum Durchatmen ein, auch möchte man sich sogleich auf den Feldweg begeben und an den Pflanzen schnuppern, die am Wegesrand gerade aufgeblüht sind.

Doch werden hierbei keinesfalls die wichtigen Informationen vergessen. So erfährt man, dass nur eine abwechslungsreiche Landschaft, die vielgestaltig und kleinteilig ist, den Lebensraum für viele verschiedene Tierarten bietet.

In der Vergangenheit wurde durch den Anbau auf riesigen Ackerflächen sehr viel Lebensraum zerstört, was ein bedenkliches Artensterben nach sich zog. Mehr und mehr besinnen sich nun moderne Landwirte auf das, was unsere Vorfahren ganz richtig machten, nämlich zu einer natürlichen Landwirtschaft zurückzukehren.

In sieben Kapiteln geht es durch die Natur mit prachtvollen Bildern der bei uns beheimateten Tiere in Feld und Flur. Von Adler bis Zitronenfalter werden alle Arten genau beschrieben, ihr Verhalten, ihre Nahrungsquellen und ihre Eigenarten vorgestellt. So betrachtet der Leser erstaunt einen Bienenfresser-Vogel, den sicher die meisten noch nie gesehen haben. Bunt wie ein Papagei nistet er in Abbruchwänden aus Sand oder Lehm, worin er sich einen waagerechten Gang gräbt, an dessen Ende sich die Bruthöhle befindet. Wer hat jemals eine Großstrappe, den schwersten flugfähigen Vogel bei uns, von Nahem gesehen?

Auch die Doppelseite mit den bunten Schmetterlingen lädt zum längeren Verweilen und Betrachten ein. Hier erfährt der Betrachter, wie die bunten Gesellen heißen und welche Farbenpracht die Natur hervorbringen kann. Auch eine Streuobstwiese und ihre Vorteile für Mensch und Tiere wird nicht vergessen. Insgesamt möchte man gar nicht mehr von diesem Naturausflug zurückkehren, weil es so wunderschön ist. Ein beeindruckendes, sehr zu empfehlendes Werk für Kinder und Erwachsene.



**Thomas Müller:** „Hamster, Storch und Schwalbenschwanz. Tiere in Feld und Flur“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2023, Hardcover, 76 Seiten, 24 Euro

## KÖNIGSBERGER MISSIONSVEREIN

## Ostpreußische Prediger unterwegs in der Welt

Die Arbeit der christlichen Mission in Königsberg begann im Jahr 1822 und wurde kontinuierlich fortgesetzt

VON MARGUND HINZ

Im Jahr 1823 feierte der Königsberger Missionsverein sein erstes Jahresfest. Dazu stellte Bischof Ludwig Ernst von Borowski eigens eine Festordnung auf und setzte die Erlaubnis zur Nutzung der Schlosskirche für die Feier durch. Neben ihm gehörten zu den Gründungsmitgliedern dieses Vereins die Theologieprofessoren an der Königsberger Albertus-Universität August Heinrich Hahn und Hermann Olshausen sowie Oberlandesgerichtspräsident Carl Ludwig von Wegnern.

Ansätze der Missionsarbeit in Ostpreußen sind aber schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachweisbar. 1743 erschien bei Johann Heinrich Hartung in Königsberg die vielgelesene kurzgefasste Missionsgeschichte des späteren Konsistorialrats Friedrich Samuel Bock. Grundlegend dafür waren Informationen aus den „Haleschen Missionsnachrichten“. Aus Ostpreußen stammte der Mohrunger Gottfried Wilhelm Obuch. Er besuchte die Missionsanstalt in Kopenhagen und ging im Jahr 1736 als dänischer Missionar nach London. Von dort aus fuhr er 1737 nach Tranquebar in Südindien, wo er bis zu seinem Tod 1745 missionarisch tätig war.

Die Prediger der Herrnhuter Brüdergemeine in der Stadt Königsberg regten durch ihre Tätigkeit das Interesse an der Mission an. In jedem Jahr am 6. Januar fand in der Brüdergemeine das Heidenfest in Gestalt einer Versammlung statt. Daran nahmen auch Geistliche und Standespersonen der Landeskirche teil. Die hohe Wirksamkeit der Herrnhuter in Ostpreußen zeigte sich darin, dass in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sieben ostpreußische Missionare ausgesandt wurden.

**Anregung durch Herrnhuter Brüdergemeine**

Dazu gehörten die Königsberger Johann Jakob Schmick (1714–1778) und Karl Gottfried Rundi (geb. 1713), Johann Konrad Reitz (geb. 1743) aus Eglinischnen, Jakob Steinke (1740–1807) aus Osterode, Johann Peter Kluge (1768–1849) aus Gumbinnen, Johannes Mähr (1764–1851) aus Wersmüngen und Theodor Schulz (geb. 1770) aus Gerdauen. Diese Missionare wurden ausgesandt zu den Indianern nach Nordamerika (Schmick 1751, Rundi 1752), zu den



Trat auch als Dolmetscher in Erscheinung: Der Missionar Karl Gützlaff (M.) während einer Konferenz mit britischen und chinesischen Vertretern an Bord der HMS Wellesley im Jahr 1840

Foto: Anne S. K. Brown Military Collection

Kalmücken an die Wolga (Reitz 1768), nach Dänisch-Westindien (Steinke 1773) und nach Suriname (Kluge 1794, Mähr 1794, Schulz 1799). Unabhängig von der Brüdergemeine ordinierte Bischof von Borowski 1815 den Kandidaten Deokar Schmidt für den Missionsdienst. Die Ordinationsfeier stattete man äußerlich besonders reich aus. Dies hinterließ einen tiefen Eindruck bei der Gemeinde, die dergleichen zuvor noch nicht erlebte. Schmidt ging über London für eine kirchliche Missionsgesellschaft nach Indien.

Die Arbeit des Königsberger Missionsvereins zielte darauf ab, Missionskenntnisse durch Missionsfeste, Versammlungen, Missionskonferenzen, Lehrgänge, das Missionsblatt und die Missionsbibliothek zu vermitteln. Diesem Anliegen dienten auch die Missionshilfsvereine und die Synodalvertreter. Zu den Zielen des Vereins gehörten ferner Geldsammlungen zur Unterstützung der Missionsgesellschaften. Des Weiteren sollten christliche Männer, die sich zur Missionsarbeit berufen fühlten, geprüft, an geeignete Bildungseinrichtungen vermittelt und finanziell gefördert

werden. Der Königsberger Johann Gottlieb Schwarz war der erste, den der Verein zur Ausbildung entsandte und zwar an die Missionsschule des Predigers Jänicke nach Berlin. Die Kosten betrugen 150 Taler. Dort lernte er die Sprachen Latein, Griechisch, Hebräisch und Englisch. Anschließend setzte Schwarz seine Ausbildung in den Niederlanden fort. Er bestand die Prüfung und wurde 1829 in Rotterdam feierlich ordiniert. Für den Missionsdienst in Niederländisch-Indien vorgesehen, erreichte er nach einer vier Monate dauernden gefährlichen Schiffsreise am 23. März 1830 Batavia. Bevor er sich an sein Ziel, Amboina, begab, lernte er zunächst die malaiische Sprache. Schwarz ließ sich in dem Dorf Longuwang nieder.

Das 25-jährige Erinnerungsfest der evangelischen Mission und seiner Arbeit konnte er dort am 12. Juni 1856 feiern. Bis dahin stiftete er 19 Gemeinden und 23 Schulen. Er ist 1859 in Longuwang gestorben und bestattet worden. Bis zu seinem Lebensende hatte er nicht weniger als 15.000 Alfuren mit eigener Hand getauft.

In Südafrika wirkten unter anderen die ebenfalls aus Königsberg stammenden Missionare Johann Friedrich Budler (1818–1873) und August Procsky (1840–1915). Budler besuchte ab 1834 drei Jahre das Lehrerseminar des königlichen Waisenhauses. Nach bestandener Prüfung 1837 sandte ihn der Vorstand des Königsberger Missionsvereins in das Missionshaus nach Barmen, wo er bereits 1839 geprüft und im Juli des Jahres in der Kirche zu Unterbarmen abgeordnet wurde. Er erreichte Kapstadt im Oktober 1839 per Schiff und gewann Einblick in das Schulwesen. Im Jahr 1842 ordiniert, bildete Budler in der Missionsstation Wuppertal in einem Seminar junge Lehrer aus und hielt Gottesdienste ab. Zu Sprachstudien zog er in den Norden und nahm Kontakt mit den Herero auf.

Procsky ging nach Beendigung einer Malerlehre als Geselle auf Wanderschaft. 1861 wurde er in Berlin in das Missionshaus aufgenommen, bestand 1865 die Prüfung und wurde 1867 in Afrika ordiniert. In Natal (Südafrika) legte er am 11. Juni 1868 die Missionsstation Königsberg an. Die Namensgebung wird mit der Heimatstadt des

Missionars, Königsberg in Preußen, in Verbindung gebracht und mit der nicht näher beschriebenen Ausstattung der Station durch den Steinsetzmeister Grunewald. Procsky baute später dort auch eine neue Kirche.

**Wirken in Indien, Afrika und China**

Angeregt durch 27 öffentliche Vorträge, die Karl Friedrich August Gützlaff im Jahr 1850 in 14 Tagen in Ostpreußen über seine Missionsarbeit in China hielt, richtete der Königsberger Missionsverein eine besondere Abteilung für China ein. Er empfahl den Hilfsvereinen ebenso zu verfahren oder eigene Vereine für die Chinamission zu gründen. In China eingesetzte ostpreußische Missionare sind seltener belegt. Einer von ihnen war August Kollerker (geb. 1857) aus Laukischken. Ausgesandt 1883, war er in Kanton (Südchina) tätig als Superintendent und Leiter des Seminars für chinesische Prediger und Evangelisten.

Der Königsberger Missionsverein sah eine besondere Aufgabe in der Pflege des Missionslebens in den religiös sehr abgeschlossenen Kreisen der Masuren im Süden und der Litauer im Norden ihrer Provinz. Schon um 1830 hatten sich Gemeinschaften gebildet, unter den Masuren die Gromadki und unter den Litauern die Maldeninker (die Anhänger des Lehrers Klimkus). In diesen wurden „zündende Erweckungspredigten“ durch redengewandte Laienprediger gehalten. Als Zentren ihres Missionslebens galten der Kreis Oletzko in Masuren und die Orte Gilge, Ragnit und Prökuls in Preußisch-Litauen.

Der Königsberger Missionsverein gab schon seit 1822 ein eigenes Missionsblatt heraus. Im Juli des Jahres erschien die erste Nummer der deutschsprachigen Ausgabe in einer Auflage von 1300 Exemplaren. Die Herausgabe eines polnischen Missionsblattes (seit 1833) und eines litauischen Missionsblattes (seit 1837) folgte. Professor Hermann Olshausen war der erste Herausgeber des deutschen Missionsblattes. Der Buchbinder Wolff besorgte den Versand. Einen sehr breiten Raum nahmen darin die Mitteilungen aus den Briefen der Missionszöglinge und der Missionare ein, sowohl der von Königsberg ausgesandten als auch anderer. Mit dem Erscheinen des Missionsblattes entstand auch eine Missionsbibliothek (seit August 1822). Eine Büchersendung aus Herrnhut bildete den Grundstock.

## SAPINE

## Unterwegs in einem wunderschönen Gebiet

Der Fluss im Nordosten des südlichen Ostpreußen bietet Wassersportlern beeindruckende Aufenthalte in der Natur

Die Sapine ist ein mäandrierendes Flüsschen im Nordosten des südlichen Ostpreußen. Es ist 47,6 Kilometer lang, bis zu 20 Meter breit und bis zu einem Meter tief. Die Wasserstraße verbindet den Goldaper See mit dem Mauersee. Ersterer wird als Quellgebiet der Sapine bezeichnet. Nicht weit weg befindet sich die Borkener Heide, die von einer Herde freilebender Wisente bewohnt wird. Dort soll sich auch die eigentliche Quelle der Sapine befinden, aber einige Naturforscher glauben, dass sie in der Nähe des Dorfes Spirgsten entspringt.

Die Sapine fließt durch wunderschöne Gebiete. Hier kann man Biberburgen und Raubvögel wie Seeadler sehen. Der gesamte Fluss ist eine Ruhezone, in der Motorboote nur sehr eingeschränkt verwendet werden dürfen. Der Bachlauf kann mit Kajaks und streckenweise mit kleinen Segel-

booten befahren werden. Die Länge der Segelstrecke beträgt etwa 29 Kilometer, sie beginnt am Schwenzait-See und endet am Goldaper See. Die Kajakroute erstreckt sich weiter bis zum Kruklinner See, sie ist 34 Kilometer lang und wird als eintägige oder zweitägige geführte Wandertour angeboten.

In den 1930er Jahren war geplant, den Bach zu vertiefen und zu begräben. Ziel war es, nach Fertigstellung des Masurischen Kanals die Regelung des Wasserzu- und -abflusses durch die Einschaltung eines Staubeckens durchzuführen. Dafür war der Goldaper See schon viele Jahre vorher vorgesehen und ausgebaut worden.

Die Przerwanken-Schleuse wurde bereits 1910 gebaut. Ihre Aufgabe bestand darin, das Wasser des Goldaper Sees aufzustauen, um eine Wasserreserve für den Be-

darf des Masurischen Kanals zu schaffen. Die Schleuse ist 25 Meter lang und vier Meter breit und staut das Wasser bis zu einer

Höhe von einem Meter. Es ist die einzige Schleuse in der Republik Polen, die an einem Fluss betrieben wird, der nicht einmal

den Status einer Wasserstraße der niedrigsten Klasse hat. Sie kann von Segelbooten mit einem Tiefgang von bis zu 50 Zentimeter genutzt werden. Der Einsatz von Verbrennungsmotoren in der Schleuse ist verboten.

Im Oberlauf der Sapine überquerte ab dem 15. September 1908 die Bahnstrecke Kruglanken–Treuburg [Marggrabowo] den Bachlauf. Diese verband den nördlichen Teil des Masurischen Seengebiets um die Städte Angerburg [Węgorzewo] und Lötzen [Giżycko] mit der Kreisstadt Treuburg. Die steinerne Bogenbrücke über den Bachlauf bei Kruglanken wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges gesprengt und nicht mehr instandgesetzt. Ein Wanderweg führt an noch vorhandenen Teilen des gesprengten Bauwerkes vorbei.



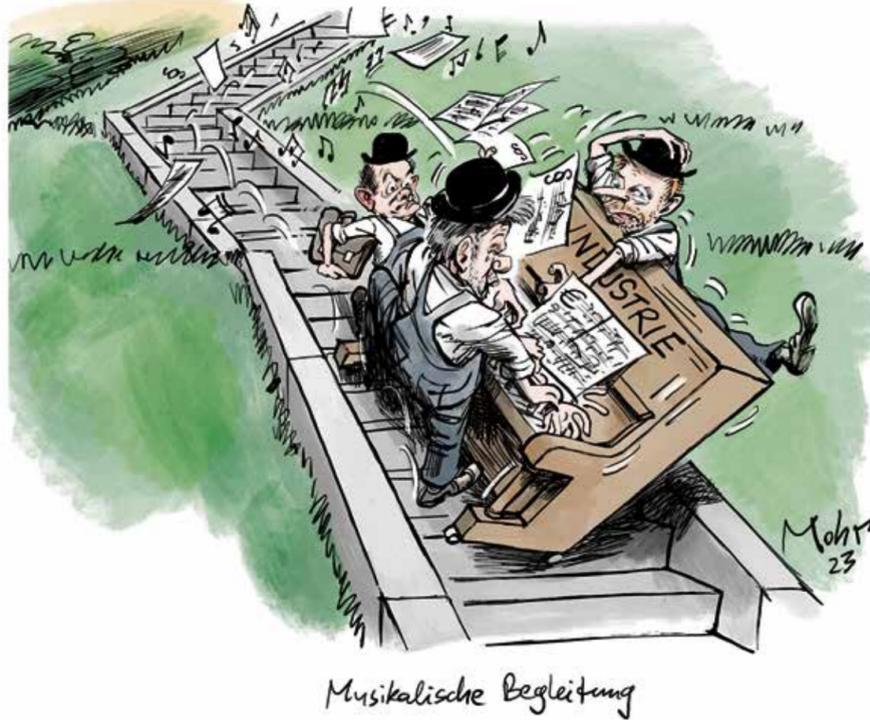
Zeuge der Vergangenheit: Die Schleuse von Przerwanken

Foto: mef

Manfred E. Fritsche

## ● AUFGESCHNAPPT

Der Betreiber des Atomkraftwerks Isar 2 in Bayern, PreussenElektra, stand offenbar bis Oktober bereit, das AKW wieder in Betrieb zu nehmen. Wie das Nachrichtenportal „Nius.de“ berichtet, bot der Betreiber der Ampelregierung an, Strom aus Isar 2 nicht auf den freien Markt zu werfen, sondern für sechs Cent pro Kilowattstunde an energieintensive Betriebe zu liefern. Dafür hatte PreussenElektra das Werk von April bis Oktober zu erheblichen Mehrkosten betriebsbereit gehalten. Die Bundesregierung hat das Angebot dem Bericht zufolge aber abgelehnt, um den Strom für energieintensive Unternehmen lieber mit Steuergeldern zu subventionieren, statt den günstigen Atomstrom zu nehmen. Es geht um Milliarden Euro. Nachdem PreussenElektra mit seinem monatelang aufrechterhaltenen Angebot an der Ablehnung durch die Ampel gescheitert ist, geht Isar 2 nun seit Anfang November in den Rückbau, wie dem Bericht zu entnehmen ist. Deutschland steuert derzeit auf den zweiten Winter mit prekärer Stromversorgung zu. *H.H.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Bettina Dickes (CDU), Landrätin von Bad Kreuznach, erklärt bei „Markus Lanz“ (ZDF, 7. November), dass eine geflohene ukrainische Mutter mit einem Kind durch das Bürgergeld genauso gut dastehe wie eine deutsche alleinerziehende Pflegekraft, weshalb viele Ukraine-Flüchtlinge lieber nicht arbeiteten:

„Die sind zu einem ganz großen Teil nicht am Arbeiten, weil sie wissen, sie würden dann in dem Bereich arbeiten, der nicht ganz so hoch bezahlt ist. Und dann lohnt sich das Bürgergeld mit dem Kind und den Vergünstigungen. Keine GEZ-Gebühren, kein Essen, das Mittagessen im Kindergarten kostenfrei. Das sind dann alles Punkte, die noch an top kommen. Es lohnt sich nicht.“

Im Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt“ (9. November) macht Israels Botschafter Ron Prosor auf einen Sachverhalt aufmerksam, den viele Deutsche nicht im Blick zu haben scheinen:

„ Hamas und Hisbollah sind nicht nur gegen Israel. Sie nehmen die westlichen Gesellschaften insgesamt als dekadent wahr. Sie verabscheuen Homosexuelle und wollen Frauen grundlegende Rechte verweigern. Wir Juden sitzen nur in der ersten Reihe. Wenn die Deutschen nicht handeln und gegen diese Leute vorgehen, werden sie morgen weinen.“

Wolfgang Büscher, Sprecher des Kinder- und Jugendwerks „Arche“, das deutschlandweit in 33 Einrichtungen rund 7000 Kinder und Jugendliche täglich betreut, berichtet der „Bild“-Zeitung (9. November) über seine Erfahrungen mit arabischen Kindern:

„Bei den ganz jungen kann es noch mit Gesprächen klappen. Bei den älteren Jugendlichen geht es nicht mehr. Sie lehnen unsere Kultur, unsere Werte ab. Der Hass ist unvorstellbar.“

Harald Martenstein glaubt, die Ampel tue nur so, als wolle sie Massenzuwanderung begrenzen. In der „Welt“ (12. November) sagt er, was er für den eigentlichen Auslöser dieser Politik hält:

„Das Problem ist ein Asylrecht, das zu einer anderen Zeit für andere Leute geschaffen wurde als für viele derjenigen, denen es heute als Eintrittskarte dient. Das Problem sind löchrige Landesgrenzen, die jeder leicht überschreiten kann. Daran aber soll sich offenbar nichts ändern. Das Hauptproblem aber ist der naive Glaube, jeder Mensch sei lieb und jede Kultur gutartig, außer natürlich unsere westliche, die an allem Unglück auf der Erde selbstverständlich die alleinige Schuld trägt.“

## ● WORT DER WOCHE

„Der Umweltpartei ist das Schlimmste passiert, was einer Partei passieren kann: Sie ist die falsche Partei am falschen Ort zur falschen Zeit.“

Gabor Steingart beschreibt im „Focus“ am 14. November, wie sich das Weltgeschehen auf einmal komplett gegen die Grünen, die einstigen Vorreiter des Zeitgeistes, wendet

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Die Tür eingetreten

Wie die Wirklichkeit die Macht übernimmt, und warum das ausgerechnet jetzt passiert

VON HANS HECKEL

Das war eine Überraschung, mit welcher Leichtigkeit Hessens CDU-Ministerpräsident Boris Rhein seinen grünen Koalitionspartner in die Wüste geschickt hat, um künftig mit der schwer gerupften SPD weiterzuregieren. Schwarz-Grün galt schließlich bis vor Kurzem noch als Traumbündnis für Unionspolitiker, die nach einem „fortschrittlichen“ Image gierten.

Schluss, vorbei. Mit einem Male riechen die Grünen nicht mehr nach Aufbruch und Zukunft, sondern nach Einbruch und Vergangenheit. Es sieht ganz danach aus, dass Hessen nicht bloß ein lokaler Ausrutscher war, sondern eine tatsächliche „Zeitenwende“ markiert. Also nicht so eine, wie sie Kanzler Scholz Ende Februar 2022 verkündet hat, sondern eine echte.

Aber wer hat diese Wende bloß eingeleitet? Hat eine machtvolle Opposition ihr Haupt erhoben und drückt die Regierung mit dem Rücken an die Wand? Ziehen Millionen aufgebracht Bürger durch die Straßen und bringen die Verhältnisse zum Tanzen? Nichts davon, und das macht die Sache so anstrengend und vor allem so bedrohlich für die Herrschenden. Denn die Opposition könnte man angreifen. Und wie man unzufriedene Bürger auf der Straße unters Joch zwingt, haben die Herrschenden ausgiebig geübt: Man beschimpft sie einfach als Rechtsradikale, wie zuletzt erfolgreich durchgezogen bei den Protesten gegen die Corona-Politik.

Also, wer steckt hinter der „Wende“? Wir staunen: Es ist die Wirklichkeit selbst, die mit Macht die Tür eingetreten hat. Und der ist es leider vollkommen schnuppe, ob man sie als „Nazi“ beschimpft, einer Medienkampagne aussetzt oder ihr in ausgefeilten Studien „nachweist“, dass sie im Irrtum sei („Folgt der Wissenschaft!“). Sie macht einfach ihr Ding, punkt.

Was die fiese Wirklichkeit nun mit Wucht in Trümmer legt, sind die sogenannten Narrative, also die ideologischen „Erzählungen“ all der Jahre, als Grünlinks die Richtung von Gesellschaft und Politik vorgab. Beispielsweise, dass die „Energiewende“ den Strom angeblich sauberer und billiger macht und uns in ein „grünes Wirtschaftswunder“ führt.

Der Strom kommt jetzt zu einem großen Teil aus Braunkohle und macht die schicken E-Autos so zu Dreckschleudern. Und die

deutsche Industrie wird rasant zerlegt. Und was ist mit der Erzählung, dass mit Bürgergeld und Kindergrundsicherung alles gerechter wird? Die Wirklichkeit sagt: Wer jetzt noch in den unteren und zunehmend auch in den mittleren Einkommensgruppen arbeitet, ist der Veräppelte. Gerechert?

Dann hat man die Trans-Bewegung zur Krone der Emanzipation erklärt. In Wahrheit durchkreuzt sie jahrzehntealte Errungenschaften der Frauenbewegung, wenn männliche Berufssportler sich flugs zur Frau erklären und damit biologische Frauen aus dem Wettbewerb schmeißen können.

Ein besonders gehegtes Thema des grünen Narrativs war die Erzählung vom „grassierenden Rassismus“ der Deutschen, unter dem die Immigranten ganz schrecklich leiden. In Krimis lief das dann immer so ab, dass zunächst ein Immigrant verdächtigt wird (Rassismus!), bis sich am Ende ein fieser Germane (deutsche Täter!) als Schuldiger erwies. Nun knallt uns die Wirklichkeit die Kriminalstatistik auf den Tisch, laut der Deutsche viermal so oft Opfer von Ausländerstrafaten werden wie Ausländer Opfer von Straftaten, die Deutsche begangen haben. Wobei alle Doppelstaatler oder kürzlich ganz Eingebürgerte natürlich als Deutsche gelten, selbst wenn sie in ihrer Lebenswirklichkeit mit dem Deutschein absolut nichts anfangen können (oder wollen). Ist das Rassismus? Dann fragt sich, wer gegen wen?

## Dann ist irgendetwas passiert

Wie war das noch mit der Erzählung von der dringend benötigten Facharbeiter-Einwanderung, die unsere Renten sichert? Eher plündert die Einwanderung unsere Sozialkassen, sagt die Wirklichkeit. Rund die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind nämlich Ausländer.

Ja, ja, höre ich. Aber das ist doch alles nicht neu. Das wusste jeder, der es wissen wollte. Tatsächliche hatte die Wirklichkeit schon lange an die Tür geklopft. Nur konnten die Herren des Narrativs das Geklopfe immer wieder durch lautes Gebrüll übertönen und einen Schwall von Kampagnen lostreten, die dafür sorgten, dass viele Menschen glaubten, sich das Klopfergeräusch bloß einzubilden. Oder sich zumindest nicht trauten, vom Gehörten zu erzählen.

Wenn alles nichts half, lag der dunkle Schatten der deutschen NS-Geschichte als Wunderwaffe bereit, um die Herrschaft des grünen Narrativs zu sichern. So konnten

Ausländer werden viermal so oft Täter an Deutschen wie Deutsche an Ausländern. Rassismus? Fragt sich, wer gegen wen?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

selbst die Silvester-Exzesse und die radikal-islamischen Massaker von Paris bis Berlin in den Jahren 2015 und 2016 an der Herrschaft der grünlinken Ideologie nicht rütteln. Nach ein bisschen Hin und Her konnte die Wirklichkeit, die da krass und blutig hereingeplatzt war, wieder aus dem Debattenraum geschoben werden – und es ging weiter, als sei nichts geschehen.

Kürzlich aber muss irgendetwas passiert sein, das alles verändert hat. Zunächst hatten die Grünen im Rausch ihrer Macht seit 2021 den Turbo angeschmissen, woraufhin die verheerenden Folgen ihrer Wirklichkeitsverachtung in vorher nie gekannter Schnelligkeit spürbar wurden. Dann überrollten neue Immigrantenzellen die offenen Grenzen, und schließlich ließ das Pogrom vom 7. Oktober die starre Aufteilung der Welt in Opfer- und Tätergruppe aufs Grausamste kollabieren. Wobei zu beachten ist, dass diese Aufteilung das festeste Fundament der Narrativ-Verkünder war, weil es ihnen ermöglichte, jeden Anflug der Wirklichkeit „moralisch“ zu parieren.

Das ist nun ziemlich schwierig geworden und kann sogar fürchterlich ins Auge gehen, was sogar Angela Merkel zu schmecken bekam, die (als eigentlich Grüne an der Spitze der entmannten Schwarzen) die Narrativ-Bewegung lange anführte. Den 9. November nutzte die Altkanzlerin für eine Warnung vor aufflammendem Antisemitismus. Die Antwort aus der Tiefe des Publikums war die Frage, wer die grölenden Judenhasser auf unseren Straßen denn so massenhaft ins Land gelassen habe. Na? Wenn jetzt noch Claudia Roth vor Judenhass warnen sollte, wird es keine Sekunde dauern, bis jemand „Documenta“ sagt.

Allerdings soll niemand glauben, dass wir mit der Machtübernahme der Wirklichkeit die Idiotenherrschaft der Narrativ-Verkünder bereits überstanden hätten. Historiker sprechen von der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, heißt: Auch aus der Zeit Gefallenes kann jederzeit noch einmal zurückkommen, und zwar in vielerlei Gestalt, etwa in dieser hier: Während unsere Polizei durch Schuld der Politik auf unseren Straßen und an unseren Grenzen völlig am Limit kämpft, will die Ampel die Beamten nun noch mit einer Spitzelbehörde unter einem „Bundespolizeibeauftragten“ heimsuchen. Indes: Auch, dass sie kurz vor ihrem Ende noch einmal grotesk überdrehen, gehört zu den historischen Charakteristika scheiternder Regentschaften.